

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechs-spaltige Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Berichts-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Wittwoch, den 11. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Unser Tag.

II.

Hannover, 10. Oktober.

Zu dem Ballhof, der vor 250 Jahren eingeweiht wurde, um
höflichen Herrschaften als Stätte eines erlauchten Ballspiels zu
dienen, begann heute das freie Parlament des Proletariats das
erste, heiße Ringen um die Wahrheit und Berechtigung,
um die reise Ausgestaltung und klare Formulierung seiner
Weltanschauung und Parteigrundsätze. Kein staatlich anerkanntes
Parlament der Erde vermöchte so tiefgründige Fragen mit eristerem
Willen zu erkennen, was ist, und mit reinerer Begeisterung zu er-
kämpfen, was sein soll, als die Versammlung von Arbeitern, die
keinen anderen Rang und Titel besitzen, wie die Weihe der Kultur und
das Recht der Zukunft. Das faustische Ringen und Streben, nicht mehr
gebunden an eine geniale Ausnahmepersönlichkeit, sondern wärmend und
treibend in der Masse selbst — das ist der aufrichtende und von
allem Kleinmut befreiende Eindruck der heutigen Verhandlungen des
Hannoverschen Parteitag.

Darin liegt die Gewähr unseres Sieges, daß wir nichts glauben,
als die Wahrheit der Wissenschaft, nichts thun als das Klug-Zweck-
mäßige, nichts erstreben als was der ganzen Menschheit dient
und nützt.

In fast sechsständiger, durch die Mittagspause unterbrochener
Rede erhaltete Webel das Referat über die Vernsteinsfragen. Am
Vormittag, in ruhiger Kritik, mit Zahlen und Citaten beweisend, ent-
faltete unser Führer in den letzten zwei Stunden seines Vortrags
die ganze jugendlich stürmende Kraft seines Temperaments, die auch
den Gegner, wenn nicht durch die Logik und die Stärke der Ueber-
zeugung, so allein schon durch ästhetische Wirkungen bezwingen muß.
Die Redneratur Webels strömte in der That eine Stimmungsgewalt
aus, wie sie nur ein reiches Kunstwerk auslöst. Kein Wunder,
daß dem unermüdeten Redner die Freunde und Begesährten mit
unermüdeten Andacht folgten und die mit zunehmendem Wuch
der Rede wachsende Ergrißtheit auch den mit Verfallsbezeugungen
sparfamen Parteitag wiederholt zu stürmischen Kundgebungen hinriß.

Die Meinung Webels bringt die von ihm eingebrachte Resolu-
tion zum Ausdruck: Wir haben keinen Anlaß, an unsern Grund-
auffassungen etwas zu ändern, nicht aus dogmatischer Er-
starrung, sondern weil die Thatfachen noch immer im Einklang
mit ihnen stehen. Die wirkliche Entwicklung hat uns bisher
recht gegeben und unsere Taktik ist elastisch genug, um uns die
Anwendung aller möglichen und tauglichen Mittel zu gestatten.

Vielleicht ist der Gegensatz, der zwischen Webel und Vernstein
besteht, nicht so sehr eine im wesentlichen ernsthaft und unverfälscht
abweichende Differenz der Ansichten, als vielmehr ein Zwiespalt der
Temperamente, der entschlossenen Energie des begeisterten Ueberzeugten
und der ein wenig resignierten Bedenklichkeit eines gewissenhaften
ehelichen aber unschlüssigen Zweiflers. In einem scharfen Satz kann
man die Rede Webels als eine leidenschaftliche Anklage gegen den
Optimismus in der Beurteilung der kapitalistischen Entwicklung und
gegen den zaghaften Pessimismus in der Würdigung der proletarischen
Parteibewegung charakterisieren. Thatächlich beurteilt Vernstein
den Gang der kapitalistischen Ordnung günstiger, die socialistische
Gegenströmung misstrauischer als der Marxismus. Gerade umge-
kehrt empfand Webel mit ungeglätteter Schroffheit das kapitalistische
Glenb, vertraut er der unbedingten Sieghaftigkeit unserer Sache;
die Empörung über die bestehenden Verhältnisse, die nicht
durch ein paar scheinbar günstige Züge gelindert werden
kann, bestärkt ihn bei aller nüchternen Ueberlegung und
klüger abwägender Berechnung in der Ueberzeugung unseres
endlichen Erfolges. Er mag nicht mehr mitthun im politischen
Gewerbe, wenn er immer nur die Schwierigkeiten sehen soll, wenn
er nicht einmal den Mut haben darf, zu siegen und den Sieg zu
nützen.

Ausgehend von der Anerkennung der unbeschränkten Freiheit der
Kritik als Lebensluft unserer Partei widmete Webel, gestützt auf ein
umfangreiches statistisches Material, den ersten Teil seines Vortrags
dem Nachweise, daß die sociale Entwicklung, die relative Verelendung
des Proletariats, die Inflation der wirtschaftlichen Gegensätze,
die Konzentration der Betriebe und die anderen verwandten Er-
scheinungen sich genau so vollzogen habe, wie es Marx dargestellt; er
führte besonders Zeugnisse bürgerlicher Oekonomen an, die die Ent-
wicklung unserer Verhältnisse weit ungünstiger beurteilen als der
Socialdemokrat Vernstein. Die Wortwüste gegen Marx sind durch-
weg unbegründet. Weder ist Marx, der Darwin der Oekonomie, der
Wirkstoff, aus dessen Schriften man alles beweisen könnte, noch der
Wanquier, der im Straßenkampf alles Heil sieht. Vernstein
gerührt, schafft ein Chaos, ohne Neues aufzubauen. Seine Grund-
lehre ist die Lösung: Immer langsam voran! Es ist ein
Zwimmer, daß Vernstein wichtige Auffassungen und Mißverständnisse
so habe man die Glendstheorie im Sinne eines absoluten Niederganges
des Proletariats aufgefaßt — Anhänger in unseren Reihen gefunden
haben. Wir haben eben vielfach das Denken verlernt und verfallen
Schwärmern, die einem geschulten Agitator vor dreißig Jahren
niemals maffiert wären. Alle Räthsel, die von bürgerlicher Seite
erfunden sind, werden heute in unseren eigenen Reihen benutzt und
als neue Weisheit ausgepöbelt. Es ist so weit gekommen, daß wir
einen Teil unserer Parteigenossen durch bürgerliche Parteien zur
Ordnung rufen müssen.

Im zweiten Teil erörterte dann Webel den Klassenkampf,
der sich in der Sache nicht mildert, sondern stetig verschärfert.
Das Schwerte steht uns erst bevor, wir sind nicht über den Berg,
sondern stehen erst vor ihm. Es ist ein Irrtum Vernsteins,
daß wir durch gewerkschaftliche und genossenschaftliche
Bewegung das Endziel erreichen könnten. Und ebenso falsch

ist es, zu behaupten, das Proletariat sei nicht reif, die
politische Macht auszuüben, wenn sie ihm zufiele.

Eine tiefe Erregung durchzuckte die Versammlung, als Webel
mit leidenschaftlich glühendem Ton ausdrückte, daß das Proletariat schon
jetzt an politischer Bildung und Fähigkeit dem Bürgertum weit über-
legen sei. Eine Partei, die siegen will, bedarf der Begeisterung. Was
sollen uns da Mahnungen, artige Kinder zu sein und die
ethischen Empfindsamkeiten der Bourgeoisie nicht zu verletzen!
Wir danken für eine Bewegung, die darüber philosophiert, was für
Kleinram noch zu überwinden ist. Haben wir die politische
Macht, so expropriieren wir mit derselben Ruhe, wie es der
revolutionäre Adel und das revolutionäre Bürgertum gethan hat.
Und da wir keine blutige Revolution wünschen, — nicht die
Revolutionäre, sondern die Reaktionäre waren es stets, die Gewalt
anwendeten — so können unsere überwundenen Gegner sich ganz
lebendig mitansehen, wie hübsch wir die Sache einrichten werden.

Als Webel erklärte, daß wir uns die Expropriation als Mittel
zum Endziel nicht nehmen lassen würden, brach ein stürmisches
Händeklatschen los.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. Oktober.

Vom Ministerium der Unglücksfälle.

Als sich vor zwei Jahren die Eisenbahn-Unfälle
unheimlich häuften und die öffentliche Entrüstung das Eisen-
bahn-Ministerium bedrohte, wurde einige Abhilfe geschaffen
und es schien einige Zeit, als sei Weichensteller Tod seines
Postens entzogen. Die technischen Einrichtungen wurden ver-
bessert und der verantwortungsvolle Dienst der Beamten und
Arbeiter etwas erleichtert.

Doch längst ist jene läbliche Bethätigung erlahmt und
Herr Thielen zur früheren Sparwirtschaft zurückgekehrt, welche
Menschenleben leichtfertig aufs
Spiel setzt zu Gunsten des staatlichen Fiskus. Die jüngsten
Unfälle im Bezirk der Eisenbahn-Direktion
Altona haben trauriges Zeugnis für die lebensgefährdende
Politik des miquelstierten Eisenbahn-Ministeriums abgelegt.

Wer trug Schuld an der Vernichtung blühender Mensch-
leben? Wie üblich, wurde der dienstthuende Stationsbeamte
suspektiert. Aber der „Hamb. Korresp.“ ging den wahren
Ursachen auch dieses Unglücksfalls schon nahe, als er leghin
über die Katastrophe am Klosterthor schrieb:

Daß in erster Linie die unvorzüglichen Zustände auf dem
Klosterthorbahnhof die Schuld tragen, wird allgemein hervor-
gehoben. Und allgemein erhebt sich die erste energische
Forderung, daß die Unternehmung sich nicht allein gegen die
mehr untergeordneten Persönlichkeiten, sondern zugleich gegen
die höchsten Stellen in der Eisenbahnverwaltung
richten muß, welche derartige gefährliche Zu-
stände so lange bestehen ließen. Noch in
diesem Sommer soll ein ministerieller Erlass
vorgegeben haben, daß alle im vorigen Jahre anlässlich der Unfälle
mehr eingestellten Beamten thumlichst wieder zurückgezogen
sind. Infolge davon suchen z. B. die drei Betriebskontrolleure der
Direktion Altona seit längerer Zeit seßhaft zu sein, wo hier noch ein
Stationsassistent, dort ein Hauptmeister oder Weichensteller, hier
wieder ein Portier zc. zu ersetzen ist! Bedenkt man dann,
daß infolge der Bahnsperre an den Zügen fast keine Schaffner
mehr sind, so ist es geradezu ein Wunder, wenn unter
dem Sparhüsem Miquel-Thielen nicht noch viel mehr
Unglück passiert! Ueber diesen Erlass werden die etwa in den
Anlagezustand versetzten Stationsbeamten demnächst vor Gericht
befragt werden müssen.

Wie kennen den ministeriellen Erlass nicht, den der
„Hamb. Korresp.“ meint. Wohl aber finden wir in dem vom
Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen „Eisen-
bahn-Nachrichten-Blatt“ folgende interessante „Nachricht“:

Nr. 577. Bez. Revisionsthätigkeit der
Rechnungsdirektionen.
Berlin, den 11. September 1899.

Mit Interesse habe ich von dem Inhalte der mir gemäß F. O.
I 5 13 vorgelegten Revisionsbücher Kenntnis genommen und daraus
gern ersehen, daß durch die verständnisvolle und erfolgreiche
Revisionsthätigkeit auch im abgelaufenen Rechnungsjahre
wirtschaftliche Erfolge für die Verwaltung erzielt
worden sind. Ich vertraue, daß die Rechnungsdirektoren und
Revisionsbureaus sich auf diesem Gebiete auch ferner be-
währen und bei ihrer Revisionsthätigkeit überall die nötige
Unterstützung finden werden.

An die Königlichen Eisenbahndirektionen.
V. A. 4344.

Zu den „wirtschaftlichen Erfolgen“ hat jedenfalls auch die
Thatfache beigetragen, daß, wie uns aus Altona mitgeteilt
wird, die Dienstzeit der Eisenbahnbeamten und Arbeiter wieder
bedeutend erhöht worden ist. Den Beamten werden Ob-
liegenheiten der Hilfsbeamten übertragen, Hilfsbeamte müssen
Arbeiten der Arbeiter mit besorgen, Arbeiter werden „über-
zählig“ und entlassen. Die Folge ist: wachsende Etparmisse,
wachsende Gefährdung des Publikums und
vorzeitige Zerrüttung der Eisenbahnange-
stellten.

Doch auch gegen dieses Uebel hat die Eisenbahnverwaltung
Aushilfsmittel. Allerdings gar eigengeartete, wie nachfolgende
Erlasse zeigen, die unser Wind uns zuwehte:

Stel, 10. September 1899.
Es ist den Beamten gegen Namensgegenstand bekannt zu
geben, daß ich ihre Versetzung nach nördlich gelegenen
Stationen beantragen werde, falls dieselben wegen

Kerbosität oder öfter wegen anderer Krankheiten
dienstunfähig werden, da derartige Beamte hier nicht ver-
wendet werden können.

Königliche Verkehrs-Inspektion.
Raz.

Kiel, 14. September 1899.
Von jeder Erkrankung eines Beamten, auch wenn dieselbe
vorausichtlich nur von kurzer Dauer, ist sofort hierher Meldung
zu machen.

Königliche Verkehrs-Inspektion.
Raz.

Unter nördlichen Stationen sind die Stationen Wogens
Hviding an der dänischen Grenze zu verstehen, welche als
eine Art Verbannungsort gelten.

Welch' Hochmaß von Fürsorge für die Unterbeamten
zeigt sich in diesem Abschubsystem der Eisenbahn-Behörde.
Durch übermäßigen Dienst werden die Beamten und Ar-
beiter heruntergerackert; ist ihre Gesundheit zerstört, so werden
die Zusammenbrechenden ins Exil an die äußerste Landes-
grenze verschickt, alwo sich ihre Dienstfreudigkeit im mühe-
reichen Bedenken der Miquel-Thiele'schen Knicker- und Anauer
politik stärken mag!

Vor Transvaal

nichts Neues! Eine friedliche Beilegung des ganzen Konflikts
ist jedenfalls immer noch nicht ausgeschlossen. Von Seiten Englands
geberdet man sich sogar zunehmend friedfertig. Der Herzog
von Devonshire z. B. äußerte in einer Rede, die er am
Montag in Sheffield hielt, folgendes: Er fürchte, das einzige
hoffnungsvolle Zeichen in der gegenwärtigen Lage sei der Umstand,
daß die Boeren die aggressiven Maßnahmen, welche die Engländer
nach den früheren Vorbereitungen erwartet hatten, nicht überließen. Obwohl die
englische Regierung es nicht für richtig erachtete, in ihren Vorbereitungen
jetzt nachzulassen, so werde doch so lange kein unwiderstehlicher
Schritt gethan, bis nicht Transvaal volle Zeit gehabt habe, die
Forderungen Englands in Erwägung zu ziehen. Die Regierung
halte es für nötig, den Schutz der britischen Staatsangehörigen und
der britischen Interessen in Afrika zu sichern. Die Dinge hätten ein
früheres Aussehen nicht angenommen, und er glaube, daß in der
eingetretenen Pause reichliche Erwägung zu einem friedlichen Aus-
gang führen werden.

Katürlich werden die Rüstungen munter fortgesetzt. Und Sobiel
scheint wohl festzustehen, daß England auf der Durchsetzung seines
Willens bestehen wird. Von großer Wichtigkeit haben sich diejenigen
gezeigt, welche etwas von den heilsamen Wirkungen der Haager
Friedenskonferenz in diesem Streifsfalle erwarteten. Der von
den Friedensgesellschaften eingerichtete ständige Ausschuss in
Bern, ein Vorbild und Seitenstück zu dem ständigen Bureau für
Schlichtung internationaler Zwiste, dessen Erregung die Haager
Friedensboten beschlossen haben, sandte am 23. September an die
Königin Victoria ein Telegramm mit der Bitte, sie möge in
den gegenwärtigen kritischen Umständen ihre Stimme vernehmlich
machen, um der Welt das abfärende Schauspiel eines Krieges
zwischen England und Transvaal zu ersparen. Wie sich das in einem
konstitutionellen Staate von selbst versteht, gab die
Königin der Krone nun nicht etwa selbst ihren Empfindungen
telegraphischen Ausdruck, sondern überwie die ganze An-
gelegenheit ihrem Ministerium. Ministerpräsident Salisbury
hielt es aber nicht für notwendig, auf seinen gemeinsamen Appell zu
reagieren, sondern beschleunigte einfach den Empfang des Telegramms.
Der Vorität halber ging von Bern auch ein Telegramm an den Präsi-
denten Krüger ab: Die gemeinsame Versammlung von Delegierten
der Friedensvereine bittet Transvaal und England dringend, Feind-
seligkeiten zu vermeiden und verlangt Untertänigkeit, Vermittlung,
Schiedsgericht gemäß den Beschlüssen der Haager Konferenz.
Krüger dankte für das Telegramm und sagte hinzu: Wir haben
stets auf den Schiedspruch Neutralen gedrungen und wünschen
auch nichts anderes als ein solches Schiedsgericht.

An das englische Kabinett wurde dann vom Berner Ausschuss
noch eine ausführliche Denkschrift geschickt, in der viel die
Rede war von dem internationalen Rechtsempfinden, und die sich
auf die Haager Friedenskonferenz berief, wo ja auch die englischen
Vollmachtigen eine so große Rolle gespielt hatten.

Und was erwidert man in England? Daß die Haager Kon-
vention bis jetzt von englischer Seite noch gar nicht unter-
fertigt worden sei; zweitens, daß diese Konvention nur Kon-
flikte ins Auge fasse, die zwischen zwei Mächten beständen.
In dem vorliegenden Falle aber liege kein Konflikt zwischen
zwei Mächten vor, der von einer dritten zu schlichten wäre, denn
Transvaal sei keine Macht, sondern ein nur relativ selbst-
ständiger Staat, der unter der Suzeränität Englands stehe.
England müsse es demnach ablehnen, sich einem Schiedsgerichte
zu unterwerfen.

Es dürfte Anreize geben, in denen man sich über dies „perfid“
Vorgehen entrüstet. Wie sind dazu nicht in der Lage. Wir betrachten
diesen Fall vielmehr als durchaus normal und vorbildlich. Die
kleinen Staaten werden stets gern den internationalen Schieds sich
fallen lassen, die Mächtigen werden ihn stets kaltblütig ab-
weisen.

Es ist begreiflich, daß sich die Sympathie der Ideologen,
die weniger die politischen als die moralischen Gesichtspunkte im
Auge haben, stets den Schwachen und Unterdrückten zuwenden wird.
Soeben ist eine kleine Broschüre erschienen, die eine der Königin
Victoria gewidmete Flugchrift des General-Kommandanten
von Transvaal, P. J. Joubert, in deutscher Uebersetzung enthält.
Sie schildert die Lebensgeschichte der niederdeutschen Kaplan-
siedler unter englischer Herrschaft und ist ganz dazu
angehan, die Herzen und die Phantasie unbeteiligter Leser zu
Gunsten der Boeren einzunehmen und diese mit Empörung gegen
die tyrannischen Unterdrücker zu erfüllen. Die ganze Schrift liest
sich wie ein Stück biblischer Geschichte, sie befreit den Auszug der
Boeren aus der Kapholomie, die in das unbekante Land gingen,
um sich eine neue Heimat zu schaffen, die Gefahren der Wildnis,
die Kämpfe mit den Kaffern, das Blutbad des wilden Königs

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Freilegende und Schwarzmalerei.

Bernstein sagt: „Das sozialistische Kollektiveigentum wird nicht als Folge oder infolge der gewaltigen Ausbeutung des kapitalistischen Eigentums ausgebildet werden, sondern das kapitalistische Eigentum wird verschwinden, wenn das sozialistische Kollektiveigentum schon in hohem Grade ausgebildet sein wird.“ Also er sieht im ausgebildeten Genossenschaftswesen schon sozialistisches Eigentum. Den als Freilegende bezeichneten Expropriationsgedanken weist er von der Socialdemokratie ab. Das widerspricht sowohl der ökonomischen Entwicklung wie dem allgemeinen kulturellen Fortschritt. Für solche Expropriation sei kein Beispiel in der Geschichte vorhanden. Darauf antwortet ich: Es gibt auch in der ganzen Geschichte kein Beispiel von einer Bewegung wie der sozialistischen. (Sehr wahr!) Ihr ist nichts Ähnliches an die Seite zu stellen. Wo und wann sind aus den untersten Schichten Millionen und Millionen von Arbeitern soweit in ihrer kulturellen und geistigen Entwicklung gekommen, daß sie aus sich selbst heraus den Mut hatten, der Gesellschaft gegenüberzutreten mit dem ausgesprochenen Zwecke, eine von Grund aus veränderte Staatsordnung herbeizuführen. Wenn insbesondere Bernstein mit seiner Großartigkeit — ich habe das mit Bedauern und nicht zum erstenmal gemerkt, denn schon vor dem Socialistengesetz bemerkte ich etwas Ähnliches und jetzt noch häufiger — bemerkt, daß etwas Ähnliches und jetzt nach zwanzig Jahren kommt dieser Rückfall — wenn Bernstein in einer nach meiner Meinung für die Arbeiter geradezu beleidigenden Weise ausführt, daß sie gar nicht das Zeug hätten, das zu vollenden, was sie vollenden sollen, daß es ihnen an politischer Reife fehle, während das Maß von politischer Reife, das die organisierte und klassenbewußte Arbeiterschaft schon bewiesen hat, weit über dem steht, was das Bürgerthum schon geleistet hat (Weißfall), wenn ich mir die Unfähigkeit des Bürgerthums von 1848 vor Augen halte, und dem gegenüber die geistige Höhe des Proletariats betrachte, so muß ich doch sagen, daß eine solche Kritik, wie sie Bernstein äbt, nicht am Platze ist. (Weißfall.)

Ich komme da wieder auf etwas, was mir sagt: man hat das Denken verlernt. Wenn man erklärt, für eine solche Expropriation ist kein Beispiel in der Geschichte, so ist das einfach unwahr, und so ist das ersichtlich bei Bernstein, der doch seinen Marx kennen sollte; er hat da einfach ganze Abschnitte bei Marx übersehen. Es ist ein geradezu kindliches Unterschätzen — schon vor 20 Jahren und jetzt der Rückfall — die Dinge möglichst schwarz zu malen, die Schwierigkeit so hinzustellen, daß man niemals vorwärts kommen kann. Eine Partei, die kämpft, will siegen, braucht Begeisterung, (Lebhafte Zustimmung), braucht Opferwilligkeit, und die nimmt man ihr, wenn man nach allen Richtungen hin künstlich die Schwierigkeiten aufhäuft, wenn man ihr sagt, seid vorsichtig, seid artig, seid brave und artige Kinder, daß ihr ja nicht die lieben bürgerlichen Freunde erschreckt — das alles klingt doch in einem geradezu unangenehmen Maß durch das ganze Buch, namentlich in seinem letzten Teil durch. Darin kann er sich gar nicht genug thun. Und uns dann zu sagen: Ihr seid unmündig! Ja, wenn er sagen wollte: Ihr sollt studieren, Ihr sollt Euch behelligen, Euch hineinorbeiten — ei den Teufel, thut mir das nicht alle Tage? (Lebhafte Weisfall.) Aber philosophieren, was alles für Kleinramm und im Wege stehen könnte, dafür danke ich. Da hätte ich lange die Plinte ins Korn geworfen! Die Freilegende! Ei zum Teufel!

(Privatbesprechungen des „Vorwärts“.)

Ethische Mittel.

Was war denn die ganze Reformation? (Stürmischer Weisfall.) Wir sind uns doch alle darüber klar, daß die deutschen Fürsten, die sich gegen Papst und Kirche und für Luther erklärten, keine idealen, sondern durchaus materielle Absichten hatten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Einschränkung der Kirchengüter war die treibende Kraft jener Revolution. Und das deutsche Bürgerthum, das mit der Reformation sympathisierte, that dies aus Pfaffenhaß; man wollte die vielen Feiertage beseitigen, damit man endlich arbeiten und sparen konnte und Kapital sammeln. Von dieser Reformation datiert ja die kapitalistische Periode in Deutschland, die jahrhundertlange Entwicklung, wir haben sie ja hinter uns. Da gibt es nicht an dem im ersten Bande des „Kapital“ im sechsten Kapitel: „Der Accumulationsprozeß des Kapitals“, einen Abschnitt, der von der sogenannten ursprünglichen Accumulation handelt. Wenn Bernstein nicht ganz und gar seinen Marx vergessen hätte, dann könnte er nicht einen so großen Scherz machen. Marx schildert in diesem Abschnitt in geradezu klassischer Weise, wie die englische Bourgeoisie die Bauern legte, Diebstahl an Kirchengütern und Gemeindegüter begann. Von 1814—1820 vertrieb die Herzogin von Suderland 15 000 galdische Einwohner, an deren Stelle 79 000 Schafe traten. Und weiß denn Bernstein nichts von dem Bauernleben in den anderen „Kulturstaaten“, von dem Einsinken des Gemeindegüterwesens? In Mecklenburg verschwanden vom dreißigjährigen Kriege bis 1848 von 12 543 Bauernstellen 1200, in Pommern verschwand von 1028 bis 1812 12 000 Bauernstellen. Und dann denken Sie an die großartige Expropriation, die die französische Bourgeoisie vollzog. Nicht die Krönung Ludwigs XVI. begründete die Herrschaft des französischen Bürgerthums, nein, es legte durch die Konfiskation der Güter des Adels und der Pfaffen und durch Schaffung neuer Bauernstellen die Art an die Wurzel der feudalen Produktionsweise. (Sehr richtig.) Als 1815 das alte Gefinde wieder zurückkehrte, da mußte Frankreich ihm wohl 1000 Millionen Frank als Entschädigung zahlen, aber die bürgerliche Gesellschaft hatte festen Boden unter den Füßen und änderte sich nicht, während wir in Deutschland mit unserer bürgerlichen Revolution, weil wir nicht gründlich zu Werke gingen, heute uns noch mit dem Feudalismus herumschlagen müssen. (Bravo.) Dann die große Sklaven-Emancipation in Amerika. Da waren wohl nach Bernsteins Ansicht ethische Gesichtspunkte maßgebend? (Heiterkeit.) Da war es wohl das Mißleid mit den armen Sklaven? (Heiterkeit.) Für die nordamerikanische Bourgeoisie galt es, die Sklavenwirtschaft zu beseitigen im Süden und die Bahn frei zu machen für die moderne kapitalistische Entwicklung. (Sehr richtig.) Tausende von Sklavenbesitzern wurden ihres Eigentums an Sklaven beraubt. Vom ethischen Gesichtspunkt aus nennt man das ja wohl — Diebstahl. (Große Heiterkeit.) Ich kümmere mich den Teufel um Wort, wenn ich den Zweck erreiche. (Lebhafte Zustimmung.) Sehen wir auf das werdende Italien, das seine heutige politische und wirtschaftliche Existenz auf Konfiskation des Kirchengutes aufgebaut hat. (Sehr richtig.) Ein paar tausend Millionen Frank sind da eingesackt worden.

Ran hat nicht nötig, uns zu empfehlen, wir sollten ja nur ethische Mittel anwenden. Parteigenossen, ich sage Euch, an dem Tage, an dem wir in die Lage kommen sollten, die große Expropriation in Deutschland vorzunehmen — es wird ja leider noch ein Weilschen dauern (Heiterkeit) — und ich hätte das Glück, dabei zu sein, dann will ich Euch die schönsten Reden halten und beweisen, wie wir aus ethischen Gründen, aus Gründen des Gemeinwohls verpflichtet sind, zur Expropriation zu schreiten. (Große Heiterkeit und Weisfall.) Also es bleibt bei der Expropriation, die geben wir nicht auf! (Stürmischer Weisfall.)

Wir wollen nicht Gewalt.

Wir haben es nicht nötig, mit Gewalt vorzugehen. Ich habe immer gesagt: Schade um jeden Kopf, der bei all den Auseinandersetzungen fiele. Auf die Köpfe kommt es mir gar nicht an, es kommt auf die Expropriation an. Ich wünsche im Gegenteil, daß alle, die es angeht, dabei sind und zusehen, wie wir es machen. (Heiterkeit.) Wie wir darüber denken, darüber kann doch in der Partei niemand im Zweifel sein. Es ist geradezu Unsinn, anzunehmen, daß auch nur ein einziger Mensch in unserer Partei ist, der Reizung hätte,

dem Hungertode verfallen zu sein. Wir hatten und jeden Kommentars dazu enthalten und wollten zunächst nähere Nachrichten abwarten. Jetzt berichtet nun die in Karlsruhe erscheinende „Badische Landeszeitung“ hierzu: „An hiesiger maßgebender Stelle ist, wie wir auf Grund unserer Erkundigungen mittheilen können, von diesem oder einem ähnlichen Falle, nichts bekannt.“

Wegen Majestätsbeleidigung ist gegen die polnische Zeitung „Praca“ in Polen die Voruntersuchung eingeleitet worden wegen Abdrucks eines Artikels vom 30. September unter der Ueberschrift „Der kaiserliche Schug“.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zum Polnischen Mädchenworte wird gemeldet: In Polna circulierte das Gerücht, der Bruder der Pruzza hätte eingestanden, seine Schwester ermordet zu haben.

Budapest, 9. Oktober. Der Finanzminister Salas überreichte heute dem Abgeordnetenhaus den Etat für das Jahr 1900. Derselbe weist als Endergebnis einen Ueberschuß von 1831 883 Kronen an.

Der Ministerpräsident von Szell legte dem Hause die Schlußrechnung für 1898 vor. Nach derselben beträgt der Ueberschuß 24 925 000 Gulden, während er nach dem Finanzgesetz auf 49 000 Gulden veranschlagt war; das Ergebnis der Finanzabrechnung des Jahres 1898 ist also um 24 876 000 Gulden günstiger, als der budgetäre Vorschlag.

Frankreich.

Paris, 10. Oktober. Nach einer Depesche der „Kurore“ aus Montelmar haben Offiziere des 22. Linien-Regiments durch Kundgebungen gegen den Präsidenten Loubet sich schwere Pflichtenwidrigkeiten zu schulden kommen lassen. Die amtliche Untersuchung hat, nach demselben Blatte, ergeben, daß die erwähnten Kundgebungen von den Offizieren in einer vorher abgehaltenen Versammlung beschlossen worden sind und daß die Offiziere sich einer Verleumdung des Staatsoberhauptes schuldig gemacht haben.

Unterstaatssekretär Rougeot wird beim Wiederausammentritt der Kammer das mit der deutschen Regierung abgeschlossene Uebereinkommen, betreffend die Telephonlinie Paris Berlin und Paris-Frankfurt a. M. vorlegen.

Wie die „Agence Havas“ meldet, hat der Kriegsminister bereits eine Untersuchung über die militärische Kundgebung angedeutet. Der Minister wird, wie es heißt, mit der äußersten Strenge gegen die Offiziere vorgehen, falls dieselben für schuldig befunden werden. Man wird abzuwarten haben, was an dieser offiziellen Nachricht wahr ist. Bis jetzt hat es mit der äußersten Strenge gegen Offiziere, die nicht zufällig Drehfus oder Picquart hießen, immer seinen Dalen gehabt.

Italien.

Als Nebausch für die Christi-Feier haben, wie uns aus Rom berichtet wird, die Radikalen und Socialisten — die sich bekanntlich jetzt unter dem Namen Volkspartei zu gemeinsamer Bekämpfung der Reaction zusammengehangen haben — einen Demonstrationzug nach der Villa Cerere veranstaltet. Die Polizei nahm natürlich mehrere Verhaftungen vor.

Rußland.

Zur Unterdrückung Finnlands. Aus Petersburg meldet die „Russische Telegraphenagentur“: Nach Verichten finnischer Blätter soll die Oberprocuratur bei dem finnländischen Senate beantragt haben, gegen die finnländische Prokuraturverwaltung ein gerichtliches Verfahren einzuleiten, weil letztere die Verbreitung schädlicher Bücher in finnischer Sprache gestalte.

Serbien.

Der Justizmord in Belgrad von der Kammer gutgeheißen!

Aus Nißch wird uns gemeldet: In der Adreßdebatte der gestrigen Sitzung nahm die Stupschina einstimmig die Adresse an, welche in allen Punkten die in der Thronrede entwickelten Ideen billigt und ihre loyale Gesinnung gegenüber der nationalen Dynastie Obrenowitsch betont. Die Adresse brandmarkt in Ausdrücken größter Entrüstung das Attentat und das Komplott, gedenkt der unvergeßlichen Verdienste König Wilans um das Vaterland, drückt das Bedauern über die ungerücksichtigte aggressive Haltung eines Teiles der auswärtigen Presse aus und verpricht die Aufgabe der Regierung im Geiste des Regierungsprogramms des Königs zu unterstützen. Die Adresse wurde vormittags von mehreren Deputierten dem König Alexander überreicht, welcher von neuem seinen festen Entschluß ausdrückte, nichts an dem gegenwärtigen politischen Regime ändern zu wollen. Sodann begaben sich die Deputierten zu König Wilan, um denselben zu seiner Errettung zu beglückwünschen.

Das Standgericht hat somit seine Aufgabe im vollsten Maße erfüllt: die radikale Partei ist erdröckelt, und der gekrönte Lump hat von der „Volkvertretung“ die Sanctionierung seiner Gewaltthätigkeit erlangt. Die öffentliche Meinung des Auslandes, die in diesem Falle in der That Wandel schaffen könnte, scheint sich aber gänzlich beruhigt zu haben und nimmt die Anerkennung der „unvergeßlichen Verdienste König Wilans“ mit vollem Gleichmut auf.

Rußland scheint darin eine Ausnahme zu machen. Die merkwürdige politische Konstellation bringt es bekanntlich mit sich, daß der russische Absolutismus sich als Beschützer des unterdrückten serbischen Volkes gegen den serbischen Absolutismus aufspielen muß. Die russische Presse nimmt daher zu der Thronrede des serbischen Königs eine scharf tadelnde Stellung ein. Die „Kowoje Wremja“ ist außer sich darüber, daß der König es gewagt habe, das Leben Wilans als für das serbische Volk kostbar zu bezeichnen. „Milan“, meint das offiziöse russische Organ, sowie die heimtücklichen Völscher seines Willens muß man ihrem eigenen Schicksale überlassen, darf aber dabei nicht außer acht lassen, daß zwischen diesen Herrschern Serbiens und dem serbischen Volke nichts Gemeinsames besteht. Alle wahren Freunde des serbischen Volkes werden nicht aufhören dürfen, sich um dessen künftiges Schicksal als europäische Nation zu kümmern. Das serbische Volk verdient eine andere Regierung, als die, welcher es gegenwärtig sich unterwerfen muß. Die „Petersburgskaja Wedomosti“, deren Redakteur Fürst Ljatschki für einen persönlichen Intimen Freund des Zaren gilt, sprechen von den „unglücklichen Duldern“, deren Verurteilung nach der autoritativen Meinung des russischen Geschäftsträgers das öffentliche Gewissen erregt hat. Auch andere namhafte Blätter widmen dem Gegenstande längere Artikel und fordern einstimmig die Entfernung Wilans aus Belgrad.

Türkei.

Konstantinopel, 8. Oktober. Meldung des Wiener L. Telegr.-Bureau. Die Pforte hat den hiesigen diplomatischen Vertretern ein Rundschreiben zugehen lassen, in welchem es heißt, durch das Erdbeben in dem Vilajet Smyrna seien 80 000 Personen erwerbslos geworden; zur Unterstützung derselben beabsichtige die Pforte, im Vilajet Smyrna den Eingangszoll für Waren auf ein Jahr um 3 Prozent zu erhöhen! Eine Kommission, bestehend aus ottomanischen und fremdländischen Mitgliedern, könnte diese Maßregel überwachen. Die Pforte verlangt hierzu die Zustimmung der diplomatischen Kreise.

Dingam und seine schließliche Ueberwindung, endlich die englische Occupation und deren Folgen. Die Engländer kommen in dieser Beschreibung nicht sehr gut fort. Sie werden noch schwächer gemalt, als selbst die wilden Stämme. Zoubert schreibt da:

„Man hätte denken sollen, Cav. Majestät, man ließe die Boeren nun allein und in Frieden in dem Lande, das sie so viel gekostet hatte, dort ihren Gott zu preisen. Aber nein, das Joch der Unfreiheit sollte noch nicht zerbrochen, der bittere Kelch noch nicht geleert. Kaum war das Dorf Pietermaritzburg angelegt, ein Wasserbehälter gegraben, eine Kirche errichtet, eine kleine Schule für die Kinder eingerichtet, ein Gerichtshaus und ein Gefängnis gebaut, so sammelten sich wieder drohende Wolken, und Alarmrufe wurden laut. Was kann das sein — die Kaffern? — Nein, tausend, tausendmal schlimmer! — Die Engländer sind gekommen. Ein Offizier mit einer Kompagnie Soldaten, ausgerüstet mit Kanonen und Kartätschen sind hier.“ — „Es ist Kapitän Jarvis, dieser gute, dieser drave alte Soldat. Wir werden leicht mit ihm zurecht kommen und er wird bald wieder gehen.“ — „Nein, mein armer Freund Boer, du bist im Irrtum, der Offizier ist Major Smith, er ist gekommen, unser Land dem mächtigen Reiche Großbritannien einzuverleiben, der Unabhängigkeit, mit der wir geprahlt, ein Ende zu machen und unseren Frieden zu zerstören. Nur mit Schauder gedenke ich dieses bellagerten Ereignisses, Cav. Majestät. Es kann nicht Wunder nehmen, daß die Boeren, die so viel gebildet und gelitten, um dieses Land zu erhalten und ein unabhängiges Volk zu bilden, nicht geneigt waren, sich freiwillig einer solchen Ungerechtigkeit zu unterwerfen, vielmehr allen Versuchen, dieselbe durchzuführen, Widerstand leisteten.“

Es ist zweifellos, daß man bei uns in Deutschland vielfach Anteil nehmen wird an dem Schicksale der „stammverwandten, tapferen Boeren“. Bei uns, wo man die Unterdrückung des Franzosenthums im Elsaß, des Dänentums in Schleswig, des Polentums in Ostpreußen selbstverständlich findet, ist man immer gern bereit, sich über die Unterdrückung einer recht fern ab liegenden Rationalität zu ereifern. Aber ebenso sicher ist es, daß man von maßgebender Stelle aus heute nicht mehr in überreichten Depeschen den Boeren seine Sympathie ausdrücken wird. Man kann sich dem Greater Britain nicht in den Weg stellen, so wenig in England selbst — wo der Führer der Opposition im Unterhause, Sir D. Campbell-Bannerman, in einer jahungsvollen Protestrede doch seine Zustimmung zur Regierungspolitik durchblicken ließ — so wenig im Ausland, wo die allenthalben überwiegenden imperialistischen Tendenzen nur ein schmerzliches Mitfühlen auf derselben Bahn bewirken.

Die Ungevißheit über den Ausgang des Transvaal-Konflikts dürfte übrigens nicht mehr lange anhalten. Wie das Renteische Bureau aus Kapstadt meldet, hat die Regierung der Südafrikanischen Republik an die britischen Behörden ein Ultimatum gerichtet. Die definitive Entscheidung muß also in diesen Tagen fallen.

Inzwischen hat die Kritik natürlich bereits zahlreiche wirtschaftliche und persönliche Opfer verschlungen. Der „Standard“ meldet aus Pretoria, daß augenblicklich 70 Grubengesellschaften die Arbeit eingestellt haben und nur noch 7 Gesellschaften arbeiten. Man rechnet, daß seit dem Beginn der Kritik 45 000 Flüchtlinge das Randgebiet verlassen haben. Am Sonnabend und Sonntag sind allein 1800 Personen hier eingetroffen. Lokale Unterstützungsvereine sind Tag und Nacht mit der Hilfeleistung beschäftigt. Man hat beschlossen, im ganzen Reiche Aufrufe zur Leistung von Hilfsbeiträgen zu erlassen. Von dem Johannesburg Disputationsamt sind in den letzten Monaten ungefähr 20 000 Pfund Sterling verteilt worden, 3000 Personen haben Unterstützungen empfangen.

Deutsches Reich.

Die Kanalvorlage wird jetzt, so erfährt die Münchener „Allgemeine Zeitung“, umgearbeitet und mit Ergänzungen versehen, welche diejenigen Maßnahmen betreffen, die von der Regierung, als im Interesse der östlichen Provinzen liegend, schon früher ins Auge gefaßt worden waren. Also weitere Kompensationen, um die unbesugelten Junker gnädig zu stimmen! —

Die „Post“ bringt unter dem Titel: Die Heerschau der Socialdemokratie einen längeren Leitartikel, der trotz seiner krausen Logik eine Anzahl Wahrheiten enthält, die wir gern unterschreiben. So äußert sie sich über die theoretischen Differenzen, die in Hannover zum Austrag kommen werden, folgendermaßen:

„Keine Partei — selbst Centrum und Nationalliberale nicht ausgenommen — vereint in sich so scharfe Gegensätze und so verschiedene Anschauungen über grundlegende Programmpunkte, wie die Socialdemokratie. Wer aber aus diesen Gegensätzen große Hoffnungen auf Spaltung und Zerfall herleiten wollte, der wird sich grausam täuschen. Im Haffe gegen den bestehenden Staat und seine Gesellschaftsordnung, in den revolutionären Endzwecken finden die streitenden Brüder sich immer zuletzt wieder einig zusammen. Die Gegensätze sind demgegenüber untergeordneter Art. Die Meister in seiner Begründungsrede sagte, werden die Befürchtungen angfälliger „Genossen“, sowie die Hoffnungen optimistischer Gegner schließlich grundlos sein, wenn man einig auseinandergeht, nachdem man sich offen ausgesprochen und weidlich gegankt.“

Die Richtigkeit der letzten Sätze geben wir ohne weiteres zu. Nur verstehen wir nicht so recht, wie man von „so scharfen Gegensätzen“ sprechen kann, wenn diese doch einige Jellen später als „untergeordneter Art“ bezeichnet werden. Dieser logische Dualismus durchzieht den ganzen Artikel. Es wird da fernestin der Artikel von Wolfgang Heine über die Bernstein-Frage, der im Oktoberheft der „Socialistischen Monatshefte“ erschien, einer Besprechung unterworfen, die darthun soll, daß Heine sich „rollenwidrige Seitenstränge“ zu schulden kommen lassen und „recht schonungslos“ mit dem „socialdemokratischen Katechismus“ gewirtschaftet habe, indem er dem „blutigen Radikalismus“ zu Leibe gerückt sei. Und dann plötzlich wird Heine trotzdem als „ein Gewaltmensch hingestellt, der am liebsten doch noch eine blutige Revolution inscenieren möchte.“

All diesen Widersprüchen liegt eben die dunkel empfundene Wahrheit zu Grunde, daß die Socialdemokratie trotz aller wirklichen oder vermeintlichen Meinungsverschiedenheiten über einzelne Punkte doch in der Verfolgung ihres Zieles vollkommen sich klar und einig ist.

Die Berliner „Neuesten Nachrichten“ machen in einem Artikel über das Koalitionsrecht folgende, wohl allgemein überraschende Mitteilung:

„Der Gesetzentwurf zum Schug des gewerblichen Arbeitsverhältnisses will das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht aufheben, er will im Gegenteil dieses wertvolle Recht allen Arbeitern wiedergeben. Die Vorlage ist, was immer die Socialdemokratie dazu sagen mag, hervorragend arbeitserfreundlich.“

Und ist bis jetzt unbekannt geblieben, daß in dem Entwurf eine Bestimmung enthalten ist, die das Koalitionsrecht auch den ländlichen Arbeitern und dem Gesinde verleiht.

Die Abgeordnetenwahlen zum obdenburgischen Landtag finden am 17. Oktober d. J. statt. Es ist die Hoffnung vorhanden, daß im Amt Jever unser im ganzen Lande bekannter und von jedem ansässigen Gegner geachteter Genosse Hug von den gegnerischen Wahlmännern soviel Stimmen erhalten wird, daß er als Abgeordneter gewählt sein wird.

Wander-Unfall. Die brachten kürzlich nach dem Karlsruher „Landboten“ eine Meldung, nach welcher ein während der Wander vermisster Dragoner am 28. v. M. bei Pforzheim in einem Graben mit gebrochenen Beinen tot aufgefunden worden wäre. Der Bedauernswerte scheint vom Pferde gestürzt und da er unbeachtet blieb,

eine Revolution zu machen, wenn er der Meinung ist, daß er seinen Zweck viel besser und leichter und einfacher erreichen kann. Nicht die Revolutionäre sind es, die die Revolutionen machen, sondern in jeder Zeit die Reaktionen. (Lebhafter Beifall.) Das hat schon der große Goethe seinem Germanen gesagt: Es sind nur die Regierungen schuld, wenn die Revolution kommt. Und ich könnte Ihnen so ein Duzend Stellen aus Schriftstellern nennen bis auf den alten Rommisen, der in seiner römischen Geschichte so Naßlich ausführt: Wenn eine Regierung beweist, daß sie unfähig ist, die Aufgaben zu lösen, die im Interesse der großen Mehrheit der Staatsbürger liegen, dann ist es ein Recht, die Revolution zu machen, da haben nicht die Schuld, die in Gewalt sich erheben, sondern diejenigen, die die Gewalt provoziert haben. Und Parteigenossen, von diesem schönen Grundsatz ist bei uns das Bürgertum selber in Deutschland allezeit ausgegangen. (Lebhafter Beifall.)

Als der ehemalige Kommunist und Organisator von Bauernaufständen, unser früherer Parteigenosse und jetzige Finanzminister Dr. v. Riquel nach seinem Eintritt in das Finanzministerium beabsichtigte, die Vermögenssteuer einzuführen, die sehr mäßig ist, keine progressive Säule enthält, da erklärte die „Röhmische Zeitung“, man würde genötigt sein, „seine monarchischen Ansichten zu revidieren“. Das Kapital, die Bourgeoisie, wird republikanisch morgen, wenn es ihr Vorteil ist; es ist monarchisch heute, weil es ihr noch großen Vorteil bringt. Mit welcher brünstigen Liebe blüht nicht die schweizerische Bourgeoisie nach Deutschland und speziell nach Berlin, sie kann gar nicht den Augenblick erwarten, bis die Schweiz von Deutschland aufgegeben wird. (Sehr richtig!) Es giebt ja in der Schweiz eine ganze Reihe demokratischer Einrichtungen, die der Bourgeoisie unheimlich sind, sie hat auch kein lebendes Heer, das möglicherweise auf Vater und Mutter schießt. Das geht bei der Witz nicht. (Weiterkeit.) Obgleich unsere Verhältnisse in Deutschland zur Zeit so erbärmlich sind, wie sie erbärmlicher nicht gedacht werden können, nähmen die Schweizer Bourgeois unsere Einrichtungen doch gern mit in Kauf, weil sie sich sagen: Wir haben da eine starke Monarchie, die die Heiligkeit des Eigentums, nebstbei auch die Heiligkeit des Familienlebens aufrecht erhält. (Sehr gut.)

Der politische Anigge.

Bernstein giebt uns nun eine ganze Reihe von Ratsschlägen, wie wir uns dem Bürgertum im allgemeinen gegenüberstellen sollen. Sie lauten in der Hauptsache dahin, hübsch artig zu sein, kein hartes Wort zu gebrauchen, das Bürgertum nicht zu erschrecken. Ich möchte ihm wirklich vorschlagen, ein politischer „Anigge“ zu werden und eine Schrift über den Umgang mit politischen Gegnern herauszugeben. (Weiterkeit.) Ohne eine solche Verhaltensmaßregel, fürchte ich, werden wir in seinen Augen immer noch schwer sündigen.

Bernstein sagt dann in seiner Schrift, die Anwendung des Wortes „bürgerlich“ sei mindestens eine sprachliche Zweideutigkeit. Die Socialdemokratie wolle nicht an Stelle der bürgerlichen eine proletarische Gesellschaftsordnung setzen, sondern an Stelle der kapitalistischen eine socialistische. Allein, Genossen, sprechen wir nicht ganz allgemein von unseren Gegnern als von bürgerlichen Parteien? Und das ist so in der Ordnung, daß unsere Gegner diesen Ausdruck selbst acceptiert haben. Das Jahr 1848/49 war keine Revolutionsperiode des Proletariats, sondern des Bürgerturns. Es handelte sich um die Befreiung von allen Fesseln, die der bürgerlichen Freiheit im Wege standen. Wir drücken mit dem Worte „bürgerlich“ zugleich das aus, was uns von den anderen Parteien trennt. Wie immer die einzelnen Glieder dieser bürgerlichen Parteien uns gegenüberstehen, und seien sie noch so liberal oder social, das steht fest, kein Anhänger der bürgerlichen Partei will die staatliche und gesellschaftliche Ordnung in Frage stellen lassen, und das ist das entscheidende Kennzeichen. Den bürgerlichen Parteien stehen wir gegenüber als eine revolutionäre Partei, insofern als wir bemüht sind, an Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine von Grund aus anders gestaltete, eine socialistische zu setzen, die mit der bürgerlichen unvereinbar ist. Nach dieser Richtung hin müssen wir unter allen Umständen die schärfste Scheidegrenze aufrecht erhalten.

Aus eigener Kraft.

Vor allem müssen wir auch daran festhalten, daß die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann. Wie kommt Bernstein dazu, diesen Satz unser Programm abgeändert wissen zu lassen. Er sagt sich: Die Zahl derer, die der Arbeiterklasse wohl wollen, wird mit jedem Jahre größer. Aber wie kam es denn, daß das Bürgertum sich überhaupt um uns kümmerte? Bedenken Sie nur den Jubel, in den die Bourgeoisie ausbrach, als Lassalle starb, weil sie glaubte, daß damit die Arbeiterbewegung zu Ende sei. Aber die Bewegung breitete sich trotzdem aus und diese Entwicklung veranlaßte zunächst die Ideologen aus der Bourgeoisie, einmal zu studieren, wie das angeht. Sie stülpten sich gewiss, Marx, Engels und Lassalle zu lesen, und da mag man nun sehen, wie man will, aber das muß man doch zugeben: Unsere Gelehrten haben vor der Bourgeoisie das eine voraus, daß sie von dem direkten Klasseninteresse nicht so sehr berührt werden. So entstand der Staatsocialismus, der unser Werk war, so wenig das die Gegner auch zugeben wollen. Dann haben wir den Staat gezwungen, uns anzuerkennen. Denken Sie nur an die Thronrede von 1890, wo Kaiser Wilhelm rund heraus erklärte: Wir wollen die Socialdemokratie unterdrücken, aber ihren berechtigten Kern wollen wir anerkennen. Hat etwa auch dies Zustand nur die Gerechtigkeit gemacht? Ja, es hat in unserer Partei — ich schäme mich, es auszusprechen — Leute gegeben, die in den letzten Monaten auf Grund der Reichstags-Verhandlungen über die Budgetvorlage gefogt haben, es sei bewiesen, wie recht Bernstein hätte, die Wassertränke, die Hehl usw. hätten ihr gutes Herz gezeigt. Solche Leute sind noch Socialdemokraten? Das sind Harmonie-Apostel. (Weiterkeit.) Aber haben wir denn jemals einen Mann von uns ferngehalten, weil er seiner socialen Stellung nach nicht zu uns gehörte? Haben wir nicht heute das Vergnügen, zwei offenkundige Großgrundbesitzer in unserer Mitte begrüßen zu können und wir freuen uns, daß es solche weihen haben giebt. Wir haben studierte Leute, die keine Proletarier sind, sondern aus Idealismus zu uns gekommen sind. Ich habe stets gesagt, wir brauchen Intelligenzen, je mehr, je lieber, und wenn jemand als ehrlicher Parteigenosse zu uns kommt, hatten wir allen Grund, und darüber zu freuen. (Beifall.) Aber so groß auch die Zahl dieser Idealisten sein mag, im Vergleich zu der gesamten Partei verschwinden sie, das ist nur eine kleine winzige Hand voll Leute, die obendrein von ihrer eigenen Klasse über die Waage angehoben, die gesellschaftlich geachtet werden und viel Geld zu ertragen haben, das der Proletarier nicht kennt.

In den Bauernkriegen, an denen ja in der Hauptrolle Bauern beteiligt waren, waren ein Florian Geher, ein Thomas Münzer und im gewissen Sinne sogar ein Götz von Veßtingen die Führer: sind es deshalb keine Bauernkriege? Es ist ja charakteristisch, daß jede unterdrückte Klasse aus den Reihen der Besitzenden ihre Führer bekommt. In der französischen Revolution war es ein Mirabeau und andere Angehörige des Adels und der Geisteswelt, — ist deshalb der Charakter der Revolution ein anderer geworden?

Und wie sieht es mit uns selber? Was sind denn die Lassalle, die Marx, die Engels? Proletarier? Keineswegs ist unsere Bewegung eine proletarische und muß eine proletarische bleiben, wie es Marx und Engels auf das schärfste gefordert haben, wenn sie nicht zu Grunde gehen soll. Bernstein spricht auf Seite 189 von den ideologischen Interessen des Bürgerturns, Religion, Patriotismus, dem Wunsch, dem Lande die Särcden der Revolution zu ersparen; darauf sollen wir Rücksicht nehmen. Wenn die Leute in der bürgerlichen Gesellschaft so dumme sind, daß sie meinen, wir wollten mit unseren Schädeln durch die Wand rennen, dann sind wir für diese Dummheit nicht verantwortlich. Daß sie sich aber in ihren materiellen Interessen durch uns bedroht fühlen, das ist ja wahr; wenn wir das verschweigen wollen, würden wir ja heucheln, das wäre ja unethisch!

Und die ideologischen Interessen! Kappjähne und politische Entrechtung für die Arbeiter! Die Bourgeoisie ist genau so atheistisch wie wir, in die Kirche läuft sie aus Angst, daher die steigende Verdummung in der Schule. Die Vaterlandsliebe? Ach, wir haben eine viel ideologischer Vaterlandsliebe, (Beifall.) Alle diese ideologischen Interessen sollen wir ja nicht anerkennen. Ja, wißt Ihr denn, Parteigenossen, was das heißt? Das heißt, wir sollen alles aufgeben, was unser Wesen ausmacht, was wir als Grundzüge betrachten haben. Ich möchte kein Hehl daraus: an dem Tage, wo diese Grundsätze in der Partei zur Geltung gekommen sein sollten, erkläre ich: du hast 36 Jahre unsonst gearbeitet, jetzt gehst du und lebst von nun an in bequämlicher Ruhe. Das ist ja dieselbe Schreibweise Eugen Richters! (Lebhafter Zustimmung.) Es ist traurig, daß wir auf unserem Parteitag unsere ganze Zeit durch Aneinandersehung über Dinge uns rauben lassen müssen, die wir uns längst an unseren Kinderstühlen abgelaufen haben.

Ist denn das Bürgertum in seinen Befreiungskämpfen anders verfahren als wir? Wegen die Dichtungen der vormärzlichen bürgerlichen Dichter ist alles, was unsere jetzigen Dichter sagen, ein Kinder spiel. Geht ja nicht die Religiosität an, mahnt man uns. Ich kann Euch nur sagen: Wir thun gegen die Verdummungsbestrebungen auf diesem Gebiet nicht zu viel, nein zu wenig, auf diesem Gebiete mühte unsere Presse sehr viel mehr thun.

Liberalismus und Demokratie.

Merkswürdig sind die Anschauungen, die Bernstein über Liberalismus und Bürgerturn entwicelt: Die Demokratie sei negativ ausgedrückt, die Abwehr einer Klassenherrschaft und so weiter auf Seite 122, 126, 130, auf Seite 129 heißt es: „Die Parteien, die sich den Namen liberal zulegen, waren oder wurden im Verlaufe reiner Säuhgarden... des Kapitalismus. Zwischen diesen Parteien und der Socialdemokratie kam natürlich nur Gegnerschaft herrschen. Was aber den Liberalismus als weltgeschichtliche Bewegung anbetrifft, so ist der Socialismus nicht nur der Heilfolge, sondern auch dem geistigen Gehalt nach sein legitimer Erbe.“ Der letzte Satz widerspricht allem Vorhergehenden in der schärfsten Weise und ich kann mich hierüber sehr kurz fassen. Wie kommt Bernstein in aller Welt dazu, in seinem Eifer in der philosophisch unklaren und widerspruchsvollen Weise lange Auseinandersetzungen über liberal und demokratisch zu machen und dann zu erklären: zwischen diesen Parteien und der Socialdemokratie kam natürlich nur Gegnerschaft herrschen? Ei, da bräuhete er nur alle die Seiten seines Buches fortzulassen und nur diesen Satz zu schreiben, da wären wir einig. Da wären alle die Konfusionen nicht entstanden. Seine philosophischen Ideen kommen aber nicht etwa vom Himmel herunter, sondern sie sind die Widerspiegelung der wirklichen Verhältnisse. Der Liberalismus wird abgelehnt und allerorts als das Bürgerturn hingestellt und der Socialismus wird ihm stritte entgegengesetzt. Gerade weil die liberalen Parteien die Säuhgarden des Bürgerturns sind, wollen wir ja mit ihnen kein Bündnis haben, um den Klassenkampfcharakter nicht zu kompromittieren. Es ist in den letzten Tagen viel von Opportunismus die Rede. Das will ich Euch sagen: Bis zu einem gewissen Grade sind wir alle opportunistisch, keiner will morgen auf die Barricaden steigen. Der ganze Streit ist über das Maß, und da werden wir immer streiten. Es werden immer Fragen aufstehen, wo wir nicht einig sind, sollen wir soweit gehen oder soweit, das habe ich schon in Erfurt ausgeführt und darum kommen wir nicht herum, so lange wir in der bürgerlichen Gesellschaft leben. Später einmal, wenn die Socialdemokratie die herrschende Partei wäre und ihre gesellschaftlichen Einrichtungen träte, — da streiten wir uns erst recht (Lebhafter Zustimmung), selbstverständlich, weil einer länger sein will als der andere und es vielleicht auch ist. Wir streiten uns ja auch in den Vereinen um die beste Art der Verwaltung, um die besten Persönlichkeiten, also Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben. Was würde das für eine langweilige Gesellschaft sein, wo sie nicht wären! (Weiterkeit und Beifall.) Da will ich lieber morgen sterben oder gehe zu den Bolschewiken, von denen ich doch annehme, daß ich bei ihnen Opposition finden werde. Was notwendig ist, ist, daß wir einen gemeinsamen Boden haben, gemeinsame Grundanschauung haben über die bürgerliche Gesellschaft einerseits, über die socialistische andererseits. Wo das nicht der Fall ist, da hört freilich eine Verständigung auf, und wir können nicht verkehren. Aber, Parteigenossen, aus dieser feiner ganzen philosophischen Auffassung von Liberalismus und Demokratie, von dem eigenartigen liberalen Bürgerturn, das nach seinem eigenen Beständnis gar nicht existiert, ist Bernstein losig dazu gekommen, zu sagen, wir sollen uns eine socialistisch-demokratische Reformpartei nennen. Das zeigt am besten, wie weit Bernstein von unseren Anschauungen sich entfernt hat. Das hat bisher niemand gewagt zu sagen und der Partei vorzuschlagen. Ich sage noch einmal, wir sind im Wesen eine revolutionäre Partei, das schließt nicht nur nicht aus, das schließt ein, daß wir Reformen, nicht zurückweisen, wo wir sie bekommen können. Das beweist unser Programm. Es zerfällt nicht unsonst in einen principellen und einen praktischen Teil. Man hat da mandrieret übertrieben. Geviß haben wir uns gestritten über die Bedeutung des Parlamentarismus. In der Fraktion ist heftig gekämpft worden, wie weit wir uns am parlamentarischen Leben beteiligen sollen, ob wir für oder gegen ein Gesetz stimmen sollten. So war es jüngst noch beim bürgerlichen Gesetzbuch. Ein Teil wünschte, daß wir dafür stimmen sollten, die Mehrheit der Fraktion war aber dagegen. Trotz aller dieser Kämpfe haben wir vom Jahre 1867 ab Anträge gestellt, auch unter dem Socialistengesetz sind wir praktisch thätig gewesen. Ich weise auf unsere Anträge zum Kranken- und Unfall- und Invalidengehelt hin. Es ist nicht wahr, wenn gesagt wird, wir hätten keine profühliche Thätigkeit entfaltet. Unsere Thätigkeit hat die bürgerlichen Parteien gezwungen, uns Konzessionen zu machen, das hat Bismarck 1885 meinem Freunde Kuer gegenüber im Reichstags öffentlich zugegeben. Bernstein redet viel von der Notwendigkeit der Demokratisierung des Staates, ja freilich ist dies nötig, wofür reden wir uns denn die Zungen wund. (Sehr richtig!) Aber wo ist denn in Deutschland seit zwanzig Jahren ein einziger politischer Fortschritt geschehen? (Sehr richtig!) Ist das Wahrecht, das Vereinstrecht besser geworden? (Nein!) Wir haben die Wahlrechts-Verschlechterungen in Sachsen, die Gemeinde-Wahlrechts-Verschlechterungen in Meiningen gehabt, und wenn es in Bayern zu einer Wahlreform kommen sollte, so sage ich Euch, sie würde nicht kommen, wenn sie den Merkmalen nichts nützte! (Sehr gut!) Wenn es ohne Verrat an unseren Principien und ohne Schäden für unsere Taktik geschieht, habe ich nichts gegen momentane Wändnisse mit bürgerlichen Parteien.

Wändnisse.

Warum sollen wir nicht nehmen, was wir erhalten können? Ein, zwei lächliche Kerle, ein paar Generalhöchste in den Hauptstellen, die bei den Hauptfragen das Wort nehmen. Wir haben ja gesehen, was es 1871 im Reichstag nützte. Wir können aber eine Anzahl von wichtigen Fragen sprechen, über die wir im Reichstag nicht sprechen können. Das habe ich als einen Vorteil betrachtet, den wir erreichen können, und daher will ich erklären, daß ich den bairischen Genossen aus ihrem Verhalten in der neuesten Phase keinen Vorwurf mache. Unsere bairischen Genossen sind in einer Zwangslage gewesen. Wir sind in Deutschland in einer sehr bösen Lage. Wir leben nicht in einem Einheitsstaat, in einem vergleichsweise demokratischen Staat wie Frankreich. Gätten wir in unseren 26 Staaten und Ständen das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht, dann hätten wir gar keine Debatten über unsere Taktik, aber man hält uns die Zähne zu; da gilt es, auch ein unangenehmes Mittel zu nehmen, wenn es einen Durchschluß für uns giebt. Wenn ich den bairischen Genossen trotzdem einen Vorwurf mache, so ist es der, daß sie die Position, in die sie durch die Urwahlen gekommen waren, nicht in der richtigen Weise ausnutzten, sondern in dem Eifer, möglichst viel Mandate zu bekommen, etwas anderes unterließen, was ich unter Umständen für wichtiger halte, als ein paar Mandate: daß sie den Stuttgarter Beschluß nicht insofern respektierten, daß sie gegenüber einer so an Zwei-

deutigkeiten und Hinterlistigkeiten reichen Partei wie die Centrumpartei erklärten, wir geben Euch unsere Stimmen, aber seid so gut und verpflichtet Euch zu bestimmten Konzessionen in der Wahlrechtsfrage. Aber wenn das Verhalten der bairischen Genossen für ein faktischer und principeller Fehler erklärt wird, dann dürfte im vorigen Jahre der Stuttgarter Parteitag nicht mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität eine Resolution annehmen, die alle diese sogenannten principellen Verstöße im voraus gutgeheißen hat. (Sehr gut.) Ist das Parteiverrat, dann dürfte man auch nicht provisorisch und ausnahmsweise der Parteiverrat gutheißen. Es wäre auch insoferant, wenn wir an den Bayern tabeln wollten, was unsere bairischen Genossen vor zwei Jahren vor aller Welt gethan haben, ohne daß ein Jahr danach geträht hat, und was zu thun sie jetzt wieder auf dem Sprunge sind. Aber ich sage noch einmal: in dieser Beziehung ist nichts Unrechtes geschehen.

Ich wollte nun in meiner Resolution nach dieser Richtung hin möglichst alle Kanteln schaffen. Etwas Neues sagt sie in dieser Beziehung nicht. Wenn wir ein Zusammengehen von Fall zu Fall mit bürgerlichen Parteien nicht ablehnen, so wird dadurch unser Ziel und unsere principielle Haltung in keiner Weise beeinträchtigt. Unser ganzes Bestreben ist ja darauf gerichtet, die Lage der Arbeiterklasse soviel wie möglich zu heben und das Maß ihrer politischen Rechte zu erweitern, um sie dadurch kampffähiger zu machen für unsere großen Bestrebungen.

Die Resolution sagt ferner, daß in der Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Lande und der Kolonialpolitik die Partei auf ihrem bisherigen Standpunkt beharrt. Auch da spricht sich Bernstein im höchsten Maße widerspruchsvoll und unklar aus und trägt nur dazu bei, Verwirrung in unseren Reihen hervorzurufen.

Unser Sieg.

Was ich aber ganz besonders zu tabeln habe, das ist, ich wiederhole es, daß Bernstein uns förmlich Angst vor dem Siege macht, daß er ihn uns quasi zu vererben sucht. Daß wir eines schönen Morgens aufwachen und uns mitten in der socialen Republik finden, glaubt ja niemand mehr. Aber es ist eine ganz verkehrte Taktik, der Partei den Opfermut, die Begeisterung, die Opferfreudigkeit, alles das, was der Kampf im höchsten Maße braucht, durch möglichstes Hinanstücken des Fieles und der Möglichkeit des Sieges zu verderben zu versuchen. Was insbesondere den so viel hervorgehobenen Mangel an Intelligenz betrifft, so sage ich Euch, Parteigenossen, wenn wir wirklich einmal in die Lage kämen, die Fägel in die Hand zu bekommen, mir um die Intelligenz nicht bange ist. Was will denn die Intelligenz machen, die jetzt in den bürgerlichen Reihen sich behauptet? Glaubt Ihr denn, die Beamten, die Techniker, die Ingenieure usw. werden streifen, bei uns nicht mitthun wollen, wenn wir ihnen eine anständige Behandlung und bessere Bezahlung versprechen? (Weiterkeit und Beifall.) Ich sage Euch, es giebt sogar eine ganze Menge Geheimräte, die dann zu uns kommen, vielleicht sogar Minister. (Weiterkeit.)

Alles in allem haben wir also in gar keiner Weise Grund, unsere Grundanschauungen und unsere Taktik und unseren Namen zu ändern. Ich fasse meine Rede in dem Satz zusammen: Wir bleiben was wir bisher waren! Ich bitte, nehmen Sie meine Resolution möglichst einstimmig an. (Stürmischer Beifall.)

Singer

teilt einen Antrag mit, das Babelsche Referat in Broschürenform zum Selbstkostenpreise herauszugeben. Er schlägt vor, die Beschlußfassung vorzubehalten, da eventuell die Verbreitung der gesamten Verhandlung in dieser Weise angebracht wäre.

Hierauf ergreift Genosse Eduard Dabib das Wort, um Bernsteins Standpunkt zu verteidigen. Der Redner muß jedoch wegen vorgerückter Zeit abbrechen. Wir bringen deshalb seine Rede morgen im Zusammenhang.

Lokales.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Der Harmlosen-Prozess.

In dem nun schon sieben volle Tage verhandelt worden ist, sieht noch so ziemlich auf demselben Fied, und auch die Zeugenvernehmungen am Dienstag haben kein wesentlich neues Licht über das Treiben im Klub der Harmlosen geworfen. Die von den Angeklagten gemachten Angaben werden immer wieder von den zahllosen vernommenen Zeugen bestätigt, und diese Wahrheitsliebe wird nicht verfehlt, ihnen die Sympathie der Richter zuzuführen.

Charakteristisch waren von den Zeugen des Dienstags zwei junge Offiziere, von denen der eine den Namen dezer v. Puttkamer trug. Die jungen Herren haben bei den Harmlosen jeder circa 10.000 M. verloren, aber als besonders hoch konnten sie diese Verluste, die von ihren Eltern reguliert wurden, nicht bezeichnen. Wenn die Herren Schöne in der Stadt derartige Ansichten und Ausgaben haben, dann ist es schließlich kein Wunder, wenn die Väter auf dem Lande unter die schreienden Agrarier gehen und über die Not der Landwirtschaft lamentieren. Interessant wird es gewiß für manchen sein, daß auch der v. Puttkamer in die Lage gekommen ist, den Oberkellner anzupumpen.

Frau Frida Vogt, die Geliebte v. Kaisers, die ebenfalls vernommen wurde, macht im Vergleich zu der kürzlich vor den Schranken erschienenen Lona des Herrn v. Röcher einen recht soliden und anständigen Eindruck. Sie ist die geschiedene Frau eines Hauptmanns, ist noch heute im Besitz eines Vermögens von 10.000 M., und Herr v. Kaiser hat das Verhältnis mit ihr, das wohl auf gegenseitiger Neigung beruht, nicht übermäßig viel gelohnt. Allerdings vom Standpunkt der mit „blauen Lippen“ um sich werfenden Harmlosen; denn die gemeinschaftlich geführte Wirtschaft hat dem jungen Herrn, der nur eine regelmäßige Monatseinnahme von wenig über 100 M. hatte, monatlich 400—500 M. gekostet. Das alles sind doch unvergleichliche Sittenbilder aus den Kreisen der Edelsten und Besten der Nation!

Eine sehr merkwürdige Seite des Prozesses ist, daß sich die Zeugen immer und immer wieder über die Abfassung der Vorunteruchungs-Protokolle beschwerten. Heute wieder die vernommenen Offiziere, unter ihnen v. Puttkamer und v. Gersdorff. Sie alle konstatierten, daß die Protokolle schärfere angefallen sind, als es die Zeugen eigentlich wünschten, und daß sie oft einen förmlichen Kampf mit dem Untersuchungsrichter und Herrn von Ranteuffel führen mußten, um scharfe und befohlende Wendungen aus dem Protokoll fern zu halten. Wenn das bei diesen adeligen Zeugen geschehen, denen gegenüber gewiß große Rücksicht und Vorsicht geübt worden ist, so kann man sich denken, in welcher Weise oft Vorunteruchungsprotokolle entstehen, wenn es sich um Vernehmungen von Angehörigen weniger rücksichtsvoll behandelte Gesellschaftsklassen handelt.

Aus Anlaß dieser ganz übereinstimmenden Klagen der Zeugen im Harmlosen-Prozess ist es doch vielleicht an der Zeit, daß sich sowohl die Öffentlichkeit, als auch die zur Abhilfe berufenen Instanzen mit der eigentlichen Art beschäftigen, in der Scheinbar diese zu beschwörenden Vorunteruchungs-Protokolle jetzt zu Stande kommen. Wenn ein paar Duzend Zeugen solche Klagen vorbringen, so muß dies doch eine Ursache haben, — die zu ermitteln gewiß nicht ohne Interesse für die Rechtssicherheit wäre.

Zur Stadtvorordnetenwahl. Nicht im 5. Bezirk, sondern im 30. findet infolge der Mandatsübertragung der Stadtvorordneten Baumgarten eine Neuwahl zur Stadtvorordneten-Versammlung statt. Herr Baumgarten ist zwar im 5. Wahlbezirk gewählt worden, hat aber bei der Neueinteilung den 30. Bezirk zugewiesen erhalten.

Abermals ein Raubmord. Noch ist der Raubmord an dem Bildhauer Luigi Valentini in der Wilhelmstr. 118 nicht geklärt und der Mörder nicht ergriffen und schon wieder wird ein Raubmord an einer Frau aus dem Südosten, der Stallgerstr. 55b, am Görtiger Bahnhof, gemeldet.

Dort im vierten Stock des Vorderhauses wohnte seit über zwei Jahren die verwitwete Mantelnäherin H. Joost. Sie ernährte sich rechtlich, war fleißig und im Hause allgemein beliebt. Um sich den Lebensunterhalt zu erleichtern, vermietete sie ein Zimmer ihrer kleinen aus Stube, Schlafzimmern und Küche bestehenden Wohnung an Schlafkürschner. Augenblicklich wohnte ein Schlafkürschner Namens Wendi bei ihr, der das Zimmer mit ihrem einzigen Sohne teilte. Gestern früh, als diese beiden jungen Leute vor 7 Uhr nach der Arbeit gingen, bemerkten sie, wie ein früherer Schlafkürschner, der 25jährige Zimmermann Richard Troger, mit der alten Frau in der Küche sprach. Sie nahmen weiter keine Notiz davon und entfernten sich. Als der Sohn um 12 1/2 Uhr nach Haus kam und die verschlossene Wohnung öffnete, fand er seine Mutter tot in der Küche am Boden liegend. Sie schwamm in ihrem Blute und zeigte eine Wunde am Hinterkopf. Er schlug sofort Alarm und benachrichtigte die Polizei. Es wurde dann festgestellt, daß Troger bis zum Juli bei der ermordeten Joost gewohnt hatte. Er war dann unter Zurücklassung seiner Sachen auf die Wanderschaft gegangen und am 1. Oktober zurückgekommen. Die Frau, bei der er um Wiederaufnahme bat, wies ihn aber, weil er nicht pünktlich gewesen war, und aus anderen Gründen ab. Gestern früh ließ er sich wieder sehen. Man nimmt an, daß Troger, dessen Stiefeltern in der Nähe, Brangelstraße 29, wohnen, die Frau erschlagen hat. Seine blutigen Kleider, die man in der Wohnung vorfand, bestätigten diese Annahme. Sein neuer Anzug, bestehend aus blauem Jackett und Weinschwarz, wird vernichtet. Er hat sich vermutlich gleich nach der That umgezogen und ist dann nach Durchsicherung der Wohnung entflohen. Nach Angaben des Sohnes fehlten außer einer Uhr noch bares Geld, so daß also ein Raubmord vorliegt. Der Mord muß gleich nach 7 Uhr begangen sein, denn gleich nach 8 Uhr erschien eine Freundin der Ermordeten, die notwendig mit ihr zu sprechen hatte. Sie blieb bis um 12 Uhr, bis der Sohn kam und die Wohnung öffnete. Die Freundin hat Troger nicht mehr gesehen. Der Mörder wird als ein kleiner, 156 Centimeter großer untersechter Mann mit starkem Schnurrbart beschrieben. Er trägt einen schwarzen, eingedrückten, weichen Filzhut und blauen Jacketanzug. Der linke Arm ist blau tätowiert, auf dem linken Handrücken ist ein blauer tätowierter Fleck zu sehen. Troger hat sich viel in Köpenick und der hiesigen geistlichen Herberge aufgehalten.

Dazu werden noch folgende weitere Einzelheiten berichtet: Der des Nordes verdächtige Troger ergriffte bei seiner Rückkehr von der Wanderschaft, daß er in der Zwischenzeit in Chemnitz gearbeitet habe. Da er zu seinem Stiefvater, dem Zimmermann Quweitsch in der Brangelstr. 23 nicht gehen wollte, weil er sich mit seiner Mutter überworfen hatte, so suchte er Frau Joost wieder auf und bestimmte sie mit Witten so lange, bis sie ihn wieder aufnahm. Bis zum vergangenen Sonntagabend blieb er bei der Frau, die außer ihm noch einen Arbeiter Kapiga in Schlafstube hatte, ohne daß er angemeldet war. Dann wurde es jedoch der Frau zu viel, zumal da er sein Verprechen, ein ordentlicher Mensch werden zu wollen, nicht hielt, und sie ließ ihn abends in die Wohnung nicht mehr ein. Troger kam aber jeden Tag wieder und pflegte in dem Hause auf der Treppe zu nächtigen, wenn er von Frau Joost Essen erhalten hatte. Am Sonntagabend wartete er vor der Hausthür, als Frau Joost um 11 Uhr nach Hause kam. Er begehrte wieder Einlass, die Frau ließ ihn jedoch draußen stehen und verschloß die Hausthür hinter sich. Troger wartete nun, bis ein anderer Hausbewohner heimkehrte, ließ sich von diesem aufschließen und übernachtete wieder auf der Treppe. Am Montag besuchte er dann Frau Joost wieder. Als diese von einer ihr befreundeten Frau Buchholz Besuch erhielt, fragte er sie im Laufe des Gesprächs heimlich, ob sie nicht den Besuch mit irgend einem Auftrage wegschicken könne. Frau Joost verneinte, Frau Buchholz und Troger blieben dann noch eine Weile und gingen später gleichzeitig weg. Als am Dienstagmorgen der 24 Jahre alte Sohn Alfred der Frau Joost nach der Fabrik in der Köpenickerstraße Nr. 109a gegangen und auch der Schlafkürschner Kapiga die Wohnung verlassen hatte, fand sich Troger wieder ein. Was nun vorgegangen ist, hat niemand gehört, man weiß auch nicht, wann Troger die Wohnung und das Haus verlassen hat. Um 11 Uhr vormittags kam Frau Buchholz, wie am Montag verabredet worden war, wieder, um mit Frau Joost sich nach einer Stellung umzusehen. Da sie auf ihr Klopfen keine Antwort erhielt, so wartete sie, bis gegen 12 1/2 Uhr Alfred Joost zum Mittagessen nach Hause kam. Den beiden bot sich nun, als sie die Wohnung betraten, ein schrecklicher Anblick: Frau Joost lag auf dem Rücken in ihrem Blute, mit dem Kopfe nach der Korridorthüre zu. Die rechte Hand lag krampfhaft auf der Brust, der linke Arm lag nach aufwärts gestreckt. Die Kleidung war auf der Brust aufgerissen, das starke Haar war mit schon geronnenem Blute bedeckt. Der Kopf wies hinter dem rechten Ohr eine Schußwunde und mehrere Verletzungen von Hammerschlägen auf, von denen einer den Hinterkopf durchdrungen hatte und der Tod war infolge einer Verblutung eingetreten. Der Mörder hat sein Opfer wahrscheinlich hinterwärts angefallen und ihr zunächst mit einem kleinfaßigen Revolver, denselben, den er vor zwei Jahren zu dem Selbstmordversuch benutzte hatte, den Schuß beibrachte, während es am Herde stand, um das Mittagessen zuzubereiten. Auf dem Boden zerstreutes Gänsefett ließ darauf schließen, daß die Frau das Gesicht mit dem Essen in der Hand hatte. Nachdem Frau Joost infolge der Schußverletzung rücklings zu Boden gefallen war, bearbeitete ihr der Mörder den Kopf mit einem Tischlerhammer, den er schon länger besaß und den man später mit Blut bedeckt in einem Schrank fand. Als er sich vom Tode seines Opfers überzeugt hatte, eignete sich der Mörder das Portemonnaie der Ermordeten, dessen Inhalt man nicht kennt, und ihre goldene Remontoiruhr mit Kette an und zog dann seinen blutbesetzten Anzug aus, um ihn mit einem anderen, blauen, zu vertauschen, den er früher besessen hatte, den man aber als Unterpfand für die Schulden einbehalten hatte. In diesem Anzuge verließ er unbemerkt das Haus und entkam mit der Wunde. Dieses der Befund und der Tatbestand, wie ihn die von dem Sohne der Ermordeten, der Frau Buchholz und den Hausbewohnern alarmierte Revier- und Kriminalpolizei, ein Arzt Dr. Joachim, später noch ein Gerichtsarzt und der Oberstaatsanwalt Dr. Hienrich feststellten. Der Stiefvater und die Mutter Trogers wurden alsbald zur Recognition des zurückgelassenen blutigen Anzuges vor die Kriminalpolizei geladen. Unweisslich erkannte mit Bestimmtheit die Kleidungsstücke als die seines Stiefsohnes, gab aber zugleich der Vermutung Raum, daß dieser nicht mehr unter den Lebenden sein werde. Wahrscheinlich habe er sich nach einem Vororte begeben, um sich zu erlösen. Diese Vermutung hat etwas für sich, kann aber ebenso gut irrig sein. Daß Troger der Mörder ist, unterliegt keinem Zweifel. Abgehen von der Recognition seines Anzuges, hat ein Kriminalkommissar bei der Durchsicherung der Wohnung einen Brief in dem Bette, das Troger früher benutzte, gefunden. Aus dem Schreiben geht hervor, daß T. die Absicht hatte, Frau Joost und ihren Sohn umzubringen.

Die Nachforschungen nach dem Verbleib des Raubmörders hatten bis gestern Abend spät noch keinen Erfolg. Im Laufe des Abends erschien nach und nach an allen Säulen folgender Anschlag: 1000 Mark Belohnung.

Heute mittag gegen 12 1/2 Uhr wurde die Witwe Joost in ihrer Wohnung Stallgerstr. 55b auf dem Fußboden der Küche tot aufgefunden. Dieselbe hat anscheinend einen Schuß in den Hinterkopf erhalten und ist mit einem stumpfen Gegenstand auf den Kopf geschlagen und so getötet worden. Es liegt zweifellos Raub-

mord vor. Als Täter erscheint nach den bisherigen Feststellungen der Zimmermann Richard Troger, am 11. Dezember 1870 zu Berlin geboren, welcher sich wohnungslos umhertreibt, dringend verdächtig. Derselbe ist 1,55 bis 1,60 Meter groß, schwächig, hat dunkles Haar, gezeichnet, und eine alte starke Schußnarbe auf der linken Brust, blaue Tätowierungen auf den Armen und auf dem linken Handrücken und lachigen Gang. Er ist bekleidet mit einem blauen Jacketanzug, das Jackett einreihig, Eden abgerundet, und mit einem schwarzen weichen Filzhut, einen Kniff in der Mitte. Geraubt: Geld und eine goldene Damen-Remontoiruhr mit dem Namen „Juno“ auf der inneren Cubette, worauf Gewerbetreibende besonders aufmerksam gemacht werden. Mitteilungen sind an die Reviere oder an die Kriminalabteilung zu machen. Berlin, 10. Oktober 1899. Der königliche Polizeipräsident. (gez.) von Hindheim.

In der Gegend des Thotortes, bei dem sich wie an den Anschlagfäulen fortwährend große Menschenmengen ansammelten, war gestern Abend in der achten Stunde das Gerücht verbreitet, daß der Raubmörder gefaßt worden sei. Es erwies sich als unbegründet. Für die Nacht traf die Kriminalpolizei umfassende Maßregeln. Die Polizeibehörden der Vororte wurden erucht, scharf aufzupassen, und in Berlin selbst wurde eine allgemeine Durchsicherung der Herbergen, Puppen etc. vorgenommen.

Mordversuch in der Potsdamerstraße. Kaum hatte sich die Kunde von dem Raubmord in der Stallgerstraße durch die Stadt verbreitet, als in der Potsdamerstraße ein neues Kapitalverbrechen verübt wurde, glücklich ohne Erfolg. In diesem Falle handelt es sich um einen Mordversuch aus verschämter Liebe. Die am 22. November 1889 zu Brühl in Mecklenburg-Schwerin geborene Bertha Albrecht lernte vor zwei Jahren einen 20 Jahre alten Bremer Hermann Wahne kennen, der in ihrer Heimat in der Lehre war. Die beiden verkehrten freundschaftlich mit einander, bis das sehr junge Mädchen auf andere Anforderungen, die Wahne stellte, sich nicht einlassen wollte. Als Bertha Albrecht nach Hamburg ging, nahm der junge Mann dort ebenfalls eine Stellung an. Als er nun wieder zurückging, kam es zu einem vollständigen Bruch. Die Folge war, daß Wahne das Mädchen, das seine Anträge ablehnte, zu erschlagen versuchte. Er verlegte sie jedoch nur leicht, so daß sie bald wieder hergestellt war und kein Aufsehens davon machte. Am jedoch seinen Nachstellungen zu entgehen, floh sie nach Berlin. Vor einem halben Jahre nahm sie in Schöneberg eine Stellung an. Wahne suchte sich ihre Adresse zu verschaffen und bestimmte sie nun mit schriftlichen Anträgen. Als das Mädchen schließlich alle Briefe ungeöffnet an ihn zurückgehen ließ, griff er zu einer List. Auf einem Umwege suchte er ihr durch ihre Eltern einen Brief zuzustellen, durch den er ihr ankündigte, daß er, wenn sie ihm nicht zu Willen sein wolle, ihren Vater arbeitsunfähig machen und ihm das Haus über dem Kopfe anzünden werde. Das Mädchen blieb aber auch dieser Drohung gegenüber standhaft und hörte nun zwei Monate lang nichts mehr von ihrem Verfolger. Da tauchte Wahne plötzlich in Berlin auf. Bertha Albrecht war seit dem 1. d. M. in der Potsdamerstraße 27 b in der zweiten Villa dieses Grundstücks bei einem Geschäftsmann Gold in Stellung. Als sie dort gestern zu einem Ausgange den Flur betrat, sah sie Wahne stehen, ging eilig an ihm vorbei, bestieg den ersten Pferdebahnwagen, den sie fand, und fuhr weg. Wahne folgte ihr nicht, schrieb ihr aber eine Postkarte, daß er sie am nächsten Abend — am gestrigen Dienstag — sprechen müsse. Sie schickte ihm auch diese Karte zurück. Dafür wollte Wahne sich gestern Nachmittag rächen. Er lauerte dem Mädchen auf, sah, wie es aus der Kronenstraße in das Geschäft des Dienstherrn ging, und er wartete nun in einem Versteck auf dem Flur der Villa in der Potsdamerstr. 27b seiner Missethat. Als die Albrecht um 4 Uhr zurückkehrte, sprang Wahne aus seinem Versteck auf sie los, packte sie an der Gurgel und versuchte, ihr mit einem bereitgehaltenen Messer den Hals abzuschneiden. Das Mädchen setzte sich zur Wehr und so ging der Schnitt fehl; er traf nicht die Kehle, sondern die Mundwinkel. Auf das Hillegeschrei der Ueberfallenen eilten Maurer, die auf dem Hofe beschäftigt waren, herbei, nahmen den Wüthenden fest und übergaben ihn der Revierpolizei. Diese lieferte ihn gestern Abend der Kriminalpolizei ein. Wahne ist geständig. Die Verlegung des Mädchens ist nicht gefährlich.

Feuerbericht. Dienstag früh 5 Uhr entstand ein Fabrikbrand in der Galvanisier-Anstalt von Jörn u. Jöls, Reuenburgerstraße 16. Glühend wurde das Feuer rechtzeitig bemerkt, so daß es von der Feuerwehre noch wirksam bekämpft werden konnte. Bevor es große Ausdehnung erlangte. Trotzdem ist ein Teil des Fabrikgebäudes ausgebrannt und der verursachte Schaden erheblich. — Am vorhergehenden Abend entstand Friedrichstraße 49 durch ausgeströmtes Gas ein Wohnungsbrand, der leicht zu einer verheerlichen Explosion führen konnte. Nach Abstellung der Hauptleitung stellte sich heraus, daß die Leitung defekt geworden war. Das Feuer konnte bald gelöscht werden.

Die Explosion in der Kautschukfabrik zu Rummelsburg hat schlimmere Folgen, als es zunächst den Anschein hatte. Der Arbeiter Konrad Freitag ist vorgestern nachmittag gegen 4 Uhr auf der Unfallstation III seinen Verletzungen erlegen. Bei einem zweiten Verunglückten hat sich das Befinden wesentlich verschlimmert, bei den drei anderen etwas gebessert.

Auf dem Terrain des „Reichsversuchsgartens“, wie die an der Dahlemer Chaussee gegenüber dem Botanischen Garten vor kurzem errichtete pflanzenpathologische Versuchsanstalt genannt wird, ist jetzt ein großes Laboratorium und ein mit den modernsten Einrichtungen versehenes, vollständig mit Glas überdecktes Warmhaus erbaut worden. Um die Erforschung der bedeutendsten Pflanzenkrankheiten zu fördern und die Untersuchungsergebnisse den Interessenten zugänglich zu machen, wurde im Jahre 1890 eine internationale pflanzenpathologische Gesellschaft gegründet und die Errichtung von pflanzenpathologischen Versuchsanstalten angeregt, deren erste in Deutschland sich nunmehr bei Dahlem befindet. In dem ausgedehnten Garten der Station werden zahlreiche Kultur- und Zierpflanzen gezogen.

Gerichts-Zeitung.

In Breslau hatte sich der gesamte Vorstand der Arbeiter-Zunft wegen Untreue, begangen durch widerrechtliche Verteilung von Zunftgeldern an die Mitglieder, vor der Strafkammer zu verantworten. Obermeister Brauner und Zunftgemeister Werner erhielten je 1 1/2 Jahre, Obermeister Hillebrand und Zunftgemeister Brenner je 1 Jahr Gefängnis. Alle vier Verurteilten wurden sofort verhaftet.

Die Herren hatten seit Jahren die Mitgliedsbücher eines der Zunft gehörigen Grundstücks unter sich verteilt, schließlich zwei Grundstücke der Zunft verkauft und den Erlös ebenfalls sich und einigen anderen Mitgliedern der Zunft zugewiesen.

Versammlungen.

Der Streik der Puzer wurde in einer am Dienstag abgehaltenen öffentlichen Versammlung durch Annahme der folgenden Resolution als beendet erklärt: Nachdem diejenigen Arbeitgeber, welche zur Zeit Puzarbeit haben, mit wenigen Ausnahmen die Forderungen der Puzer anerkannt haben, auch die Kollegen bis auf wenige sämtlich zu den neuen Bedingungen in Arbeit sind, wird der allgemeine Streik der Puzer für beendet erklärt. Am auch diejenigen Arbeitgeber, welche noch nicht bewilligt, in Zukunft aber Baulen zu puzen haben, zur Anerkennung der Forderungen bewegen zu können, beschließt die Versammlung: Jeder Kollege, welcher Puzarbeit annimmt, ist auch ferner verpflichtet, den Revers unterschreiben zu lassen, ebenso verpflichten sich die Puzer von Berlin und Umgegend, nach wie vor strenge Kontrolle auf den Baulen darüber zu üben, ob die gefassten Beschlüsse auch gehalten werden. Die Versammlung spricht ferner die Erwartung aus, daß die vorhandenen oder sich herausstellenden Mängel sofort der Kommission gemeldet werden, damit dieselben ab-

gestellt werden können. Zum Streikfonds sind von der nächsten Woche ab pro Woche 50 Pf. zu zahlen.

Dem Bericht der Lohnkommission zufolge haben 92 Unternehmer, darunter 47 Mitglieder des Arbeitgeberbundes, die Forderungen bewilligt. Nach Lage der Sache könne man sagen, der Streik habe mit einem glänzenden Siege der Arbeiter geendet, der Tagelohn von 8 M. und die 8 1/2 stündige Arbeitszeit seien gesichert und würden auch, wenn die Puzer geschlossen zusammenstehen, für die Zukunft erhalten bleiben.

Die Händler und Händlerinnen nahmen in einer öffentlichen Versammlung, in welcher O p i g über die nächsten Stadtvorordnetenwahlen referierte, eine Resolution an, in welcher sie sich verpflichten, bei den im November stattfindenden Stadtvorordnetenwahlen Mann für Mann für die Kandidaten der Socialdemokraten einzutreten.

Weiter-Propaganda für Mittwoch, den 11. Oktober 1899.

Teils teiler, teils wolgig bei ziemlich frischen westlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Scharfmacher-Versammlung.

Karlsruhe, 10. Oktober. (W. S.) Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hielt hier seine erste Generalversammlung ab. Der Bund wurde am 15. März d. J. in Berlin konstituiert. Von zur Zeit bestehenden 47 Lokalverbänden gehören dem Bund bisher 41 Verbände an. Der Vorsitzende, Baumeister Felsch, Berlin, führte aus, daß der Bund mindestens 5/6 der Arbeitgeber umfassen müsse. Erst wenn der Bund zu einer Macht geworden, stark genug, um eine Kraftprobe ausführen zu können, in großen Bezirken oder in ganz Deutschland Arbeiter anzusprechen und auf gegnerischer Seite die Meinung klar greifen habe, daß diese Kraftprobe auch ausgeführt wird, dann werde wieder Ruhe eintreten. Bei Besprechung der diesjährigen Arbeitseinstellungen wurde anerkannt, daß es die Aufgabe des Bundes sein müsse, die berechtigten Lohnforderungen zu erfüllen und gute Zustände auf den Baustellen zu schaffen. Bezüglich des Besetzungswortes zum Schutze der Arbeitswilligen wurde beschlossen, die verbündeten Regierungen und den Reichstag zu ersuchen, gesetzliche Bestimmungen vorzubereiten und ihnen zuzustimmen, welche unter der vollen Wahrung der den Arbeitern gegebenen Koalitionsfreiheit Wünsche derselben befähigen, und sowohl den Arbeitswilligen, als auch den Arbeitgebern den nötigen Schutz gewähren. Für Agitationszwecke wurden 20 000 M. bewilligt und der Entsendung von Wanderrednern zugestimmt.

Die royalistische Verschwörung.

Paris, 10. Oktober. (W. S.) Heute begann vor dem Staatsgerichtshof das Verhör der royalistischen Angeklagten. Als erster erschien André Buffet. Derselbe weigerte sich, die Fragen des Vorsitzenden Börenger zu beantworten und überreichte ihm eine schriftliche Erklärung, deren Aufnahme in das Protokoll er verlangt. Er sagt darin unter anderem, daß der Senat aus Freimaurern zusammengesetzt sei und diese nichts anderes thun können, als das Vorgehen der Regierung, welche ihre Befehle von den Freimaurern erhalte, zu billigen. Börenger versuchte während dreier Stunden Buffet zum Sprechen zu bringen, aber ohne Erfolg. Darauf wurde das Verhör Chevillats, Romicourts und Pressencourts begonnen.

Paris, 10. Oktober. (W. S.) Der Kriegsminister ist entschlossen, gegen die schuldigen Offiziere vorzugehen, wenn die von einem Lyoner Blatte veröffentlichten Anschuldigungen sich als wahr erweisen sollten.

Transvaal.

London, 10. Oktober. (Melbung des „Reuter'schen Bureaus“) Chamberlain empfing heute eine Depesche von Wilner, in welcher dieser ihm den Empfang einer Depesche des britischen Agenten in Pretoria mitteilt. Die Depesche des britischen Agenten besagt, daß er von dem Staatssekretär Reig eine Note erhalten habe, in welcher die Regierung von Transvaal verlangt:

1. Daß alle zwischen England und Transvaal schwebenden Streitigen Angelegenheiten durch Schiedspruch oder auf andere freundschaftliche, zwischen England und Transvaal zu vereinbarenden Weise geregelt werden.
2. Daß die englischen Truppen sofort von den Grenzen Transvaals zurückgezogen werden.
3. Daß alle englischen Verstärkungstruppen, die seit dem 1. Juni 1899 in Südafrika angekommen sind, in einem angemessenen Zeitraum zwischen England und Transvaal näher zu bestimmenden Zeitraum wieder aus Südafrika zurückgezogen werden, während Transvaal seinerseits sich verpflichtet, sich jeden Angriffs auf irgend eine englische Besitzung während der einzuleitenden neuen Unterhandlungen zu enthalten. Wird diese Bedingung angenommen, so wird auch die Regierung von Transvaal bereit sein, die bewaffneten Voeren von den Grenzen zurückzuziehen.
4. Wird verlangt, daß die englischen Truppen, die auf dem Meere unterwegs sind, an keiner Stelle in Südafrika gelandet werden. Die Regierung von Transvaal fordert dringend von der englischen Regierung eine sofortige zustimmende Antwort bezüglich der obigen vier Punkte, und zwar soll sie diese Antwort nicht später als Mittwoch, 11. Oktober, um 5 Uhr abends, geben. Die Regierung von Transvaal möchte noch hinzufügen, daß sie für den unerwarteten Fall, daß sie innerhalb der festgesetzten Frist keine zufriedenstellende Antwort erhalten sollte, sich zu ihrem großen Bedauern gezwungen sehen wird, die Handlungsweise der englischen Regierung als eine formelle Kriegserklärung anzusehen und sich für die weiteren Folgen nicht für verantwortlich halten wird, daß sie ferner auch, falls neue Truppenbewegungen nach den Grenzen von Transvaal innerhalb der festgesetzten Frist stattfinden sollten, genötigt sein wird, diese Truppenbewegungen als eine formelle Kriegserklärung anzusehen.

Frankfurt a. M., 10. Oktober. (W. S.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Die Erdbeben in Bilejet Aidin dauern fort. Der Vorkämpfer von Marshall spendete für die Betroffenen 3000 M.

Frankfurt a. M., 10. Oktober. (W. S. B.) Am 8. d. M. vormittags 9 1/2 Uhr fuhr auf Bahnhof Oberlahnstein eine leere Lokomotive einem fällstehenden Personen-Sonderzuge Lindeburg-Müdesheim in die Klamm, wobei 4 Personen leicht verletzt wurden. Ein Personenzug wurde unerschütterlich beschädigt und zwei Tenderwagen kamen zur Entgleisung. Verletzt wurde nicht gestor.

Frankfurt a. M., 10. Oktober. (W. S.) Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Dortmund: Durch glühende Eisenmasse wurden auf der Dortmund Union drei Arbeiter schwer, einer tödlich verletzt.

Dresden, 10. Oktober. (W. S. B.) Bei den in 30 jährigen Landtagwahlkreisen von den Wahlmännern vorgenommenen Wahlen zur zweiten Kammer wurden gewählt: 20 Konservative, 7 Nationalliberale, 1 Liberaler, 1 Fortschrittler und 1 Bund der Landwirte.

Wien, 10. Oktober. (W. S.) Der Ministerpräsident Graf Clary konferierte heute vormittag mit mehreren Abgeordneten und verließ längere Zeit mit dem Bürgermeister Dr. Lueger.

Wien, 10. Oktober. (W. S.) Die „Wiener Abendpost“ meldet die Einberufung des Reichsrats für den 18. Oktober.

Rom, 10. Oktober. (W. S.) König Menelli ist mit großem Gefolge und einem starken Truppenaufgebot nach Adua aufgedrungen. Der Vorkämpfer soll auf Äthiopien Aufmarsch erfolgt sein und bezwungen, England im Sudan Schwierigkeiten zu machen.

Sofia, 10. Oktober. (W. S.) Offiziell wird der Ausbruch einer Pimifetrifts bestätigt.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Hannover, den 10. Oktober. Zweiter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

9 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Wie treten in die Tagesordnung ein. Zur Verhandlung steht Punkt 5 der Tagesordnung:

„Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei.“

Ich schlage vor, in Rücksicht auf die Bedeutung des Gegenstandes den Punkt der Geschäftsordnung bezüglich der Beschränkung der Redezeit bei diesem einen Punkte außer Kraft zu setzen. Ich nehme aber an, daß die Redner in dieser Debatte dann nur einmal das Wort nehmen. Sollte sich trotzdem für einzelne Redner die Notwendigkeit herausstellen, zum zweitenmal das Wort zu nehmen, so gilt für sie dann die übliche Beschränkung auf die Redezeit von zehn Minuten.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Mit zur Verhandlung stehen die Anträge 43, 44, 45, 46 und 52*). Das Wort hat nunmehr der Berichterstatter.

Rebel:

Parteilgenossen! Eine Debatte wie diejenige, in die wir eben eintreten, ist für die Partei nichts Neues. Seit ihrem Bestehen hat sie fortgesetzt Diskussionen über Programm und Taktik gehabt. Diskussionen, die jedesmal den Gegnern die Hoffnung entlockten, jetzt trete die Spaltung bei uns ein. Daß wir solche Diskussionen gehabt haben und, wie ich schon jetzt erkläre, auch in Zukunft weiter haben werden, liegt an dem inneren Wesen unserer Partei.

Eine Partei, wie die unsere, die als ihr Ziel aufgestellt die Umwandlung der Gesellschaft in eine neue, grundverschiedene, socialistische, kann dies Ziel nicht anders erreichen, als daß sie die Veränderungen des wirtschaftlichen Lebens genau verfolgt und an der Hand des Thatfachen-Materials ihre eigenen Grundanschauungen über das Wesen dieser Gesellschaft kritisiert.

Keine Dogmen!

Ich habe früher einmal den Ausdruck gebraucht, wir befinden uns in einer beständigen geistigen Mauerung. Dieser Ausdruck ist nicht nur von unseren Gegnern, sondern auch von

*) 43. Parteilgenossen in Friedrichsberg bei Berlin. „Es liegt keinerlei Grund zu irgend einer Aenderung der Grundanschauungen oder der Taktik der Partei vor. Von den Vertretern der Partei muß verlangt werden, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und das Endziel der Vergeistlichung der Produktionsmittel im Auge haben und bei der Agitation dies Endziel in erster Linie in den Vordergrund stellen, um das socialistische Bewußtsein der Massen zu wecken und zu färbten.“

Es ist insbesondere gegenüber dem von Tag zu Tag sich mehr zuspitzenden Klassenkampf zu verweisen, von dem Gerechtigkeitsgefühl der bürgerlichen Parteien etwas zu erwarten. Die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Lohnsystems kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Es ist an der revolutionären Grundanschauung und an der revolutionären Taktik der Partei festzuhalten und jedem Versuch der Verwässerung des Klassenkampf-Charakters entgegenzutreten.“

44. Parteilgenossen in Stuttgart: Die Parteiversammlung ist der Ansicht, daß Bernstein sich in seiner Schrift von dem grundsätzlichen Boden, auf dem die Socialdemokratie steht, entfernt hat. Sie weist seine Kritik unserer Grundsätze und die von ihm empfohlene Taktik aufs schärfste zurück. Die Socialdemokratie muß an ihrem Charakter als revolutionäre Kampfpartei festhalten und damit auch an ihrer erprobten Taktik.

Im Interesse eines geschlossenen Auftretens des kämpfenden Proletariats erwartet die Versammlung von dem Parteitag in Hannover, daß er die Stellung der Partei zu den von Bernstein angeregten Fragen klar präzisiert.“

45. Parteilgenossen des 7. sächsischen Wahlkreises Weichen-Wrohenhain: „sehen trotz der verschiedenen Anregungen keine Notwendigkeit, eine Aenderung in der Taktik vorzunehmen, sondern erwarten vom Parteitag, daß die bisherige Taktik bei wirtschaftlichen sowie in- und ausländischen Fragen beibehalten wird.“

46. Parteilgenossen des 6. sächsischen Wahlkreises Dresden-Land: „halten es für erforderlich, daß der Parteitag die Versuche, die socialdemokratische Partei von ihrer bisherigen revolutionären Taktik abzubringen, entschieden zurückweist.“

Es sind dabei jedoch solche Vorschläge zu vermeiden, die den Kandidaten erweiden könnten, als solle ein Nebergericht abgehalten oder die Freiheit der Kritik innerhalb der Partei eingeschränkt werden.

Deshalb fallen alle theoretischen Streitigkeiten, obgleich sie selbstverständlich in den Erörterungen des Parteitags eine Rolle spielen werden, aus dem Rahmen der Parteitagebeschlüsse heraus.

Um so schärfer aber sind diejenigen Vorschläge zu brandmarken, von denen der Parteitag die Ueberzeugung gewinnt, daß deren Befolgung den proletarischen Massenkampfcharakter der socialdemokratischen Partei zerstören, sie dem socialistischen Endziel entfremden und sie zu einem Anhängsel bürgerlicher Reformparteien machen müßte.

Das sind insbesondere:

- 1. die von Schippel, Bernstein und anderen Genossen befürworteten Konzeptionen an den Militarismus, dessen herberdlicher Einfluß auf den Einrichtungen eines stehenden Heeres fuhrt;
2. die Bernsteinische Begünstigung der ulerlosen Weltpolitik der Agriporta, durch die dem deutschen Volke die ichenlichste Ausgeburt des Kapitalismus, die Plantagenwirtschaft mit Anis, angehaßt wird;
3. der Bernsteinische Maßschlag, auf das, was er die „Freilegende“ nennt, zu verzichten, damit die Socialdemokratie hindernislos werde für das liberale Bürgertum, eine Taktik der Feigheit, die uns den socialistischen Kernpunkt unseres Programms rauben und zum Untergang der Partei führen müßte.“

52. Parteilgenossen in Elberfeld: a) Die Parteilgenossen erkennen das Buch des Genossen Bernstein als anerkanntswürdigen Anregung zur Diskussion über die Grundanschauungen der Partei und zur unerlässlichen praktischen Verhängung an. Die Genossen sind aber der Meinung, daß Bernstein sich in seinem Thabendrang von dem grundsätzlichen Boden, auf dem die Socialdemokratie steht, entfernt hat, weshalb die von ihm empfohlene Taktik zurückgewiesen werden muß.

Die Socialdemokratie muß an ihrem Charakter als revolutionäre Kampfpartei festhalten und damit auch an ihrer bewährten, im Einklang mit dem ersten Teil des Programms stehenden Taktik. Im Interesse eines geschlossenen Auftretens des kämpfenden Proletariats erwarten die Genossen, daß der Parteitag die Stellung der Partei zu den Bernsteinischen Darlegungen präzisiert.

b) Der Parteitag möge jedem Versuch entgegenzutreten, Bernstein politisch oder literarisch in der Partei fallt zu stellen.

c) Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, der Frage einer Gesamtausgabe der Marx'schen Schriften näher zu treten.

d) Der Parteitag möge über die Bedeutung der Arbeiter-Konsumgenossenschaften für den Klassenkampf diskutieren und eventuell beschließen.

unseren Freunden belacht worden; trotzdem ist er wahr und muß wahr sein, wenn wir nicht das ganze Wesen unserer Partei aufgeben wollen. Getreu unserer Aufgabe, fortgesetzt die wirtschaftlichen Erscheinungen zu beobachten, haben wir im Laufe der letzten drei Jahrzehnte dreimal unser Programm in wichtigen Punkten geändert; ich erinnere an den Satz von dem ehernen Lohngesetz, dem Vorfalle eine solche Bedeutung beimaß, daß er erklärte: Jeder, der sich uns anschließen will, muß erklären, wie er zu dem ehernen Lohngesetz steht. Ich erinnere weiter an den Satz aus dem Gothaer Einigungsprogramm: Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums. Ich erinnere ferner an das Wort von der einen reaktionären Masse, ich erinnere endlich daran, daß wir in unsere verschiedenen Programmen noch aufgenommen hatten die Notwendigkeit der Gründung von Produktions-Assoziationen mit Staatsförde, also Anknüpfung an das alte Vassallische Programm. Auch diese Forderung ist heute preisgegeben.

Ich hätte doch geglaubt, daß angesichts aller dieser Thatfachen, die doch keinem von uns unbekannt sein können, es nicht notwendig gewesen wäre, in den Erörterungen in der Presse und Versammlungen fortgesetzt daran zu erinnern, man solle keine Regerrichtererei treiben. Regerrichtererei steht voraus, daß wir Dogmen haben. Wenn es aber eine Partei gibt, die keine Dogmen hat, dann ist es die socialdemokratische, und wenn es Männer gab, die das Dogmenwesen entschieden bekämpften und uns aus den Klüften gefegelt haben, so sind das Marx und Engels gewesen, diejenigen, die man heute mit Vorliebe als Vertreter des Dogmenwesens hinstellt. Bei uns gibt es keine Dogmen und keine Regerrichtererei. Eine Partei, die nach ihrem Programm als eine der nächsten Forderungen an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung verlangt, daß man alle Beschränkungen der freien Meinungsäußerungen beseitigt, läme doch in ganz eigenwilligen Widerspruch zu ihrem Wesen, wenn sie das, was sie von der bestehenden Gesellschaft verlangt, ihren eigenen Genossen nicht gewähren wollte. Das Recht der freien Kritik! Ist ein Dogma! Aber das wir nicht zu streiten brauchen. Die Kritik mag uns unangenehm sein, Kritik ist immer unangenehm, denn weder die Menschen noch die Parteien wandeln ihre Ansichten von heute auf morgen. Da müssen erst eine ganze Reihe von Umständen eingetreten sein, ehe das Urteil des Einzelnen und gar der großen Masse sich corrigit. Die Freiheit der Kritik ist unser Lebensprinzip, ist die Luft, von der wir leben. Ganz besonders unangenehm hat es mich berührt, daß man in Karlsruhe sogar eine Resolution annahm, der Parteitag solle nicht seine Würde preisgeben. Die Leute, die diese Resolution gefaßt haben, müssen entweder sehr junge Leute sein in der Parteibewegung, oder sie müssen sie nicht genügend verfolgt haben; denn sonst würden sie wissen, daß wir auf den Parteitag trotz der schärfsten Kämpfe unsere Würde nie vergessen haben, zum Staunen und zum Teil zum Schrecken unserer Gegner. Freilich der Karlsruhe Deputierte, der diese Resolution hier vertreten soll, erklärte sich auf dem Stuttgarter Parteitag für ein babisches Knauchlein. Wenn also die Karlsruhe Genossen ihm mit der Resolution die Weisung mit auf den Weg geben wollten: „Diesmal sei kein Knauchlein, wahre Deine Würde!“ — dann habe ich gegen eine solche Resolution nichts einzunenden. (Große Heiterkeit.)

Entwicklung des Streitsfeldes.

Nun hat diesmal der Streit um das Programm eine ganz besondere Bedeutung bekommen wegen seines Umfangs und weil im Vordergrund ein Mann steht, dem wir alle großen Dank schuldig sind für die immensen Leistungen, die er als Redacteur des „Socialdemokrat“ unter dem Socialistengesetz für die Partei gethan hat, in deren Dienste er ja noch heute geachtet ist, ein Mann, der bisher mit Recht in dem Rufe stand, der Marx'sche Theoretiker zu sein. Willkürlich würde niemand sich gegen den Ausdruck „Marx'sche Theorien“ mehr wenden als Karl Marx selbst, wenn er noch lebte. Bernstein hat in einer langen Reihe von Artikeln in der „Neuen Zeit“ bereits seit geraumer Zeit seine gegen früher abweichenden theoretischen Auffassungen vertreten, die im großen und ganzen nicht sehr beachtet wurden, aber dann doch von verschiedenen Seiten sehr scharfe Angriffe erfuhren. Da er für den vorigen Parteitag eine Erörterung darüber erwartete, ersuchte er mich, eine Erklärung über seinen Standpunkt zu verlesen; ich kam dem nach. Es entfiel mir darüber eine sehr lebhafte Diskussion in der Partei. Ich selbst habe in einem Briefe in der allerdenkbar schroffsten Form bezüglich meiner Schlussfolgerungen ihm meine Ansichten über seine Wandlungen ausgesprochen. Als ihm die Abfassung einer Broschüre nahegelegt wurde, erklärte ich es nicht für nötig, als er sich aber darüber beschwerte, mißverstanden zu sein, da erkläre ich es für eine Notwendigkeit; aber, schrieb ich ihm, dann bitte ich Dich, schreibe die Broschüre so klar und so deutlich und so präzis, daß Du nicht mißverstanden werden kannst, es sei denn, daß man Dich mißverstehen will. (Hört! hört!)

In dieser Hinsicht hat mich nun die Schrift von Bernstein außerordentlich enttäuscht. Schon bei der ersten flüchtigen Lektüre gelangte ich zu der Ueberzeugung, daß er meine guten Ratschläge in Bezug auf Präzision und Klarheit in keiner Weise erfüllt hat. (Sehr richtig!) Wenn je etwas in der Parteiliteratur erschienen ist, das gegen alle Grundanschauungen der Partei sich wendet und sich dabei in der unschärflichsten und widerspruchsvollsten Weise äußert, dann ist es diese Broschüre von Bernstein. Indessen, was er wollte, kommt doch schließlich zum Ausdruck.

Ein Wort über die Art, wie ich meine Aufgabe auffasse. Ein volles Jahr hat die Diskussion über Bernsteins Anschauungen gedauert, die in der bekannten Schrift von Kautsky eine Art Abschluß gefunden hat. Zahlreiche Versammlungen haben sich damit beschäftigt, zahllose Artikel sind darüber erschienen. Da ist es klar, daß ich vieles zu erwähnen haben werden, das im Laufe der Diskussion schon erörtert worden ist. Hier etwas Neues zu sagen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ich kann nur das Ganze zusammenfassen, die Gegenstände erörtern und so den Boden für eine Diskussion schaffen.

Bernstein, Marx und die Gegner.

Bernsteins Ansicht ist, daß er eine Klärung und Weiterentwicklung der Lehren von Marx vornimmt. „Schließlich ist es Marx“, so sagt er, „der über Marx recht behält“. So kommt er dann am Schlus seiner Schrift dazu, zu sagen, heute stehe es so, daß man aus Marx und Engels alles beweisen könne. Wenn aber einen Mann in wissenschaftlicher Stellung von einem seiner Kritiker gelobt wird: „Was Du da geschrieben hast, ist ein solches Maß von Unklarheiten und Widersprüchen, daß man aus dieser Schrift alles beweisen kann“ — so ist das die schärfste Verurteilung, die man sich denken kann. (Sehr wahr!) In der Einleitung zu seinem Buche sagt Bernstein, er habe es nicht über sich gewinnen können, diejenige Form und diejenigen Argumente zu wählen, durch die seine Gedanken am schärfsten zum Ausdruck kommen. Ich habe diesen Anspruch ganz besonders bedauert, denn alle Rücksichten auf Marx und Engels, die er vielleicht noch glaubte, aus seinem früheren Freundschaftsverhältnis zu diesen Männern beobachtet zu müssen, müssen zurücktreten, wenn man einmal beginnt, eine neue theoretische Grundlage zu schaffen und zu beweisen, daß das, was jene bisher vertreten haben, unrichtig ist. Ingleich, sagt er hinzu, erhebe er nicht den Anspruch auf Originalität; das meiste von dem, was er vorbringe, sei der Sache nach bereits von anderen ausgeführt oder mindestens angedeutet. Darin stimme ich mit Bernstein vollkommen überein. Seine Gedanken, seine Kritik, die von ihm vorgeschlagenen Wege, alles das ist von bürgerlicher und auch von socialistischer Seite seit Jahrzehnten so oft besprochen, daß seine Schrift nur eine Kombination aller dieser Gedanken bildet. (Sehr richtig!) Daher auch die ungeheure Fülle

der Gegner über Bernsteins Schrift. Ich nehme ihnen das nicht übel, denn wenn in einer großen gefährdeten Partei wie der socialistischen einer ihrer besten Köpfe das Wesentliche, was er bisher vertreten hat, in Frage stellt, und sich dabei z. B. dermaßen Argumente bedient wie die Gegner, so haben diese in der That allen Grund, ihren tollsten Waisal einem solchen Mann zu stellen. So herrscht denn von den Anarchisten an bis zu Hans Delbrück und Julius Wolf ein Jubel, so rufen namentlich Brentano dazu, zu erklären, Bernstein habe in der glänzendsten Weise alles bestritten, was bürgerliche Oekonomien gegen den Marxismus einwandten. Die Gegner haben unjournale Ursache, sich zu freuen, als so der Marxismus die eigentliche wissenschaftliche Begründung des Socialismus ist und als Bernstein in seine Vorkläre die marxistische Geschichtsauffassung, die Werttheorie, die sogenannte Zukunftslehre, die Dialektik usw. angegriffen. Daß er sich auch noch mit allerhand philosophischen Begriffen, wie dem Kausalitätsgeley dem Fatalismus und was weiß ich, nicht was sonst noch beischäftigt, ist ein ganz besonderer Fehler. Davon verstehe ich nichts und die meisten von Ihnen wohl auch nicht (Heiterkeit). Abgleich ich doch als Referent genötigt bin, die ganze einschlägige Literatur durchzulesen. Er hat sich da auf ein Gebiet begeben, auf dem man nicht recht zu Hause ist. Weiter wirkt er Marx und Engels Plankquis mus vor, d. h. er weist ihnen vor, daß sie die Theorie verfolgen, es läme alles auf den geeigneten Moment an, eine Revolution ins Leben zu setzen, die Gesellschaft zu überumpeln, sich der politischen Macht zu bemächtigen und wenn das geglikt ist, die neuen Theorien zur Anwendung zu bringen. Nun mag man über Marx und Engels denken wie man will, aber das eine steht fest: Was Darwin für die Naturgeschichte war, was Darwin feststellte in Bezug auf die Geologie, die die Lebewesen beherrichen, das hat Marx für die menschliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen geschaffen. (Sehr wahr!) Das fällt aber aus, daß er von der Ansicht ausgehen konnte, es sei möglich, durch wirtlichke Revolutionen irgend eine gesellschaftliche Phase zu sprengen. Ich werde Ihnen das noch später mit Marx' eigenen Worten beweisen, aus der Vorrede zum ersten Band des „Kapital“, also aus einer Stelle, die auch jeder oberflächliche Leser kennen sollte. Wenn er dann weiter sagt, das Kapital sei noch einer im voraus bereits fertigen These gefertigt worden, so steht das auch in dem allerhöchsten Widerspruch mit dem, was Marx und Engels über ihre eigene Entwicklung niedergelegt haben.

Materialistische Geschichtsauffassung, Dialektik, Werttheorie.

Nun ist der Kongreß hier kein wissenschaftliches Konzil und ich habe nicht die Absicht, in lange Erörterungen über die materialistische Geschichtsauffassung einzutreten, über die Frage, ob der Socialismus das Resultat der ökonomischen Erscheinungen ist. Nun wäre es doch das Schlagendste gewesen, wenn Bernstein bei seinen Angriffen gegen die materialistische Geschichtsauffassung den Nachweis verurte, daß die Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung falsch sei. Aber in seinem ganzen Buche haben Sie auch nicht den leisesten Schatten eines Versuches, Thatfachen dafür vorzubringen. Ja ich verweise Sie auf eine Schrift seines ihm jetzt sehr nahestehenden Freundes Franz Oppenheimer, die vor einigen Monaten im dritten Heft der „Zeitschrift für Socialwissenschaft“ von Julius Wolf erschienen ist. Es ist das eine Uebersetzung der Schrift eines Mannes, der im Momentenjaat gelebt hat und die schärfste Verwahrung dagegen einlegt, daß die Kirche das Wirtschaftssystem bestimme, der, ohne eine Abnung von der Marx'schen materialistischen Geschichtsauffassung zu besitzen, sie auf das allerentschiedenste vertritt. Wenn aber Bernstein von dem Gumpfe der Hegeldialektik bei Marx spricht, von logischen Parzellen, heißt das entweder, daß Bernstein eine grundverschiedene Auffassung über die Dialektik hat von der, die Marx und Engels darüber haben — das nehme ich an — oder daß er einen Vorwurf erhebt, der, wenn er begründet wäre, Marx und Engels als recht unvorsichtige und dumme Leute hinstellt. Dabei aber haben Marx und Engels schon in den vierziger Jahren ihre allerhöchste Beurteilung der Hegel'schen Dialektik ausgesprochen.

Auch auf die Werttheorie einzugehen, fällt mir nicht ein. Nur zur Charakteristik, wie er über eines der wichtigsten Kapitel der Marx'schen Lehre urteilt, die Ueberschrift des bezüglichen Kapitels in seiner Schrift: „Etwas über die Bedeutung der Marx'schen Werttheorie!“ Etwas über Schinken und Wurk! (Heiterkeit.) Auch hier wird in der schärfsten Weise kritisiert, aber nicht mit einem Wort gesagt, was an die Stelle gesetzt werden soll, und das ist doch das, erste, was man von einem Kritiker verlangen muß. Das geht doch nicht, daß man alle Grundanschauungen zerstört und nun einfach ein Chaos bestehen läßt. (Sehr richtig!)

Der Gang der kapitalistischen Entwicklung.

In der ganzen Marx'schen Darstellung ist nichts enthalten, was Bernstein behauptet. Es hieße Marx Kurzsichtigkeit zutranen, wenn man ihn behaupten lassen wollte, daß überhaupt keine Vermehrung der Kapitalisten eintreten könnte. Im „Kapital“, I. Band, steht folgender Satz: Das Wachstum des gesellschaftlichen Kapitals vollzieht sich im Wachstum vieler individueller Kapitale. Alle anderen Umstände als gleichbleibend vorausgesetzt, wachsen die individuellen Kapitale und mit ihnen die Konzentration der Produktionsmittel, im Verhältnis, worin sie aliquote Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals bilden. Ingleich reihen sich Ableger von den Originalkapitalisten los und funktionieren als neue, selbständige Kapitale. Eine große Rolle spielt dabei unter anderem die Teilung des Vermögens in Kapitalistenfamilien. Mit der Accumulation des Kapitals wächst dabei mehr oder minder die Anzahl der Kapitalisten“. Und weiterhin: „Die Accumulation und die sie begleitende Konzentration sind also nicht nur auf viele Punkte zerpfiffert, sondern das Wachstum der funktionierenden Kapitale ist durchkreuzt durch die Bildung neuer und die Spaltung alter Kapitale. Stellt sich die Accumulation daher einreits vor als wachsende Konzentration der Produktionsmittel und des Kommandos über Arbeit, so andererseits als Depulsion (Abstoßung) vieler individueller Kapitale von einander.“

Bernstein muß diese Stelle, die eine ungeheure Tragweite hat, ganz übersehen haben; sie hätte ihm eine Menge Argumente aus der Hand geschlagen.

Bernstein sucht nun an der Hand der Statistik den Nachweis zu führen, daß die Anschauungen, die die Socialdemokratie in ihrem Programm über den Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft ausdrückt, viel zu optimistisch seien, daß dieser Prozeß viel langsamer vor sich gebe, so daß die Ansichten für die Entwicklung des Socialismus, wenn sie nur auf dieser Entwicklung beruhten, in unendliche Ferne rüdten. Oppenheimer nennt das Zahlenmaterial Bernsteins erdrückend. Es kommt aber bei solchen statistischen Beweisen doch offenbar nur auf den Vergleich an. Die Gewerbezahlung des Deutschen Reichs von 1897 sagt an sich sehr wenig, wenn ich ihr Ergebnis nicht mit früheren Zahlen vergleichen kann. Ich will, Bernstein macht diesen Fehler z. B. in Hinsicht auf die französische Statistik. Eine detaillierte Beweisführung schiebt er in der Luft.

Es giebt aber schlüssige Beweise dafür, daß sich die ökonomische Entwicklung in ganz anderer und viel rascherer Weise vollzieht, als es Bernstein ausführt. Deutschland ist ein Industriestaat geworden. Von 1882 bis 1895 ist die deutsche Bevölkerung um 14 1/2 Prozent, um 6 1/2 Millionen Menschen gewachsen. In diesem Zeitraum hat die im Hauptverlauf erwerbsmäßig thätige landwirtschaftliche Bevölkerung nur um 56 196 Köpfe, d. h. um nicht ganz 1/4 Proz. zugenommen, dagegen Industrie und Gewerbe um 1 889 765 Köpfe oder 20 1/2 Proz. im Handel und Verkehr um 768 000, d. h. um 49 Proz. Noch ungünstiger

wird die Statistik für die Landwirtschaft, wenn man die Angehörigen und Dienenden mitrechnet; da ergibt sich eine Abnahme um 3,17 Proz., bei Industrie und Gewerbe dagegen eine Zunahme um 28 Proz., bei Handel und Verkehr um 31,7 Proz., also eine völlige Revolutionierung der ökonomischen Verhältnisse. Die Dampfmaschinen sind von 1882 bis 1895 von 106.800 mit 1.056.000 Pferdekraften auf 149.850 mit rund 9.900.000 Pferdekraften an Zahl gestiegen, das heißt, während die Dampfmaschinen um 38 Proz. zunahm, ist eine Vermehrung ihrer Pferdekraften um 222 Proz. erfolgt, was wieder auf eine ganz kolossale Steigerung der Produktivität der Arbeit in den Betrieben, in denen motorische Kräfte Anwendung gefunden haben, schließen läßt.

Die Mittelschichten.

Wichtig, die Zahl der kleinen und mittleren Betriebe ist eine gewaltige, und das hat Vernstein zu der Anschauung gebracht, daß in absehbarer Zeit ein Verschwinden der Mittelschichten undenkbar ist. Die bloßen oberflächlichen Zahlen geben ihm freilich recht. Während es 1882 einschließlich der Hausindustriellen 2.270.000 selbständige Betriebe gab, waren es 1895 nur 2.146.000, eine Verminderung um 5,4 Proz. Die Bevölkerung hat aber in diesem Zeitraum um 14 1/2 Proz. zugenommen; danach hätten es 1895 2.600.000 Betriebe sein müssen, so daß es sich relativ um eine Abnahme nicht um 6,4, sondern um 20 Proz. handelt. Die Abnahme der Kleinbetriebe beträgt 18.900, d. h. 12,6 Proz.; auch hier ergibt sich ein ganz gewaltiger Anstieg, ein vollkommener Zusammenbruch der Betriebe. Die Betriebe, wo der Meister keinen Lehrling oder Gehilfen beschäftigt, bilden allein volle 61 Proz. aller Betriebe. Nun, Sie sind ja fast alles Männer, die im praktischen Leben stehen, und was richte ich an Sie alle die Frage: Was für eine ökonomische Bedeutung haben in unserer Industrie diese 61 Proz. Meisterbetriebe? (Sehr gut!) Es sind alles ohne Ausnahme rein proletarische Existenzen, von denen der größte Teil schlechter steht als ein gut bezahlter Arbeiter. (Sehr wahr!) Diese Betriebe kommen ökonomisch gar nicht in Betracht, sie haben sogar das größte Interesse daran, daß es mit dieser Gesellschaft so bald wie möglich zu Ende geht. (Sehr richtig!)

Wie man mit diesen Zahlen, die wohl blenden, aber nichts bedeuten, zu Theorien kommen kann, wie sie Vernstein entwickelte, das ist wichtig für einen Mann, der doch kritisch zu denken versteht, unbegreiflich. Die Betriebe mit 2-5 Personen betragen 1882 679.000, 1895 681.000, sie sind um 0,2 Proz. gewachsen und haben also einen vollständigen Stillstand aufzuweisen. Eine große Zahl dieser kleinen Betriebe ist aber nur existenzfähig, weil sie die schäuflichste Lebensausbeutung betreiben. (Sehr richtig!) Da sind einige hunderttausend Hausindustrielle dabei, die mit Frauen und Kindern ihre Existenz aufrecht erhalten. Zählt man die Zahlen zusammen, so kommen wir zu dem erschrecklichen Resultat, daß diese Zwergbetriebe, deren Anhöre nur eine Frage der Zeit ist, volle 92,9 Proz. ausmachen. Die im Jahre 1895 vom Bundesrat veranstaltete Enquete über die Lage des Handwerkerstandes, die sich auf den dreizehnten Teil des Deutschen Reiches erstreckte, ergab, daß auf 100 Gehilfen durchschnittlich 12 Lehrlinge kommen, also eine ganz unvorstellbar große Zahl von Lehrlingen, und dabei ist in einer ganzen Anzahl von Betrieben der Prozentatz noch weit höher. Was nun die Betriebe mit 6 bis 10 Gehilfen betrifft, so ist deren Zunahme erheblich, sie beträgt 58 Proz., die Zahl des Personals 69 Proz. Die Betriebe von 11 bis 50 Personen haben sich um 72 Proz., ihr Arbeitspersonal um 77 Proz. gesteigert. Also je größer die Betriebe, um so höher der Prozentatz, in dem sie gestiegen — ein klarer Beweis für die mächtige Konzentrations-Tendenz, die in der Industrie vorhanden ist. In den Betrieben von 100-200 Personen ist eine Vermehrung von 93 Proz., eine Vermehrung der Arbeiterzahl um 93,5 Proz. zu verzeichnen, und die allergrößten Betriebe haben sich um 75, ihr Personal um 82 Proz. vermehrt. Es kann also gar keinen Zweifel unterliegen, wie es mit der Entwicklungstendenz auf diesem Gebiete steht. Die Produktivität, die alle die Kleinbetriebe repräsentieren, kommt kaum ernstlich in Betracht gegenüber den mittleren und großen Betrieben. Leider haben wir in Deutschland keine Produktionsstatistik, aber ich habe hier eine ganz interessante Zahl, die sich auf die Vereinigten Staaten bezieht und die ebenfalls kapitalistisch betriebene Gewerbe umfaßt. Es handelt sich um 10 Haupt-Industriezweige der Vereinigten Staaten, von denen die untere Klasse im Jahre weniger als für 40.000 Dollar, die mittlere zwischen 40.000 und 150.000 und die obere für mehr als 150.000 Dollar produzierte. Die Zahl dieser Fabriken beträgt im ganzen 3096. Davon kommen auf die untere Klasse 2042, also weit über die Hälfte, und diese 2042 Betriebe produzierten nur 9,4 Proz. des Gesamtproduktes (Hört, hört!), die 908 Fabriken der zweiten Klasse erzeugten 10,5 Proz., so daß insgesamt 3010 Fabriken 23,9 Proz. erzeugten, während die 686 großen Fabriken nicht weniger als 71,1 Proz. herstellten. Und nun stellen Sie sich einmal vor, was wohl herauskommen würde, wenn wir die ganze handwerkliche Produktion in Deutschland in Betracht zögen!

Dazu kommt weiter, daß Tausende und Abertausende von Gewerbetreibenden als selbständig aufgeführt werden, die es gar nicht sind, ganz abgesehen von der Hausindustrie. Ich erinnere ferner an die unendliche Zahl von Schlossern, Schneidern, Waffenschmiedern usw. Wir haben heute eine ganze Menge Bäcker, die völlig vom Weidhändler abhängen, wir haben zahlreiche Fleischermeister in großen Städten, die das ganze Jahr kein Stück Fleisch mehr schlachten, sondern das Fleisch auf dem Viehhof kaufen und es höchstens noch zu Wurst verarbeiten. Fleischermeister nennen sie sich, aber schlachten thun sie nicht, gerade so gut, wie viele sich Schlossermeister nennen, aber nie in ihrem Leben ein Schloß machen. (Sehr wahr!) Dazu kommt die eigentümliche Methode in der Statistik, man führt Betriebe als selbständig auf, die es gar nicht sind, sondern nur Zwergbetriebe darstellen. Das ist der große Unterschied zwischen Betriebsstatistik und Besitzstatistik. Hätten wir eine Besitzstatistik, Sie würden staunen, wie die Zahl der Betriebe zusammenschmilzt! Denken Sie nur an die Großgrundbesitzer! Die haben Biegeleien, Brauereien, Branntwein- und Brennereien, Sägemühlen, Kalkbrennereien, Juckerfabriken usw. Alle diese werden als selbständige Betriebe in der Statistik angeführt. Denken Sie an die große Schultheißische Aktiengesellschaft in Berlin, die eine Menge Brauereien besitzt, die alle als selbständige Betriebe gezählt werden, ohne es zu sein. Jede große Brauerei ist eine Böttcherei, die auch als selbständiger Betrieb gerechnet wird. Dazu kommt, daß heute vielfach nicht einmal mehr die Arbeiterzahl maßgebend ist, um zu sagen, ob es sich um einen Großbetrieb handelt, denn die Tendenz der Entwicklung geht dahin, die Arbeiterzahl zu vermindern.

Wenn trotzdem die Arbeiterzahl beständig steigt, so liegt das daran, weil noch eine andere Tendenz in der kapitalistischen Gesellschaft vorhanden ist, die darauf hinausgeht, die Betriebe beständig zu differenzieren. Es kommen neue Betriebe auf, wo die in dem einen Betriebe überflüssig gewordenen Arbeiter unterkommen finden. Ich erinnere hier an eine Stelle aus dem „Kapital“, wo Marx einen Fabrikinspektor folgendes sagen läßt: „Was mich seit einiger Zeit frappiert hat, war die veränderte Erscheinung der Werkfabriken. Früher waren sie mit Frauen und Kindern gefüllt, jetzt scheint die Mechanik das Werk zu thun. Auf Anfrage gab mir ein Fabrikant folgenden Aufschluß: „Unter dem alten System beschäftigte ich 63 Personen, nach Einführung verbesserter Maschinen reduzierte ich meine Hände auf 33 und jüngst infolge neuer großer Veränderungen war ich im Stande, sie von 33 auf 13 zu reduzieren.“ Also eine ganz kolossale Reduktion des Personals und dabei gleichbleibende Produktion! Wie in der deutschen Industrie die Konzentration, die Vermehrung der Arbeiter und Verminderung der Betriebe Hand in Hand geht, beweist, daß von 1882 bis 1895 die Hüttenbetriebe und Eisenwerkstätten sich um über 25 Proz. vermehrt, die Arbeiter sich um 23 Proz. vermehrt haben, die Biegeleien und Thonwarenfabriken um 21,9 Proz. abgenommen, die Arbeiter um 57,7 Proz. zugenommen, die Kupferhämmer um 8 Proz. Betriebe weniger, etwa 85,5 Proz. Arbeiter mehr.

Immer langsam voran.

Und ähnlich steht es in einer ganzen Reihe anderer Betriebe, es hat sich eine völlige Revolution in Industrie und Handwerk vollzogen. Charakteristisch ist es, daß Vernstein die Tendenz hat, nachzuweisen, wie langsam die Umwälzungen sich vollziehen. Es ist überhaupt wunderbar, wie ein Sozialdemokrat sich bemüht, und beständig auseinanderzusetzen: Seid vorsichtig, es geht nicht so rasch, wie ihr denkt. In anderen Parteien drängt man zum Krieg, uns aber soll alles Vertrauen, aller Mut genommen werden, und ruft man zu: Immer langsam voran, damit die Kräfte in der Landwirtschaft nachkommen laun. (Sehr gut!) Diese Anschauung zieht sich wie ein roter Faden durch das Vernsteinsche Buch. So kommt er zu den gewagtesten Behauptungen und führt sogar nachzuweisen, daß es auch mit der Expropriation nicht sei. Er fragt: Wie wollt ihr die großen Betriebe expropriieren? Nun, gefeht, wir ständen vor der Expropriation, glaubt ihr denn, daß die Unmassen von Arbeitern in diesen Betrieben sich gegen die Expropriation sträuben? Die Zahl familiärer Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern beträgt in Deutschland nur 49.000, Vernstein macht Hunderttausende daraus, um nur ja und ja zu beweisen, wie schwer uns das Geschäft gemacht wird.

Es ist charakteristisch für Vernstein, daß er uns gegenüber heute Anschauungen vertritt, die selbst von bürgerlichen Ökonomen nicht vertreten werden. In Bezug auf die Verteilung der Dinge sind die bürgerlichen Ökonomen radikal als der sozialistische Theoretiker Vernstein. In seinem Buch über die „Entwicklung der Volkswirtschaft“, das im vorigen Jahre in zweiter Auflage erschienen ist und schon die Gewerbezählung von 1895 berücksichtigt, führt der bekannte Professor Bücher in Leipzig als Ursachen für den Niedergang des Handwerks an: 1. die Veränderung des Handwerks durch gleichartige Fabrikproduktion, 2. Schmälerung seines Produktionsgebietes durch Fabrik oder Verlag; 3. Angliederung des Handwerks an die Großunternehmung; 4. Verarmung des Handwerks durch Verbrauchsvermehrung; 5. Herabdrückung des Handwerks zur Heim- und Säugarbeit durch das Magazin. Und dabei bezieht sich Bücher auf die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik. Das ist die Quintessenz, die Bücher zieht, das ist die Quintessenz, das Urteil eines bürgerlichen Ökonomen über die Entwicklung des Handwerks. Wenn so bereits bürgerliche Ökonomen sozialistische Theorien abstrahieren, dann ist es mit uns bereits weit gekommen. (Sehr richtig!) Ferner hat Bücher sich veranlaßt gesehen, einmal die Lage der Handwerker in Leipzig, also einer reichen Stadt zu untersuchen, wo das Handwerk durchaus nicht in schlechter Lage sich befindet. Er hat 17 Handwerke untersucht und kommt zu dem geradezu entsetzlichen Resultat, daß von 5617 Handwerkern 3415, also 61 Prozent ein Einkommen von weniger als 1200 M. hätten. (Hört, hört!). Das hat mich im höchsten Maße überrascht. Und dem gegenüber bemüht sich Vernstein, uns nachzuweisen, daß es mit der Entwicklung so langsam geht! Am merkwürdigsten aber ist es, daß Vernstein noch vor kurzer Zeit genau dieselben Ansichten vertreten hat wie heute. Daß Vernstein eine Wandlung durchgemacht hat, befreit er selbst ja am allerwenigsten, aber nehmen Sie es mir nicht übel: Wenn ein Mann von wissenschaftlicher Bedeutung auf Grund derselben Thatsachen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer gerade entgegengesetzten Ansicht kommt, dann steht mir einfach der Verstand still.

Die Wandlung Vernsteins datiert ja nicht von heute, auch der Stuttgarter Parteitag ist nicht der Tag von Damaskus für ihn, schon vorher schrieb er seine Artikel in der „Neuen Zeit“: Probleme des Sozialismus. 1896 schrieb er in der „Neuen Zeit“ über die Ergebnisse der Gewerbezählung von 1895: Verächtliche man die bestehende Verhältnisse in der Arbeitsbeschäftigung nach Betriebsgruppen, halte man dazu die Thatsache, daß die Produktivität der Arbeit in den Großbetrieben am höchsten gestiegen sei, dann müsse man erklären, daß heute schon zwei Drittel, wenn nicht drei Viertel der Produktion Deutschlands den kapitalistischen Großbetrieben angehören. Die Thatsache wird durch 1000 Einzelheiten verdeckt — die er inzwischen alle vergessen hat — aber an ihrer Richtigkeit ist kein Zweifel möglich — und ein Jahr danach hat er lauter Zweifel! Wie gesagt, ich vermag nicht die Gründe festzustellen, die den geradezu unbegreiflichen Meinungswechsel über eine der wichtigsten Erscheinungen in so kurzer Zeit bei ihm hervorgerufen hat. Ein nationalliberales Blatt, wie die „Ulmer Zeitung“, ein konservativ-agrarisches, wie die „Kreuzzeitung“ machen dieselben Feststellungen über die Konzentration der Betriebe auf allen Gebieten — traurig, daß man das einem Sozialdemokraten entgegenhalten muß.

Handel und Gewerbe.

Ich komme nun zu Handel und Gewerbe. Da finden wir ungeleitet als in der Industrie eine Zunahme der Unternehmer. Die Selbständigen haben sich von 1882 bis 1895 um 20 Proz. vermehrt, die Angestellten in dieser Zeit um 85 Proz., die Arbeiter um 71 Proz. Aber wie ist die Struktur dieser Gebiete! 1882 kamen auf 100 Erwerbstätige 44,67 Selbständige, 1895 nur 36, also eine erhebliche Abnahme der Selbständigen trotz absoluter Vermehrung. Die Angestellten stiegen von 9 auf 11,20 Proz., die Arbeiter von 46,3 auf 52,8 Proz. Also auch in Handel und Verkehr eine ganz bedeutende Konzentration der Betriebe. Trotz der Zunahme der kleinen Existenzen aber gilt in dieser Statistik alles als selbständige Existenzen: rund 35.300 Hausierer, 36.500 Vermittler, Agenten, Kommissionäre, 10.700 Dienstmänner, dann die Boten, Botenfrauen, Grünrammhändler, jeder Drohlfahnenführer, der ein Pferd hat. Der Warenhandel hat 529.000 Betriebe, aber auch hier ist die Zahl der Mittel- und Großbetriebe ganz erheblich gestiegen. Inmehrin beträgt die Zahl der Kleinbetriebe 1.000.000, und 51 Proz., aber bedeutend weniger als in der Industrie. Nun kommt aber ein anderes Moment in Betracht, nicht gerade ein erfreuliches in der Entwicklung: die ganz ungeheure Rolle, die die Frauen in dieser Entwicklung spielen, nicht allein als Arbeiterinnen, sondern insbesondere als Selbständige; ganz gewaltig ist insbesondere die Zahl der verheirateten Frauen gestiegen. Die Zahl der selbständig erwerbstätigen Frauen ist um 24 1/2 Proz. gewachsen, gegenüber dem Durchschnitt von nur rund 20 Proz., die als Angestellte thätigen Frauen um 172 Proz., das sind die Buchhalterinnen, Comptoiristinnen usw., gegenüber dem Durchschnitt von 85 Proz., die Zahl der Arbeiterinnen um 152 Proz., gegenüber dem Durchschnitt von nur 71 Proz. Unter 270.000 Kleinbetrieben im Warenhandel waren nicht weniger als 93.000 Frauen, = 34 1/2 Proz.

Aber nun die innere Struktur betrachtet! Alle die Wirtschaften, in denen Bücher derselben Brauerei sitzen, alle die Vierfüßler desselben Wägeners in Berlin, alle die Cigarrenläden derselben Firma Löfer und Wolff, alle die Läden derselben landwirtschaftlichen Genossenschaften, alle die tausende Konsumvereinsfilialen — sie alle marschieren in der Statistik als selbständige Betriebe. Also die Zahl täuscht, man muß die Dinge in ihrem Wesen untersuchen. Und da muß ich doch Vernstein, der uns zu beweisen versucht, wie wir uns in Bezug auf die Entwicklung täuschen, auf die kirchlichen Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Breslau hinweisen. Da erklärte Professor Sombart — und dieser Satz wirft alle Vernsteinschen Sätze um: „Endlich müsse er dem Schlagwort, der Mittelstand müsse erhalten werden, entgegenreten. Man möge es unbillig nennen, er müsse es ausdrücken, es sei unfruchtbar, eine Klasse, die dem Untergang geweiht sei, künstlich erhalten zu wollen. In früherer Zeit verstand man unter Mittelstand die Bourgeoisie, eine aufstrebende Klasse; eine absteigende Klasse künstlich erhalten zu wollen, heißt die Kulturentwicklung aufhalten.“ (Hört! Hört!) Das sagt ein Mann, der kein Sozialdemokrat ist. Noch etwas: Wenn etwas beweist, daß alles, was Vernstein ausgeführt hat, vor der Praxis des Lebens nicht bestehen kann, dann ist es die Thatsache, daß wir seit Jahrzehnten in Deutschland eine Mittelstands-, eine Handwerker-, eine antimittelständische Bewegung haben. (Lebh. Zustimmung.) Wir müßten uns ja selber ins Gesicht schlagen, wenn wir sagen wollten, daß haben die Agraroren gemacht! Nein, es ist die soziale Entwicklung, der ökonomische Zerlegungsprozess, der diesen Schichten zur Erkenntnis kommt und sie, da sie noch nicht so weit sind, um Sozialdemokraten zu werden, in diese reaktionäre Bewegung treibt.

Denn alle diese Mittelschichten, (?) ihr Ideal liegt in der Vergangenheit darum müssen sie zurück!

Zu übrigen aber bringt durch alle diese seltsamen Ausführungen Vernstein doch hier und da eine Erläuterung. In einem Artikel vom 10. September d. J. in der „Jülicher Post“, datiert London, 7. September, dessen Verfasser Vernstein sehr nahe steht (Heiterkeit), heißt es: „Ebenso wird der Handel, selbst wo er in Warenhäusern und Genossenschaftsläden konzentriert ist, dem kollektivistischen Prinzip unterworfen...“ aus einem künftigen Sozialdemokraten wird immer mehr ein bloßer Konsumist...“ Er verweist auf das Kohlenmonopol in London, auf die Syndikate, Verbände, Minge — Reglementierung auf allen Gebieten. Ja, wenn diese Stelle in dem Vernsteinschen Buch gefunden hätte, dann hätte er sich mindestens 20 Seiten seiner Ausführungen ersparen können und meine Polemik würde sehr viel kürzer sein können. Und wenn er sich bei dem 1895er Jahresbericht der Firma Alexander Zahn in Hamburg informiert, deren Inhaber Karl May ist, der bei dem Vernsteinschen Buch wie mir scheint, etwas Geburthsilbsdienste geleistet hat, dann wird er finden, daß dieser in Bezug auf den Handel doch ganz andere Ansichten hat, als Vernstein.

Landwirtschaft.

Nun zum Kapitel: Landwirtschaft und Agrarfrage. Kautsky hat ein gutes Buch darüber geschrieben. In der Vorrede sagt er: Kein Zweifel, und das wollen wir von vornherein als erwiesen annehmen, die Landwirtschaft entwickelt sich nicht nach derselben Schablone wie die Industrie; sie folgt ihren eigenen Gesetzen.“ Diefem Satz schließe ich mich vollkommen an. Im weiteren sucht dann Kautsky nachzuweisen, daß auch die kapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft mehr und mehr an Ausdehnung gewinnt und die Klein- und Mittelbetriebe zu Boden schlägt. Marx' Anschauungen über die Konzentration des Grundbesitzes reichen bis in die Mitte der 70er Jahre. Kein Zweifel, daß diese Anschauung der damals vorhandenen Tendenz in der Landwirtschaft entsprach. Heute noch scheint mir diese Ansicht für Frankfurt richtig zu sein; ich verweise hierbei auf die statistischen Angaben im 112. Bande der deutschen Reichsstatistik.

In Preußen verminderte sich (ausgenommen die Regierungsbezirke Straßburg, Brandenburg, Schlesien und Westfalen) der hauptfähige bäuerliche Besitz in den ersten 6 Jahrzehnten um 9573 Hektar auf 1.701.641 Morgen. Nach Reumann verloren die Provinzen Ost- und Westpreußen von 1825-1895 12-13.000 nicht spannfähige Wälderkellern.

Selbst aber hat die Entwicklung ein wesentlich anderes Gesicht erhalten. Welches sind die Ursachen dieses Umfanges?

In erster Linie ist die überseeische Lebensmittellkonkurrenz zu nennen, die 1878 bei uns zur Schugzollerei führte, während unsere Agrarier vorher Freihändler waren. Ein zweiter Grund ist die rapide Entwicklung der Industrie und die Höhe der Industrieprofiten. Kein Zweifel, so rationell ein landwirtschaftlicher Betrieb auch geführt werden mag, er kann mit der Gewinnhöhe eines gut geleiteten industriellen Unternehmens nicht konkurrieren. Das Kapital wendet sich daher der Industrie zu und wird der Landwirtschaft entzogen. Es herrscht Kapitalmangel und Mangel an Kapital.

Hand in Hand damit geht die Vertonot. Während die Bevölkerung des Deutschen Reiches in den Jahren 1882 bis 1895 um 6 1/2 Millionen zunahm, verminderte sich die Landbevölkerung um 784.000 Köpfe. Im Handel, Verkehr und Industrie aber zeigte sich eine gewaltige Steigerung der Bevölkerung. Sie vermehrte sich der Kopfzahl nach von 16 1/4 auf 20 Millionen. Sie wuchs um 25 Proz., während in der Landwirtschaft die Bevölkerung um 4 Proz. abnahm. Dieser Entwicklung entspricht der Mangel an ländlichen Arbeitern, der auf die ländliche Entwicklung in hohem Grade nachteilig gewirkt hat, so daß die Agrarier in der That Ursache haben zu klagen. Alle diese Umstände zwingen die Landwirtschaft, zu möglichst intensivem Betriebe überzugehen. Der extensive Betrieb rentiert sich absolut nicht mehr. Der intensive Betrieb erfordert aber große Kapitalien, Kapital und Credit aber sind für die Landwirtschaft wertlos. Sie wird also in der That mit doppeltem Nutzen gepeinigt.

Der heutige Staat aber hat ein Interesse daran, die Landwirtschaft zu erhalten. Die landwirtschaftliche Bevölkerung ist konservativ. Die Vereinfachung, der Mangel an Verkehr usw. erhält sie im Konservatismus. Die Gefahr für den heutigen Staat liegt in den Industriezentren mit ihrer Millionenbevölkerung. Da kommt die böse Sozialdemokratie zur Welt.

Hierin liegt auch der Grund, weshalb wir solche Mühe haben, auf dem Lande vorzubringen und entsprechende Propaganda zu treiben.

Der Staat wendet daher alle denkbaren Mittel an, der Entwicklung auf dem Gebiete der Landwirtschaft Einhalt zu thun. Er kann der Entwicklung nicht thatenlos gegenübersehen. Daher rührt auch sein Bestreben, das in der Handwerker-Gesetzgebung, in den Bestimmungen über die Konsumvereine, in dem Gesetz über den unlauteeren Wettbewerb zum Ausdruck kommt. Unsere Staatsmänner wissen ganz gut, daß sie damit dem Mittelstande nur Noth und nicht Fleisch geben. (Heiterkeit.) Ein paar Jahre lang aber heißen die Leute doch auf den Nothoden. (Heiterkeit.)

Anderes liegen die Dinge in der Landwirtschaft. Hier kann der Staat mit seiner Gesetzgebung eingreifen und die natürliche Entwicklung fördern und hemmen.

In der Landwirtschaft umfaßte die Bevölkerung im Jahre 1882: 42,54 Proz.; im Jahre 1895: 35,7 Proz. Die Landwirtschaft wird also selbst immer ohnmächtiger. Trotz dieser Abnahme ist die Zahl der selbständigen Betriebsinhaber in der Zeit von 1882-1895 um 250.092, d. h. um 12,2 Proz. gewachsen. Die Zahl der Angestellten ist um 86.644 im Jahre 1882 auf 99.173 im Jahre 1895, also um 44,5 Proz. gewachsen. Dagegen hat die Zahl der männlichen Arbeiter sich in diesem Zeitraum um 300.813, das sind 10,7 Proz., vermindert und nur die Zahl der weiblichen Arbeiter hat sich um 136.258 vermehrt.

Damit ist zahlenmäßig der Ausfall an Arbeitskräften erwiesen, über den die Landwirtschaft klagt.

Ich habe hier eine kritische Bemerkung über die Reichsstatistik einzufügen. Beim Studium der Zahlen ergibt sich die überraschende Thatsache, daß die landwirtschaftlich bebauten Fläche um 649.000 Hektar gewachsen ist. Noch viel größer ist die Zunahme der forstwirtschaftlich bestellten Fläche. Erklärt wird diese Zunahme mit der Bemerkung, daß 1882 die Aufnahme der forstwirtschaftlichen Betriebe nicht so sorgfältig gewesen ist. Da ist es nun schwer, Vergleiche zu ziehen.

Von den 5.558.000 Betrieben, die wir in der Landwirtschaft haben, waren selbständige Landwirte nur 2 1/2 Millionen. 2.149.000 waren nur im Nebenerwerb in der Landwirtschaft thätig. Hingekommen sind nach der Statistik 206.000 Zwergbetriebe der kleinsten Art. Was sind das für Betriebe? Man gehe vor die Thore Berlins, Charlottenburgs, Bremens und Leipzigs. Da wird man eine große Zahl kleiner Gärten und Ackerland mit primitiven Häusern darauf sehen, jene Anlagen, die die Berliner Arbeiter (Hottweisse „Kamerun“ getauft haben. (Heiterkeit.) Alle diese Betriebe figurieren in der Statistik als landwirtschaftliche Betriebe. (Heiterkeit.) Und diese Anlagen wachsen beständig, das liegt im Wesen der Miesstädte, die bei den Arbeitern das Bedürfnis wecken, aufs Land zu kommen. Eine Menge Industrielle, Kaufleute, Beamte zieht in die Vororte der großen Städte, um in villenartigen Häusern zu wohnen. Ueberall sind mit diesen Wohnungen Gärten, häufig auch etwas Ackerland verbunden. So entsteht eine ganze Anzahl kleiner Betriebe, die in der Statistik eine große Rolle spielen, aber ökonomisch so gut wie nichts zu bedeuten haben.

Damit will ich durchaus nicht bestreiten, daß die Kleinbäuerlichen Betriebe zugenommen haben. Wie ist das zu erklären? Wir sind hierbei nur auf Vermutungen angewiesen. Offenbar spielt der Erbgang eine bedeutende Rolle. Das Bauerntum wird parzelliert oder es werden Abstandssummen an die Erben gezahlt, die eine erhebliche Verschönerung des Gutes bewirken.

Wichtig ist, wie die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe sich zum Großbetrieb stellen. Der landwirtschaftliche Großbetrieb ist nicht so unbedeutend, wie die Verteidiger des bäuerlichen Betriebes es hinstellen. Es stiegen von 1882—1895

Betriebe	Landwirtschaftliche Fläche	Gesamtfläche
bis 20 Hektar	120 236	10 683 Hektar
+ 13,1 Proz.	+ 13,7 Proz.	+ 65 Proz.
von 20 Hektar bis 1 Hektar	85 540	22 000 Hektar
+ 6 Proz.	+ 3,2 Proz.	+ 19 Proz.

Die Betriebe bis 1 Hektar umfassen insgesamt 45,5 Proz. der Betriebe; 2,2 Proz. der landwirtschaftlichen Fläche und 2,6 Proz. der Gesamtfläche. Die Betriebe bis 2 Hektar umfassen: 58,6 Proz. der Betriebe; 5,33 Proz. der landwirtschaftlichen Fläche und 5,6 Proz. der Gesamtfläche. Die Betriebe bis 5 Hektar umfassen insgesamt 76,9 Proz. der Betriebe; 15,03 Proz. der landwirtschaftlichen Fläche und 15,2 Proz. der Gesamtfläche.

Wie steht es nun aber mit den Großbetrieben über 100 Hektar? Es sind im ganzen 25 001 vorhanden und sie haben sich nur um 1/1000 vermehrt. Aber 7 000 881 Hektar der gesamten landwirtschaftlichen Fläche gehören ihnen, während die 77 Proz. der Betriebe unter 5 Hektar nur 5 094 000 Hektar der landwirtschaftlichen Fläche besitzen. Die 25 000 Großbetriebe sind also um 2 737 000 Hektar größer als die 4 255 000 Kleinbetriebe zusammen. (Hört! hört!) Oekonomisch kommt also die ungeheure Zahl der Kleinbetriebe gar nicht in Betracht.

Wenn es sich um die Verwirklichung der „Frohlegende“ handeln sollte (Heiterkeit), dann werden die vier Millionen nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die 25 000 expropriert werden. (Sehr gut!) Gätten wir unbeschränkte Agitationsfreiheit, dann mache ich mich anheißig, — dann wäre es in Dittchen ein Skinderpiel, die Häusler und Tagelöhner sämtlich in unsere Hand zu bekommen. (Sehr richtig!)

Es ist ein Irrtum, zu behaupten, daß der kleine Bauer eine angenehme Existenz führt. Das hat Kautsky in seinem Buche ausführlich dargelegt. Der Kleinbauer lebt im Durchschnitt viel proletarischer als der Proletarier selber. (Sehr richtig!)

Der national-sozialistische Finanzrat Dr. Löffel erklärt in den Mitteilungen des königlichen Statistischen Landesamts in Württemberg über die württembergische Landwirtschaft, daß der doch für den Kleinbetrieb besonders günstige Bedingungen sein müßten, man sei dort bis an die äußerste Grenze der Verzinsung gelangt; nur deshalb lebten die Bauern noch an der Schwelle, weil sie aus dem Erlös für das ererbte Anwesen kaum die Schulden bezahlen könnten. (Hört! hört!)

Also die Dinge sind in der Landwirtschaft noch keineswegs geklärt. Es ist zweifellos, daß die kapitalistische Wirtschaft auch auf dem Lande immer mehr um sich greift. Heute ist die Landwirtschaft das interessanteste, aber auch das revolutionärste aller Gewerbe, und diejenigen, die den Boden bebauen, sind die konservativsten aller Leute — ein Widerspruch, wie er stärker gar nicht gedacht werden kann. Wer heute in der Landwirtschaft reüssieren will, muß auf der Höhe der Zeit sein in Bezug auf Wissen und Mittel.

Charakteristisch ist es doch auch, daß die Zirkulation in Deutschland in sehr hohem Maße in der Konzentration begriffen sind. In Preußen sind bis 1895 2 135 000 Hektar Boden gebunden worden. Es ist eben ganz falsch, daß für die Großbetriebe in der Landwirtschaft nicht das gilt, was für die Industrie gilt. Kautsky hat in der „Agrarfrage“ schlagend nachgewiesen, daß da, wo der Großbetrieb auf der Höhe der Zeit steht, er eine volle Rente gewährt. Immerhin ist der Prozeß im vollen Gange und noch nicht übersehbar.

Hervorgehoben muß aber werden, in welchem Maße insbesondere von der preussischen Regierung gearbeitet wird — das ist für unsere Agitation von der größten Wichtigkeit — um den Auflösungsprozeß zu verhindern, und zum Teil mit Erfolg: Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer, Erlass der Gewerbesteuer, Brauntwein- und Jucker-Zulassungen, Aufhebung des Identitätsnachweises, Beschränkung der Wahlen-Transporthilfe, Abänderung des Unterhaltungs-Beholdungs, Förderung der Einführung fremder Arbeiter, alle die Entlassungen auf dem Schulgebiete für das platte Land, die Unzahl von Kleinbahnen, Ermäßigung der Eisenbahn-Frachttarife für Düngemittel und landwirtschaftliche Produkte, Bau von Kornhäusern, künstliche Vermehrung der kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebe, die eine große Rolle spielt, die Vorteile im Remontewesen, der direkte Einkauf der Arme bei der Landwirtschaft, Unterstüßung des Forstwesens, der Mollerei usw. usw. Eine andere Erklärung für die Zunahme der kleinbäuerlichen Betriebe ist die ganz außerordentliche Zunahme der Pachtbetriebe.

Einkommensteuer-Statistik.

Eines der Hauptmittel als Beweis für die Wichtigkeit unserer Parteiprogramms hat nun für Bernstein die Einkommensteuer-Statistik abgegeben. Sie soll es als irrig nachweisen, daß der Konzentration der Betriebe die Konzentration der Vermögen parallel laufe. Ich habe Ihnen bereits aus einem Citat von Marx bewiesen, daß diese Annahme, die er Marx unterstellt, eine vollständig irrig sei. Er will sie aber widerlegen und beruft sich dafür auf die Form der Aktiengesellschaften, insbesondere in England, um zu beweisen, daß nicht eine Konzentration, sondern in weit höherem Grade eine Dezentralisation der Vermögen und damit auch der Einkommen vor sich geht. Auf eine Widerlegung bezüglich der englischen Verhältnisse gehe ich nicht ein; das braucht man nicht mehr, nachdem in seiner letzten Schrift Kautsky auf Seite 93 bis 94 in so ausgezeichneter Weise das ganze Zahlenmaterial in seiner Übersichtlichkeit dargestellt hat. Vor allem hat Bernstein den Fehler gemacht, daß er als unumstößliche Tatsache hinstellt, was nur Schätzung ist. Dann aber mit die Hauptsache: Aktienbesitz in England kann nahezu jeder erwerben, der im Stande ist, 20 M. beiseite zu legen und sich damit die Pfundnote irgend eines Unternehmens anheimeln zu lassen. Das ist glücklicherweise in Deutschland nicht möglich. Aber sind denn die Besitzer von 1/2 Millionen Aktien auch ebenso viele Personen? (Sehr richtig!) Für England fällt besonders in Gewicht, daß dort das Vermögen der Gelehrten getrennt verwaltet wird. Auch sonst täuscht sich Bernstein außerordentlich in Bezug auf den Wert des Aktienwesens. Sean Lieue sagt: „Bisher haben die Aktiengesellschaften zwar dem Unternehmungsgeist einen mächtigen Anstoß gegeben und die Produktivität entwickelt, aber zugleich dahin gewirkt, eine Konzentration im Besitz zu schaffen“ — also doch das Gegenteil von Bernstein. „Sie haben zu maßloser Bereicherung einiger geschickter Glücksritter und zur Verarmung zahlloser naiver Leute geführt.“ (Hört! hört!) Das sagt der französische Schulze-Delitsch vom Aktienwesen und das Gegenteil sagt der Sozialist Bernstein — ich sage kein Wort hinzu.

Nun ist ja einer der Hauptpunkte seiner Beweisführung die falsche Einkommensteuer-Statistik. Ich habe darüber selbständige Studien gemacht. Sachen hat die beste Einkommensteuer-Statistik, es ist ein typisches Industrieland, denn nur der siebente Teil der Bevölkerung lebt dort von der Landwirtschaft. Da ist die kapitalistische Entwicklung typisch vorhanden. Zu beachten ist aber, daß in die Einkommensteuer-Statistik Sachsen auch das Einkommen der Ehefrau, das der Kinder und jungen Leute unter 16 Jahren mitgerechnet wird, was sehr in Betracht kommt bei der Mitarbeit der Familienmitglieder, besonders auch in der Hausindustrie und bei der außerordentlichen Rolle, die im Erwerbleben dort besonders die verheiratete Frau spielt. Ich habe nicht das Jahr 1879 zum Ausgangspunkt genommen wie Bernstein, da in dieses das neue Einkommensteuergesetz fällt und daher noch kein brauchbares Resultat geben kann und außerdem ein schlimmes Scheitern ist, sondern das Jahr 1882.

Ich betone nun mit dem größten Nachdruck: Ich halte den Nachweis, den die sächsische Einkommensteuer-Statistik liefert, in Bezug auf die ganze Bernstein-Frage für ausfallend; bekommt Bernstein in Bezug auf diese sächsische Statistik recht, dann sind wir gescheitert, umgekehrt aber er.

Die Bevölkerung Sachsens ist von 1880—1895 um 27 1/2 Proz. gewachsen, weit mehr als im Durchschnitt des Deutschen Reichs. Bernstein jubelt nun in seiner Schrift darüber, daß die Einkommen

viel höher gestiegen sind als die Bevölkerung. Ja, das ist eine Thatsache, die überall vorhanden ist und sich einfach daraus erklärt, daß die Zahl der Menschen, die arbeiten müssen, in unserer kapitalistischen Gesellschaft immer größer wird. Von 1882 bis 1895/96 ist eine Steigerung der eingeschätzten Personen erfolgt um 36 Prozent, ihres Gesamteinkommens um 73 Proz. Bis zu Anfang der 90er Jahre waren die Einkommen bis zu 300 M. steuerfrei, hernach bis zu 400 M. 1882 betragen diese eingeschätzten, aber so steuerfreien 6,61 Proz. sämtlicher Einschätzten, 1895 dagegen 13,76 Proz. Also die absolute Zahl von 13,76 Proz. aller eingeschätzten Personen hatte 1895 ein Einkommen von unter 400 M. (Hört! hört!) Die Zahl der Steuerzahler mit einem Einkommen von 400—500 M. betrug sich 1882 auf 76 Proz. sämtlicher Einschätzten, dagegen 1895 nur 64 Proz.; die Einkommensverhältnisse dieser Klasse hatte sich zwar gebessert, aber im Verhältnis zum Gesamteinkommen sind sie zurückgegangen. Ihr Durchschnittseinkommen ist während dieses Zeitraums von 421 auf 411 M. gestiegen, blieb also in beiden Fällen weit unter dem Durchschnitt von 600 M., aber erfuhr doch eine Steigerung um 21 Proz.

Die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von 500 bis 1250 M. ist von 12 Proz. der Einschätzten mit 12,71 Proz. des Gesamteinkommens auf 17,26 Proz. der Einschätzten mit 19,7 Proz. des Gesamteinkommens (bei einer absoluten Steigerung ihrer Zahl um 131 Proz.) gewachsen. Ihr Durchschnittseinkommen blieb mit 908 bzw. 994 M. ziemlich gleich. Sämtliche Einkommen bis 1250 M. bildeten mit Ausschluß derjenigen, die zu arm waren, um Steuern zu zahlen, 1882 52 Proz. sämtlicher Steuerzahler, 1895 56 Proz.

Die Zahl der Personen mit einem Einkommen von 1250 bis 3000 M. (1895/96 wurde eine Grenze von 3400 M. angenommen) ist von 9,55 Proz. auf 12,79 pCt., absolut um 82 Proz. gestiegen. Das Durchschnittseinkommen ist von 1916 auf 1897 M., also um 19 M. gesunken. 1882 hatten unter 3800 M. Einkommen nicht weniger als 97,00 Proz. aller Steuerzahler, 1895 96 dagegen 96,39 Proz. Die mittleren Einkommen von 3300 bis 9000 (10 000 M. im Jahre 1896) sind von 2,90 auf 2,80 Proz. gesunken. Ihr absolutes Wachstum in Bezug auf die Zahl der Steuerpflichtigen betrug 60 Proz., also bedeutend niedriger als bei den Einkommen von 1250 bis 3300 M. Die Zahl der Einkommen von 9000 (bzw. 10 000) bis 28 000 M., also die der wohlhabenden und reichen Leute, stieg um 74 Proz., ihr Einkommen um 83 Proz. Also die mittleren Einkommen weisen prozentual die niedrigste Steigerung auf, je höher sie werden, desto größer die Steigerung. Die Zahl der Millionäre mit einem Einkommen von mehr als 28 000 M. hat sich um 147 Proz., ihr Einkommen um 143 Proz., das Höchsteinkommen von 2 570 000 auf 3 682 000 M. vermehrt.

Es ist also nach alledem gar kein Zweifel, daß unsere Auffassung von den Vermögensverhältnissen durch die sächsische Einkommensteuer-Statistik durchaus bestätigt wird. Danach hat sich der Mittelstand an wenigsten entwickelt, die kleinen Einkommen sind an Zahl allerdings gewachsen, absolut nicht, aber die großen Einkommen haben ganz absolut zugenommen.

Hebung der Lebenslage der Massen?

Nun muß ich auf einen Punkt zu sprechen kommen, der uns in der Partei fast ganz abhanden gekommen zu sein scheint. Es ist ganz merkwürdig, wie wir das Denken verlernt zu haben scheinen. Was der alte Hegler seinen fortgeschrittenen Freunden im Jorne zürte: „Die Necessität ist auch auf das Gehirn geschlagen, ihr habt das Denken verlernt!“ das trifft bei uns leider zu. Einem geschulten kassalischen Agitator der 60er Jahre wären die groben Sätze nicht passiert, die selbst gelehrten Leuten in unseren Tagen passiert sind. Ihr könnt doch nicht leugnen, ruft man uns zu, daß das Einkommen des Arbeiters gestiegen ist! Ganz selbstverständlich, wenn die Nation immer reicher wird, bekommt davon auch der Arbeiter einen Teil ab; und gerade aus dem steigenden Reichtum der Nation, der steigenden Produktivität der Arbeit leiten wir ja die Möglichkeit ab, alle wohlhabend zu machen. (Lebhafte Beifall.) Aber was in Frage kommt, ist nicht, wie der Geld lohn ist, sondern wie der Reallohn ist, ob der Arbeiter mit dem höheren Lohn seine gestiegenen Bedürfnisse besser befriedigen kann. (Lebhafte Beifall.) Und dann, wie es sich mit der Möglichkeit für den Arbeiter, aus seinem höheren Einkommen seine Bedürfnisse zu steigern, verhält im Vergleich zu dem Einkommen der reichen Klassen, ob da die Differenz eine größere oder geringere ist. (Lebhafte Beifall.) Und da kann gar kein Zweifel sein, daß der Besitz von heute ungleich anders lebt und sich repräsentiert wie der aus dem Jahre 1893. Habt Ihr denn nicht die Verhandlungen gelesen, dem gegenwärtigen Spielerprozeß? Seht Ihr da nicht, wie die goldene Jugend das Geld ausgiebt? Und das ist nur ein kleines Nippselchen von der Lebensweise der besitzenden Klassen; die Schwelgerei, die Heppigkeit, die Verschwendung, die bei ihnen heute herrscht, geht weit über das Maß dessen hinaus, was zu Anfang der sechziger Jahre ihr Aufwand war. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist die Differenz, das ist das Entscheidende. Ich habe die Erfahrung ja selbst am eignen Leibe gemacht. Als Lassalle 1863 nach Leipzig kam, war ich dort Drechslergehilfe in der ersten Werkstatt. Wir hatten dort unseren Meister fordern die Städterarbeit abgetrotzt. Der höchste Lohn pro Woche betrug bei 11stündiger Arbeitszeit 10 M. Vier Jahre später, als ich selbständig war und einen Gehilfen hatte, lebte ich aus dem ersten Reichtum heim und da kündigte mir der Gehilfe, er wolle sich selbständig machen. Als ich einem Kollegen auf der Straße das sagte, antwortete er mir: Das geschieht Dir ganz recht, warum bist Du ein solcher Esel und gehst dem Mann einen Lohn, daß er sparen kann. (Heiterkeit.) Was war dieser Lohn? 13 1/2 M. (Heiterkeit.) Das war der höchste Lohn, der in Leipzig gezahlt wurde und den zahlte ich. Heute ist in Leipzig sicher kein Drechslergehilfe, der nicht 21 M. per Woche hat, 100 M. mehr als 1863, aber wenn mir einer sagen wollte, der Drechslergehilfe hat seine soziale Situation um 100 Proz. verbessert, dann lache ich ihn einfach aus. (Lebhafte Beifall.) Und weiter, Lassalle hat die Grenzlinie 1863 bei 3000 M. gezogen, da beginnen die Besitzenden; wer will behaupten, daß 3000 M. von damals mit 3000 M. von heute zu vergleichen sind? Vergleichen Sie die Meiden, die Steuern, die gesamte Lebenshaltung.

Was will ich denn mit meinen Zahlen beweisen? Ich habe Ihnen gezeigt, daß die Zahl der Leute mit einem Einkommen bis zu 3400 M. im Jahre 1896 sich auf 96 1/2 Proz. belief, also etwas höher als im Jahre 1888, was sie 96 Prozent betrug, mit anderen Worten: für die große Masse der Bevölkerung hat trotz durchschnittlich höheren Einkommens die allgemeine Lebenslage im Vergleich zu den reichen Klassen um kein Zota sich verbessert. (Sehr richtig.) So ist denn in der That die ganze Theorie, die sich auf der angeblichen Kenderung der Verhältnisse stützt, falsch. Man muß doch, wenn man nach der Lebenslage fragt, den einzelnen Mann und sein Einkommen in Betracht ziehen, und da steht heute ein Mann mit 3400 M. Einkommen schlechter als mit 3000 M. im Jahre 1863. Das kann man nicht bestritten, und damit ist der klare Beweis geliefert, daß alles, was Bernstein nach dieser Richtung hin sagt, völlig falsch und irrtümlich ist.

Im übrigen ist es ja eine bekannte Thatsache, daß niemand leichter im Stande ist, den Staat zu hintergehen, als die wohlhabenden Klassen. Man weiß mandamal nicht, was man dazu sagen soll; so hat man in ihren Reihen die Kühnheit gehabt, zu behaupten, die Arbeiter betrügen den Staat auch und geben ihr Einkommen nicht an. Nun mag das ja hier und da vorkommen, aber die Möglichkeit, den Staat zu betrügen, ist doch auf Seiten der Arbeiter auch nicht entfernt in dem Maße gegeben, wie auf Seiten der Wohlhabenden. Dazu kommt noch, daß in den Industriebezirken, in den mittleren und kleineren Städten, wo die Armenlasten und Ausgaben so stark gewachsen sind, man ängstlich bemerkt ist, das ganze Einkommen der Arbeiter zu besteuern, während man das Einkommen der wohlhabenderen Leute selbst bei der größten Benützung nicht treffen kann. Man scheint gerührt zu wissen, daß es in allen größeren Geschäften Geheimbücher giebt, die die Polizei- und Steuerbehörden nicht zu sehen bekommen. (Sehr

wahr!) Redner erinnert zum Beweis für seine Behauptungen an den Fall des Freiherrn von Wangenheim. In Preußen wurden im Jahre 1893 von 53 100 Steuererklärungen 17 655 beanstandet, davon 11 318 mit Erfolg. Die Deklaranten hatten nur ein Einkommen von insgesamt 151 543 805 M. angegeben, während die Riquelshagen X-Strahlen 192 151 881 M. ermittelten. Dadurch erhöhte sich der Steuerbetrag von 4 831 302 M. auf 6 367 934 M. Durch die Beschämung der Steuerbehörde ist demnach für Berlin der Staat vor einer Schädigung um 1 536 632 M. behütet worden. In Preußen wurden in demselben Jahre 148 208 von 456 094 abgegebenen Steuererklärungen beanstandet. Das sind 32,5 Prozent. Mit Erfolg wurden 112 226 beanstandet, gleich 75,7 Proz. der Beanstandeten. Das steuerpflichtige Einkommen erhöhte sich dadurch von 678 878 056 M. auf 863 043 830 M. Der Gewinn für den Fiskus betrug also rund 33 Proz. Und dabei ist noch lange nicht gesagt, daß man den Leuten, die man am Stragen packte, auch wirklich in Herz und Nieren geüht hat. Bernstein hat sich in hohem Maße über die preussische Vermögenssteuer entzündet, er hat ja jede Zahl, die er gewinnen konnte, um zu beweisen, daß wir uns höher getäuscht haben und daß die Dinge ganz anders laufen, zu Gunsten der bürgerlichen Gesellschaft mit wahrer Wier aufgefressen. Während die Ergebnisse der Veranlagung zur preussischen Ergänzungsteuer nach Bernstein ein erfreuliches Bild bieten, kommt Kautsky gerade zu dem entgegengesetzten Urteil. Namentlich in Bezug auf die preussische Einkommensstatistik sind ja Bernstein die allergrößten Irrtümer unterlaufen. So spricht er von dem gewaltigen Wachstum der höheren Einkommen in Preußen von 1854 bis 1893/94, übersieht aber, daß bis 1890 ein total anderes Steuersystem in Preußen existiert hat wie von 1891 ab, daß man also die Ergebnisse gar nicht vergleichen kann. Will man einen wirklichen Vergleich ziehen, so darf man als äußerste Grenze das Jahr 1900 annehmen; da liegt uns nun eine ganz vorzügliche Arbeit eines bürgerlichen Oekonomen Clemens Heiß über die großen Einkommen in Deutschland und ihre Zunahme in den letzten Jahrzehnten aus dem Jahre 1893 vor. Der Verfasser dieser Schrift ist mit dem akademischen Preis seitens der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen gelehrt worden. Wenn sich die Fakultät veranlaßt fühlte, derartige Untersuchungen überhaupt anstellen zu lassen, wenn unsere Gelehrten in derartigen Fragen in den letzten Jahrzehnten überhaupt Stellung genommen haben, so sind wir die moralischen Urheber. (Sehr wahr!) Wir haben durch unsere fortgesetzten Agitationen die Leute gezwungen, sich um die sozialen Verhältnisse zu kümmern. Alles das, was von dem guten Herzen und dem Gerechtigkeitsgefühl der Bourgeoisie gesagt wird, das entspricht doch nur dieser Quelle, unserer Agitation. Thatsachen, die man schwer auf weis besitz, kann man nicht mehr leugnen. Man wirft der Bestie einen Stroch hin, um sie zu beruhigen. (Sehr richtig!) Heiß hat nun die Einkommen der acht alten preussischen Provinzen von 1854—1890 und so weit Statistiken vorliegen, auch die industriellen Betriebe in Betracht gezogen und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Die Resultate unserer Untersuchung lassen sich dahin zusammenfassen, daß in allen deutschen Staaten, welche eine allgemeine Einkommensteuer besitzen, die großen Einkommen weit rascher zugenommen haben, als alle übrigen. Davon macht Bremen für den kurzen Zeitraum von 1874—1885 die einzige Ausnahme.“

Die durchschnittlichen Einnahmen zeigten die geringste Zunahme. . . Dagegen ist ziemlich sicher, daß mit der großartigen Entwicklung des Großbetriebes und der rapiden Zunahme der großen Vermögen auch ein nicht unbedeutlicher Teil des gewerblichen Mittelstandes in wirtschaftliche Abhängigkeit von dem Großbetrieb und den Großkapitalisten geraten ist.“

Das sagt ein Mann, der außerhalb unserer Reihen auf bürgerlichem Boden steht, in direktem Gegensatz zu allem, was Bernstein sagt. Und wie sind nun die Resultate der Einkommensverhältnisse in den 8 Provinzen? Die Bevölkerung ist von 1854 bis 1890 um 42 Proz. gewachsen, die niedrigsten Einkommen bis zu 3000 M. auch nur um 42 Proz., die Einkommen von 3000 bis 36 000 M. um 333 Proz., die von 36 000 bis 60 000 M. um 590 Proz., die von 60 000 bis 120 000 M. um 835 Proz. und die Einkommen über 120 000 M. um 942 Proz. (Hört, hört!)

Verelendungstheorie.

Es ist ja erklärlich, daß Bernstein bei solchen Anschauungen auch die sogenannte Verelendungstheorie über Bord wirft. Da muß ich zunächst bemerken, daß man bei Marx, bei Engels, bei Lassalle, bei Rodbertus vergeblich nach der sogenannten Verelendungstheorie sucht, d. h. nach der Theorie, wonach mit der zunehmenden Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise auch das Elend der breiten Massen zunimmt. Bernstein mußte als Theoretiker des Marxismus doch wissen, was Marx, Engels und Lassalle darüber gesagt haben. Auf seine Ausführungen hat ihm Kautsky geantwortet, daß das, was er behauptet habe, ganz falsch sei. Bernstein antwortet hierauf:

„Das ist nun zunächst nicht die Marx-Engelsche Theorie, sondern eine kautskische Leerdarstellung derselben. In wie weit sie mit dem vom Zusammenbruch handelnden Kapital bei Marx zu vereinigen ist, wo nicht von wachsender Reife und Macht, sondern von wachsender Entartung und Anechtung der Proletarier gesprochen wird, kann ich indes hier um so mehr auf sich beruhen lassen, als ich selbst stets sehr energisch betont habe, daß dies Kapitel nur als Signatur einer Tendenz zu verstehen ist. Nur behaupte ich, daß mit dem Mantel aus der Herzoß fällt.“ Und was sagt nun Kautsky dazu? „Diesen Satz hat nicht irgend ein Vulgarökonom geschrieben, der das „Kapital“ nie in der Hand gehabt, sondern ein Mann, der als einer der besten und verständnisvollsten Kenner der marxistischen Litteratur gilt.“ Wie berechtigt der Satz ist zeige die wörtliche Wiedergabe der Stelle, auf die sich Bernstein beruft. Sie lautet: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Ausnutzung, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse.“ (Kapital I, 2. Aufl. S. 793.) Kautsky citiert dann mit Recht das kommunisistische Manifest. Das selbe sagt: „Die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen, sie hat auch die Männer gegen sich, die diese Waffen führen werden, die modernen Arbeiter, die Proletarier. . . Mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengebracht, seine Kraft wächst und es fähig sich mehr. . . Die Arbeiter beginnen, Koalitionen gegen die Bourgeoisie zu bilden. . . Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. . . Die Organisation der Proletarier zur Klasse und darum zur politischen Partei wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie ersticht immer wieder, stärker, fester, mächtiger. Sie erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform, indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich hemmt, so die Reformen. . . Will in England. . . Die Bourgeoisie selbst führt dem Proletariat ihre eigene Bildungselemente, das heißt Waffen gegen sich selbst zu. Es werden ferner durch den Fortschritt der Industrie ganze Bestandteile der herrschenden Klasse ins Proletariat hineingeworfen und wenigstens in ihren Lebensbedingungen bedroht. Auch sie führen dem Proletariat eine Menge Bildungselemente zu.“

Hier wird also wieder in der klaren Weise nachgewiesen, daß die Tendenz des Kapitalismus auf beständige Herabdrückung der Arbeiterklasse dazu führt, daß die Arbeiter sich organisieren und in gemeinsamen Kämpfen die Bourgeoisie nötigen, ihnen KonzeSSIONen zu machen. Es ist doch in der That traurig, wenn ein Mann wie Bernstein, einer der Theoretiker des Marxismus, in solche Verirrungen verfällt und nicht mehr weiß, was im „Kapital“ steht. Sonst könnte er doch nicht von einer „kautskischen Leerdarstellung“ reden. Daß Marx und Engels diese hier vorgetragene Auffassung in Bezug

auf die Entwicklung der Arbeiterklasse vom ersten Augenblick an gehabt haben, geht auch aus einer ganzen Reihe anderer Stellen hervor. Vernstein hat seine Schrift mit dem Anspruchs von Marx aus der Inauguraladresse als Motto versehen: „Und deshalb war die Zehnjährigenbill nicht bloß ein großer praktischer Erfolg, sie war der Sieg eines Princips“. In Parteinotizen, wie in aller Welt hätte Marx einen solchen Satz schreiben können, wenn er die Verelendungstheorie im Vernsteinschen Sinne für richtig gehalten hätte? Das wäre ja der kolossalste Widerspruch, der ihm nachgewiesen werden könnte. Wäre die Verelendungstheorie, die unseren Feinden nachgebetet wurde, wahr, so hätte ja Marx gar nicht gegen das eherner Lohngesetz polemisieren können. (Sehr richtig!) Die ganze, von Vernstein als Motto gewählte Stelle aus der Inauguraladresse vom Jahre 1864 lautet wörtlich: „Nach einem 30-jährigen Kampf, der mit bewundernswürdiger Ausdauer geführt wurde, gelang es den englischen Arbeitern... die Zehnjährigenbill durchzusetzen. Die ungeheuren, physischen, moralischen und intellektuellen Vorteile, die den Fabrikarbeitern daraus erwachsen und halbjährig in den Berichten der Fabrikinspektoren verzeichnet wurden, sind jetzt allgemein bekannt.“

Weiter sagt Marx in der Vorrede zum „Kapital“ vom Jahre 1867: „Wo die kapitalistische Produktion völlig bei uns eingebürgert ist, z. B. in den eigentlichen Fabriken, sind diese Zustände viel schlechter als in England, weil das Gegengewicht der Fabrikgesetze fehlt.“ Und weiter: „In England ist der Umwälzungsprozess mit Händen greifbar. Auf einem gewissen Höhepunkt muß er auf den Kontinent rüberschlagen. Dort wird er sich in brutaleren oder humaneren Formen bewegen, je nach dem Entwicklungsgrad der Arbeiterklasse selbst. Von höheren Motiven abgesehen — Vernstein würde sagen: ethischen — gebietet also den jetzt herrschenden Klassen ihr eigenes Interesse die Weg-räumung aller gesetzlich kontrollierbaren Hindernisse, welche die Entwicklung der Arbeiterklasse hemmen. Ich habe deswegen u. a. der Geschichte, dem Inhalt und den Resultaten der englischen Fabrikgesetzgebung einen so ausführlichen Platz in diesem Bande eingeräumt. Eine Nation soll und kann von der andern lernen. Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist — und es ist der letzte Endzweck dieses Werkes, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen — kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.“

Das sagt der „Blanquist“ Marx. (Weiter.) Es ist doch Himmelschrei, daß ein Mann wie Vernstein im Widerspruch zu diesem Anspruch solche Urteile in die Welt schleudert und eine Menge Leute, gestützt auf seine Autorität, völlig irre zu führen vermag. (Sehr gut!) Und was schreibt Engels 1891 gegen Brentano? „Die stets wiederholte Erklärung, daß Arbeiterschutzzesetzgebung und Gewerkschaftsorganisationen die Lage der Arbeiter zu verbessern geeignet sind, ist keineswegs Brentanos eigene Erfindung. Von der Lage der arbeitenden Klassen in England“ (1845) und der „misère de la philosophie“ (1845) bis zum „Kapital“ und bis zu meinen jüngsten Schriften haben Marx und ich das selbe gesagt.“ Vernstein hat eine Zeit gehabt, wo er in all diesen Fragen anders dachte. Das ist freilich 8 Jahre her, eine lange Zeit, wenn man so rasch sich maniert. Damals schrieb er in seiner Einleitung zu seiner Laffalle-Ausgabe: „Die Abhängigkeit des Arbeiters ist mit der scheinbaren Freiheit nur größer geworden. Sie ist es, die mit eherner Wucht auf der Arbeiterklasse lastet, und deren Druck zu nimmt mit der wachsenden Entwicklung des Kapitalismus.“

Wenn wir aber heute das selbe sagen, dann sind wir Regerechter. Ich muß aber auch hier Laffalle gerecht werden. Es ist traurig, daß alle Laffalleaner, die wir in unseren Reihen haben, und die so manche Lehre Laffalles durch bessere Erkenntnisse angegeben haben, gerade da, wo er noch recht hat, ihn nicht mehr verstehen. Laffalle sagt im „Offenen Antwortschreiben“: „Alles menschliche Leiden und Entbehren hängt nur von dem Verhältnis der Vertriebungsmittel zu den in derselben Zeit vorhandenen Bedürfnissen und Lebensgewohnheiten ab. Alles menschliche Leiden und Entbehren und alle menschlichen Vertriebungen, also jede menschliche Lage, bemißt sich somit nur durch den Vergleich mit der Lage, in welcher sich andere Menschen derselben Zeit in Bezug auf die gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse derselben befinden. Jede Lage einer Klasse bemißt sich somit immer nur durch ihr Verhältnis zu der Lage der anderen Klassen derselben Zeit.“

Als die Laffalle'sche Bewegung aufkam, da wurde uns von gegnerischer Seite gesagt: „Was Laffalle sagt, ist ja alles übertrieben, es ist Schwindel. Wie sieht der Arbeiter heute? Denkt nur zurück ins Mittelalter, hat da ein Arbeiter Feinstreiden gegessen, hat er Spiegel gehabt, hat er ein Kamätee gehabt?“ Darauf erwiderten die Laffalleaner: „Das ist wahr, Feinstreiden hat sogar Karl der Große nicht gegessen, es wird sogar behauptet, daß er kein Hemde getragen hat.“ (Weiter.) Mit solchen Mägen suchten damals die bürgerlichen Gegner uns zu behörden, und heute kommt man und erzieht mit solchen Behauptungen noch nach 30 Jahren Erfolg. Traurig, daß man das sagen muß, aber es ist notwendig, auch mal den eigenen Parteigenossen die Wahrheit zu zeigen. „Ihr habt das Denken verlernt!“ sagte ich schon. Besteht etwa darin eine Hebung der Lage der Arbeiter, daß heute 40 Proz. mehr verheiratete Frauen erwerbsfähig sind? Wie sind ja keine Anhänger der heiligen Ehe, wir haben ein besseres Ideal, aber das lassen wir uns nicht gefallen, daß man, weil die Männer so schlecht bezahlt werden, die Frauen zum Prostitution gezwungen. Charakteristisch sind nach dieser Richtung hin bürgerliche Urteile, ich erinnere nur an Verträge vertriebener Fabrikinspektoren, die dahin gehen, daß der niedrige Lohn der Männer die Frauen in die Arbeit treibt. Die Frauarbeit nimmt immer mehr zu. Als weiteren Beweis für die zunehmende Verelendung führe ich die letzte Statistik des Holzarbeiter-Verbandes an. Daraus können Sie die traurige Tatsache entnehmen, daß volle 23 Proz. der Frauen ihrer Mitglieder zum Lebenserwerb gezwungen sind, um die Familie ernähren zu können. Ist das Genießen der Lohnschonung denn nicht auch ein soziales Elend? Wir haben es doch erst auf dem Kuberkonferenzkongreß zu hören bekommen, wie diese Krankheit eine Proletarier-Krankheit ist. Und selbst mit der Arbeitslosigkeit hat es sein Häßliches. Obgleich 1897 ein Prosperitätsjahr war, waren doch nach der Statistik des Holzarbeiter-Verbandes 7995 Arbeiter, das ist 20,7 Proz. arbeitslos, im ganzen waren es 218 113 arbeitslose Tage. Weselben Sie weiter, daß nach der Volkszählung am 14. Juni 1896 299 352 Arbeiter arbeitslos waren, darunter 120 348 Frau, und am 2. Dezember waren 771 005 arbeitslos, darunter 217 365 Frau.

Ich muß wieder einen bürgerlichen Schriftsteller zitieren; ich bin heute in der unangenehmen Lage, einen Teil unserer Genossen durch bürgerliche Schriftsteller zur Ordnung rufen lassen zu müssen (weiter.) und hört! hört!, ihnen zu zeigen, daß bürgerliche Schriftsteller ein viel feineres Gefühl für die Leiden der Arbeiterklasse haben als sie. In Nummer 8 der „Sächsischen Woche“ (Weiter.) wird über die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse, die sie trotz des steigerten Wohlstandes der Nation im ganzen führt, ein Bild entrollt (Medner verliest den Artikel), das etwas anders aussieht, als das rosigte, das Socialdemokraten sehen, als ob es überhaupt kein Elend mehr gebe. Und so kann ich Beispiele über Beispiele anführen.

Einen sehr guten Gradmesser dafür, ob steigendes Elend vorhanden ist oder nicht, liefert die

Armen-Statistik.

Sie mögen den Zahlen für Berlin und Stuttgart keine Beweiskraft beimessen, weil es Großstädte sind. Aber die beste Armenstatistik, die es gibt, die von dem, die sich über die Zeit von 1871 bis 1895 erstreckt, also unsere ganze kapitalistische Entwicklung in Deutschland geradezu umfaßt, ergibt eine Steigerung der Armenempfänger in Bayern von 129 996 auf 183 280, d. h. um 41 Proz., während die Bevölkerung nur um 14 Proz. zugenommen hat — in einem Lande ohne Großindustrie, mit der thätigen Charitas der katholischen Kirche.

Da die Zeit für die Mittagspause angebrochen ist, unterbricht Bebel, der bisher 3/4 Stunden gesprochen hat, jetzt sein Referat.

David - Mainz

regt an, zur Erleichterung der Verhandlungen den theoretischen Teil und den taktischen im Bebel'schen Referat und in der Diskussion getrennt zu verhandeln, da anzunehmen sei, daß Bebel über die praktische Frage noch ebenso lange reden werde.

Singer: Wer eine absolut unklare und zerrissene Diskussion will, der nehme den Antrag an! (Sehr gut.) Die Anregung Davids wird fast einstimmig abgelehnt.

Resolution.

Die bisherige Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft giebt der Partei keine Veranlassung, ihre Grundanschauungen über dieselbe aufzugeben oder zu ändern.

Die Partei sieht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann und betrachtet es demzufolge als geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erobern, um mit Hilfe derselben durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Einführung der sozialistischen Produktions- und Austauschweise die größtmögliche Wohlfahrt aller zu begründen.

Um dieses Ziel zu erreichen, benützt die Partei jedes mit ihren Grundanschauungen vereinbare Mittel, das ihr Erfolg verspricht. Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Befechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei bei Wahlen oder um Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volkes, oder um eine ernsthafte Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und die Förderung von Kulturaufgaben, oder um Bekämpfung arbeiter- und volksfeindlicher Bestrebungen handelt. Aber die Partei bewahrt sich überall in ihrer Thätigkeit ihre volle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als einen Schritt, der sie ihrem Endziel näher bringt.

Die Partei sieht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nötigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.

Zu der Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Lande und der Kolonialpolitik beharrt die Partei auf ihrem bisherigen Standpunkt. Ebenso verbleibt sie bei ihrer bisherigen internationalen Politik, die auf eine Verständigung und Verbrüderung der Völker, in erster Linie der Arbeiterklasse in den verschiedenen Kulturländern, abzielt, um auf dem Boden einer allgemeinen Föderation die Lösung der gemeinsamen Kulturaufgaben herbeizuführen.

Nach all diesem liegt für die Partei kein Grund vor, weder ihr Programm, noch ihre Taktik, noch ihren Namen zu ändern, und sie weist jeden Versuch entschieden zurück, der darauf hinausgeht, ihre Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verschleiern oder zu verändern.

Bebel.

Zur Resolution sind inzwischen folgende Amendements beantragt: Im letzten Absatz statt der Worte: „weder ihr Programm“ zu sagen: „weder ihre grundsätzliche Auffassung“; im Absatz 4 hinter dem Worte: „Wirtschaftsgenossenschaften“ einzufügen die Worte: „die auf Organisation des Konsums begründet sind“; außerdem dem Absatz 4 den Satz hinzuzufügen: „Zu verwerfen ist unbedingt die Gründung von Genossenschaften zur ausschließlichen Organisation gemeinsamer Produktion.“

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung 3/4 Uhr.

Bebel

fährt in seinem Referat fort: Zunächst eine kurze Bemerkung zu den Äußerungen Davids. Ich habe Ihnen heute morgen gesagt, über die theoretischen Fragen würde ich wenig sprechen, über die praktischen Fragen — nämlich über alles, was mit unserem Programm zusammenhängt — viel; dagegen über die taktischen Fragen wollte ich nicht viel sprechen.

Vernstein und der Klassenkampf.

Ich komme zu der Stellung Vernsteins zum Klassenkampf. Aus der Ueberschrift des betreffenden Kapitels müßte man entnehmen, daß er seine Stellung zum Klassenkampf gegenüber Marx klar und präcis entwickelt würde. Das ist aber nicht der Fall. Auf Seite 88 und 89 kommt er zu dem Schlusse, eine geschlossene Arbeiterklasse mit ausgeprägtem Klassenbewußtsein gebe es nicht. Auf eine Frage Knudhns, wie er eigentlich zum Klassenkampf sehe, antwortet er in zwei Artikeln in Nr. 45 und 46 der „Neuen Zeit“, bezieht: **Klassenkampf-Dogma und Klassenkampf-Wirklichkeit.** Schon eine merkwürdige Ueberschrift; ein Klassenkampf-Dogma hat bei uns nie existiert; es dürfte Vernstein sehr schwer fallen, aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung Beispiele für seine eigentümliche Auffassung anzuführen. Nun sollte die Antwort doch eine einfache, ganz klare sein können, in 10 Zeilen zu geben sein. Was schreibt aber Vernstein in den zwei Artikeln? Von einer klaren Antwort ist keine Rede; da aber für die Zugehörigkeit zur Socialdemokratie die Frage von Wichtigkeit ist, wie man zum Klassenkampf steht, erklärt er in einem Artikel: „**Meine Stellung zum theoretischen Teil des Erfurter Programms**“ am 3. September in „Vorwärts“, der Klassenkampf sei ein viel komplexeres Phänomen, als der Paragraph erkennen lasse, jedenfalls aber ignoriert er nicht mehr den Klassenkampf, er erkennt ihn als eine unbestrittene Tatsache an, er steht auf dem Boden des Klassenkampfes. In dem Bestreben, die Gegensätze zu mildern, abzuschleifen — zu vertuschen möchte ich sagen, wenn es nicht zu hart länge, — erklärt er, der Klassenkampf nehme mildere Formen an. Den Satz so ausgesprochen, erkenne ich an. Wir sind überhaupt milder geworden, weil wir zivilisierter geworden sind, oder menslicher, besser gesagt. Man hängt und verbrennt jetzt niemand mehr wegen seiner politischen oder religiösen Ueberzeugung, die Arbeiter zerküßten doch nicht mehr die Fabriken, welche neue Maschinen einführen. Wenn also die Formen des Klassenkampfes heute menschlicher geworden sind, so ist damit nicht gesagt, daß die Klassengegenstände milder geworden sind. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Die Erfolge der englischen Gewerkschaften sind die Folge langjähriger Kämpfe. 1898 waren 53 Proz. der Streiks der deutschen Arbeiter Abwehrstreiks, und das im Jahre der größten Prosperität. Die Thatsachen zeigen eine Verschärfung der Klassengegenstände. Wir befinden uns in einer Periode der Prosperität, wo die Unternehmer, die hohe Profite machen, viel eher geneigt sind, den Arbeitern entgegenzukommen. Wie aber werden sich die Dinge stellen, wenn es zum industriellen Niedergange kommt? Dann werden die Unternehmer alles daran setzen, die Lebenslage der deutschen Arbeiter herunterzudrücken und unsere Gewerkschaften werden im Widerstande dagegen ihre ganze Kraft einsetzen müssen. Die

Klassengegenstände verschärfen sich. — In derselben Richtung wirkt eine Erscheinung, über die in unseren Kreisen selber noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich meine die Trusts und Kartelle. Sie werden den Arbeitern und ihren Organisationen sehr gefährlich werden und schwerwiegende Kämpfe werden zwischen beiden Parteien entbrennen. Die Organisation der Unternehmerklasse hat in den letzten fünfzehn Jahren weit größere Fortschritte gemacht, als die Organisation der Arbeiterklasse. Gewiß haben auch unsere Gewerkschaften sich erfreulich entwickelt; sie sind mächtig und einflußreich geworden; Thatsache ist, daß die Zahl der Unternehmer, die in geschlossenen Organisationen stehen, größer ist als die der Arbeiter, und daß insbesondere die Organisation des Großunternehmeriums in Kartellen, Trusts usw. der Arbeiterklasse noch sehr schwere Kämpfe bereiten wird. Geschlossen sind sie ja zunächst zu Zwecken der Preisregulierung und der Profitraten-Vermehrung. Der Zweck ist aber der, daß sie Kampforganisationen gegen die Arbeiter werden müssen. Ginge es nach mir, so müßte ein Gesetz erlassen werden, das ebenso wie der Krankenlosgewang für jeden Arbeiter den Gewerkschaftszwang im Interesse der Befreiung der Lebenshaltung einführt. Daran ist ja nun in der Zeit des Quartauslaufes nicht zu denken. Ich sehe in meiner Ansicht über die Bedeutung, die die Kartelle und Trusts im Laufe der nächsten Jahrzehnte gewinnen werden, durchaus nicht allein. Schon 1894 äußerte sich Professor Bücher im Verein für Socialpolitik in Wien über die Unternehmerkoalitionen ganz ähnlich, und auch ein anderer Forscher auf diesem Gebiet, Dr. Köhle, vertritt ganz dieselbe Ansicht. Aber es sind nicht nur bürgerliche Schriftsteller, die so urteilen. Die Eheleute Webb sagen in ihrem Buche „Theorie und Praxis“ folgendes (S. 93): „Wenn dagegen die ganze Industrie in der Hand eines einzigen Großunternehmers liegt oder unter eine kleine Zahl nicht konkurrierender Unternehmer verteilt ist — besonders wenn das Monopol in irgend einer Weise gegen neue Partner geschützt ist — dann findet der Gewerksverein, daß seine Methode der gegenseitigen Versicherung und kollektiven Vertragsschließung so gut wie nutzlos sind. Das gilt z. B. für die großen Eisenbahn-Gesellschaften des Vereinigten Königreichs und einige der großen kapitalistischen Trusts der Vereinigten Staaten. Gegenüber den unbeschränkten Hülfsmitteln, der absoluten Willkür dieser modernen industriellen Leviathane, ist das Viertelmillionvermögen — Hunderttausende von Pfund! — des reichsten Gewerksvereins und das Geschick von ein- oder zweihunderttausend hartnäckiger und erbitterter Arbeiter so wirkungslos, wie Pfeile gegen ein Panzergeschiff.“ Wenn der Staat der Unternehmer ist, dann vermag der stärkste und reichste Gewerksverein so wenig seine Forderungen zu erstrecken, wie der einzelne Arbeiter.“

Und weiter sagen sie auf Seite 217 ihres Buches: „Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften“:

„Die Stellung der Lohnarbeiter wird in den riesigen kapitalistischen Korporationen dadurch verschlechtert, daß es an jeder wirksamen Konkurrenz um ihre Dienste durch rivalisierende Unternehmer fehlt. Der Unterschied in der strategischen Stellung wird so überwältigend groß, daß der Arbeitsvertrag überhaupt aufhört, im wahren Sinne des Wortes ein Vertrag zu sein.“

Das sagen die Leute, die unabweislich zu den wärmsten und begeistertsten Freunden der Gewerkschaftsbewegung gehören. Was ich mit diesen Ausführungen will, ist ganz einfach: Es ist eine absolute Notwendigkeit, daß die Arbeiter sich in Gewerkschaften organisieren. Ich habe das bereits vor 30 Jahren ausgesprochen. Aber angesichts des Bestrebens, die Dinge zu beschönigen, die Kämpfe so darzustellen, als würden sie immer milder, die Verhältnisse so zu schildern, als würden wir in immer leichter Weise mit ihnen fertig werden, daß wir uns mit kleinen Reformen begnügen können, muß doch darauf aufmerksam gemacht werden, was ich wiederholt gethan habe: wir sind nicht über den Berg, wir stehen noch vor dem Berg, das Schwerste steht uns noch bevor. Diese Organisationen werden uns kräftige Dienste leisten, aber es wird bedeutend mehr notwendig werden, als man darzustellen versucht.

Genossenschaftswesen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaften an einer gewissen Stelle der Entwicklung mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einen Kampf auf Leben und Tod zu führen haben. Damit komme ich zu der Frage des Genossenschaftswesens, das ja ebenfalls in der Vernsteinschen Prosa einen großen Raum einnimmt und dem eine sehr hohe Bedeutung zugeschrieben wird. Vernstein geht sogar soweit, daß er die Genossenschaften als Hauptgrundlage der zukünftigen Gesellschaft betrachtet. Allerdings meint er, die Partei als solche solle sich mit der Gründung von Genossenschaften nicht beschäftigen. Darin stimme ich mit ihm überein. Nachdem aber der Parteitag zu Berlin 1893 Stellung zu den Produktivgenossenschaften genommen hat und da wir heute zu der Frage Stellung nehmen müssen, könnten wir der Sache nicht aus dem Wege gehen. Es gab eine Periode, wo der größte Teil der deutschen Arbeiter entschiedene Gegner der Genossenschaften, namentlich der Konsumgenossenschaften, waren. Den Bestrebungen von Schulze-Delitzsch gegenüber war es selbstverständlich, daß Laffalle entschieden Stellung zu dieser Frage nahm, und da die Theorie vom ehernen Lohngesetz eine der Grundpfeiler seiner ganzen Lehren bildet, so war es nur konsequent, daß er bei aller Anerkennung der Nutzen, die sich Schulze-Delitzsch mit das Zustandekommen der Genossenschaften gegeben hat und der kleinen Vorteile, die dadurch für einige Arbeiterschichten erwungen waren, doch erklärte, daß die Genossenschaften für die Arbeiter nicht in Frage kommen können, weil sie sonst von ihrem Wege abgelenkt und in Dingen ihre Kräfte vergeblich verwenden würden, die sie für andere Dinge weit besser verwenden könnten. Nun gab es ja von Anfang an in der deutschen Arbeiterbewegung zwei Richtungen: Die Laffalleaner und die Eisenacher. Wir haben niemals den ablehnenden Standpunkt Laffalles geteilt, auch nicht Marx, Engels und die Internationale. Kein internationaler Kongreß verließ damals, auf dem nicht die Gründung derartiger Genossenschaften befristet wurde; ja vom Staate wurde sogar die Ueberantwortung der Domänen zur Exploitation durch die Arbeiter verlangt. Darüber sind wir ja hinaus. Wir Eisenacher und später die Partei haben aber das Genossenschaftswesen nicht begünstigt. Wir fanden ihm gleichgültig gegenüber. Die Konsumvereine, der Leipziger, Dresdener, Wiesener usw. wurden begründet und haben sich zum Teil sehr gut entwickelt, nehmen es zum Teil mit dem Center „Goornit“ in Bezug auf den Umlauf sehr gut auf. Keinem unserer sachlichen und sonstigen Freunden, die in den Konsumvereinen eine leitende Stellung einnehmen, ist es aber einfallen, diese Genossenschaften müssen die Grundlage, den Embryo der sozialistischen Gesellschaft bilden. Davon ist bis vor kurzem nie die Rede gewesen, und ich erkläre mich auch jetzt dagegen. Ein gut geleiteter Konsumverein wird 12 Proz. Dividende abwerfen, bei einem Jahresverbrauch von 400—600 M. pro Arbeiter. Einen Lohnzuschlag von vielleicht 8 Proz., der sich dadurch ergibt, ist gewiß ein großer Vorteil; aber anzunehmen, daß der ganze Bestand der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft durch Konsum- und für die Konsumvereine arbeitenden Produktivgenossenschaften befriedigt werden sollte, das ist absolut unmöglich, und ich kann mir auch nicht denken, wie wir auf solche Weise die Großindustrie in die Hände bekommen sollen; da müssen wir nach wie vor bei der „Freilegende“ bleiben, um den schönen, geschmackvollen Ausdruck zu gebrauchen.

(Schluß im Hauptblatt.)

Berichtigung. Im Parteitagbericht in der gestrigen Nummer ist eine durch falsche Nummerierung zweier Beiträge hervorgerufene Unklarheit richtig zu stellen. In der ersten Zeile, zweite Seite, Mittelspalte, müssen die beiden in der Nummerung abgedruckten Beiträge die Nummern 38 und 39 tragen. In derselben Weise ist die dritte Zeile richtig zu stellen in der Nummerierung S i n g e r s in derselben Spalte oben und dann nochmals im Hauptblatt, dritte Seite, erste Spalte, Zeile 18 von unten.

Die „Harmlosen“ vor Gericht.

Siebenter Tag.

Herr v. Mantuffel als Hypnotiseur.

Nachdem Vorsitzender Landgerichtsdirektor Denso die Sitzung um 9 Uhr eröffnet, wünscht Rechtsanwalt Schachtel einige Fragen an den Grafen Königsmark über einige Bemerkungen, die Herr v. Mantuffel ihm gegenüber gemacht haben soll, zu richten. Der Präsident unterbricht den Verteidiger mit der Bemerkung, der Gerichtshof ist sich schon darüber schlüssig geworden, daß die ganze Mantuffelsche Angelegenheit hier nicht weiter berührt wird. Für das Kollegium ist die Sache vollständig erledigt. Herr v. Mantuffel ist doch hier nicht Angeklagter! — Rechtsanwalt Dr. Schachtel erwidert, daß es sein gutes Recht sei, Fragen zu stellen, die er zur Aufklärung der Sache für notwendig erachte. — Der hierauf vorgelegene Graf von Königsmark bekennt auf Befragen: Herr v. Mantuffel habe ihm gegenüber gesagt, er habe den Befehl erhalten, in der Spielereignisse möglichst scharf und scharf vorzugehen; es sei auch schon durch verschiedene Personen festgestellt worden, daß Fallschpiel getrieben worden sei. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Ich habe noch eine Frage an Herrn v. Mantuffel zu richten. Ist es wahr, daß Sie, als Sie noch aktiver Offizier waren, sich mit Hypnotisieren beschäftigt haben und im Stande sind, Personen mit schwacher Willenskraft Ihrem Willen zu unterwerfen? — Herr v. Mantuffel: Thatsächlich habe ich mich mit dem Hypnotisieren nicht bloß zum Vergnügen, sondern des Studiums wegen beschäftigt. Ich muß es aber durchaus ablehnen, daß mir, wie die Frage doch andeutet, hier untergeschoben werden soll, ich hätte dem Zeugen etwas suggeriert. Das muß für jeden, der mit Hypnotisieren zu thun hat, komisch wirken, denn die Hypnose hängt doch von ganz bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen ab. Jeder, der etwas von der Sache versteht, weiß, daß es ein Lügding ist, jedermann zu hypnotisieren. — Oberstaatsanwalt (zum Grafen Königsmark): Sind Sie sonst schon einmal hypnotisiert worden? — Zeuge: Nein. — Oberstaatsanwalt: Sind Sie ein Mann von schwacher Willenskraft? — Zeuge: Nein. — Justizrat Dr. Sello: Ist der Zeuge in den Besitz einer gedruckten Verteidigungsschrift gekommen? — Zeuge Graf Königsmark: Ja, wohl, durch Herrn v. Mantuffel. — Dr. Sello: Wann war dies? — Zeuge: Mitte September. — Verteidiger Dr. Sello: Also etwa vierzehn Tage vor der Verhandlung. Zu welchem Zweck geschah dem das? — Zeuge: Um mich zu informieren. — Dr. Sello: Diese Fragen sind doch von solcher Erheblichkeit, daß die Staatsanwaltschaft sogar diese Frage an die Oberstaatsanwaltschaft richtete. — Herr v. Mantuffel: Ich habe dem Zeugen die Verteidigungsschrift zugestellt, weil ich wusste, daß Graf Königsmark sich dafür interessiert und um weitere Aufschlüsse zu erlangen. — Dr. Sello: Da der Verteidigungsvorwurf aus einer Weitergabe der Verteidigungsschrift gemacht worden ist, so möchten wir doch, daß mit gleichem Maße gemessen wird. Ich frage deshalb Herrn v. Mantuffel, ob er die Verteidigungsschrift im Einverständnis mit anderen Faktoren der Untersuchung weiter gegeben hat? — v. Mantuffel: Es handelte sich um ein Exemplar der Verteidigungsschrift, welches nach Mitteilung des Staatsanwaltschaftsrats Keller nicht zu den Akten gehörte. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Hiernach könnten doch wohl die Erörterungen über die Verteidigungsschrift endgültig geschlossen werden. — Oberstaatsanwalt: Nein, doch nicht! — Dr. Schachtel: Wir stehen zur Stelle.

Nach Meinung des Zeugen Oberkellners Schneider bestand die Gesellschaft aus mehreren hundert Personen „aus allen Provinzen und allen Regimentern“, von denen etwa 25 Personen an den einzelnen Abenden erschienen. v. Kasper hat in jener Zeit recht viel Bekantheit, er hat sich überhaupt manche Woche gar nicht sehen lassen. An den Spielabenden sei es außerordentlich ruhig und durchaus vornehm und anständig zugegangen, so daß er, der Zeuge, sich oft dahin geäußert habe: „Das ist ja gar kein Wunder, umsonst sind die Herren nicht Edelleute!“

Ein sehr, sehr vornehmes Haus.

Der Zeuge Goldberg wird über den Aufwand des Herrn v. Kröcher vernommen. Der Zeuge betont, daß er ein sehr, sehr vornehmes Haus in der Friedrich-Wilhelmstraße besitze und Angeklagter v. Kröcher bei ihm gemietet habe. Die Wohnung bestand aus sechs Zimmern. Zeuge ist von dem Angeklagten v. Kröcher i. J. verheiratet worden, weil er es nicht leiden wollte, daß Fräulein Lena Krüffinger, die sich einmal für eine „Baronin“ ausgegeben, in seinem Hause, d. h. in der Wohnung des Angeklagten v. Kröcher verweilte. Er sei der Meinung gewesen, daß diese Dame nach ihrem ganzen Auftreten nicht in sein Haus paßte, zumal er von dem Kammerdiener Mayer viel Nachtheiliges über sie hörte. Er habe sich auch nicht darauf eingelassen, als ihm gesagt wurde, die Dame in hochgelegener Toilette sei die „Wirtin“ gewesen, er konnte sich nicht denken, daß diese seine Dame die Zimmer läßt und die Möbel ausklopfen sollte. Die Ausstattung der Wohnung schildert Zeuge für sehr elegant. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Der Zeuge nannte die Wohnung „Gartenwohnung“, andere würden sie vielleicht „Hinterwohnung“ nennen, denn man müßte von der Friedrich-Wilhelmstraße erst über den Hof, um nach der an der Friedrichstraße gelegenen Wohnung zu gelangen. — Zeuge: Ich kenne doch mein Haus am besten. Man kann nach der Theorie des Verteidigers ja auch nach dem Alexanderplatz über das Potsdamer Thor gelangen. — Zeuge Jesner, bei dem der Angeklagte v. Kasper längere Zeit gewohnt hat, giebt demselben das Zeugnis eines sehr sparsamen und ordnungsliebenden Mannes, der gar keine Ansprüche gehabt und sich sogar stets seine Stiefel selbst gepußt habe.

Nochmals die Verteidigungsschrift.

Zeuge v. Zachevski hat vielfach in den Spielereien verkehrt. Auch er wird zunächst vom Vorsitzenden befragt, ob er die Verteidigungsschrift zu Gesicht bekommen und sich auf diese Weise natürlich habe informieren können. — Zeuge erklärt, daß er die Verteidigungsschrift allerdings in der Hand eines Zeugen gesehen und einen Blick hineingeworfen habe. — Dr. Schachtel protestiert gegen die Andeutung, daß die Verteidigungsschrift an Zeugen gelangt worden sei, um Zeugen zu informieren. Es handle sich um nichts weiter, als was die Staatsanwaltschaft gleichfalls gethan habe. — Oberstaatsanwalt: Hiergegen müßte wieder er protestieren. — Dr. Schachtel: Es sei doch festgestellt, daß Staatsanwaltschaftsrat Keller ein Exemplar der Verteidigungsschrift Herrn v. Mantuffel überlassen hat und sie dann an den Grafen Königsmark gelangt. — v. Mantuffel betont nochmals, daß ihm das fragliche Exemplar der Verteidigungsschrift ganz außerhalb der Akten rein privatim überlassen worden sei.

Ein junger Mitspieler.

Der Zeuge v. Zachevski hat als Schlüsselfeld seiner Teilnahme an den Spielabenden zu melden, daß er im ganzen 10 bis 12 000 M. verloren habe. Er habe fast immer nur bar und nie über seine Mittel gespielt. Es sei ihm nicht aufgefallen, daß die drei Angeklagten immer gewonnen, er habe überhaupt kein Mißtrauen gegen sie gehabt, ebenso wenig gegen Wolff, der als schwerreicher Mann und Bankier oder Rentier galt. — Auf Antrag des Oberstaatsanwalts, der bezüglich der Frage der Verhaftung der Angeklagten ein Interesse daran hat, wird auch diesem Zeugen das Protokoll seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter vorgelesen. Es geht daraus hervor, daß damals der Zeuge behauptet hat: v. Kröcher habe ihm eines Tages bei einer Begegnung gesagt: „Jetzt ist Montaldi schon in Wänden! Ich bin wieder der Dumme geworden und habe ihn noch über 700 M. herauszahlen müssen.“ Das Protokoll zeigt, daß der Zeuge damals ausdrücklich behauptet

hat, es sei sein Eindruck gewesen, daß Montaldi von den Angeklagten v. Kröcher und v. Kasper möglichst schnell weggeschafft worden sei. — Der Zeuge erklärt hierauf: Nach dem Ergehen des Urteils im „Tagebl.“ hatte damals alle möglichen Momente als verdächtig betrachtet, die möglicherweise sich unterdrückt waren. — Dr. Schachtel: Hat etwa Dr. v. Mantuffel vor Ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter mit Ihnen gesprochen gehabt? — Zeuge: Nein.

Mantuffels Bericht.

Auf Antrag des Dr. Schachtel wird sodann der Bericht verlesen, den v. Mantuffel an den Untersuchungsrichter gerichtet hat. Es heißt darin: Herr v. Zachevski bittet durch mich, nachträglich noch etwas mitzuteilen, was ihm später noch eingefallen ist. In dem Bericht wird dann weiter gemeldet, daß v. Kröcher dem v. Z. gesagt habe, er und v. Kasper hätten dem Montaldi 700—800 M. gegeben, um ihn über die Grenze zu schaffen. — Zeuge v. Z. bezieht, daß er überhaupt dem Zeugen v. Mantuffel eine solche Bitte ausgesprochen oder von „über die Grenze schaffen“ gesprochen habe. — Zeuge v. Mantuffel: Graf Königsmark habe ihm bei einem Gespräch mitgeteilt, daß dem Zeugen v. Z. noch nachträglich die Geschichte von den 7—800 M. eingefallen sei. Er habe diese so aufgefaßt, wie es in seinem Bericht stehe. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Die Vermutung, daß Montaldi „über die Grenze geschafft“ worden, sei doch gefliert von Zeugen Montaldi unter seinem Eide klar widerlegt worden. Dagegen können doch die Sentenzen, die der Zeuge v. Zachevski vor längerer Zeit auf Grund eines Zeitungsartikels ausgesprochen hat, gar nicht ins Gewicht fallen. — Oberstaatsanwalt: Das wird unbedingt zugegeben. Mit Rücksicht auf die ausgeworfenen Zweifel an der Notwendigkeit der Verhaftung ist es aber wesentlich, festzustellen, wie damals die Ansicht der am nächsten interessierten und den Angeklagten nachstehenden Kreise war. Zeuge Graf Königsmark erklärt auf Befragen, daß er mit dem Zeugen v. Zachevski über die Angelegenheit gesprochen habe. Er habe seines Wissens aber nur gesagt, daß v. Kasper und v. Kröcher dem Montaldi 7—800 M. gegeben hätten, aber daß er von einem „über die Grenze bringen“ gesprochen habe, entsinne er sich nicht. — Zeuge v. Zachevski entsinnt sich dieser Bemerkung ebenfalls nicht. — Oberstaatsanwalt: Herr Zeuge, hat Graf Königsmark Ihnen nicht erzählt, daß er einen Brief an von Kröcher geschrieben habe, des Inhalts, daß derselbe in den Verdacht des gewerbsmäßigen Glückspiels kommen könne? — Zeuge: Ja, aber ich kann mich des Inhaltes nur dunkel entsinnen. — Oberstaatsanwalt: Haben die Angeklagten v. Kasper und v. Kröcher mit Ihnen darüber gesprochen? — Zeuge: Ich glaube mich zu entsinnen, daß Herr v. Kasper sich mißbilligend über diesen angeblich schlechten Scherz des Grafen Königsmark ausgesprochen hat.

Kein Fallschpiel.

Der Vorsitzende richtet wiederum die Anfrage an den Oberstaatsanwalt, ob denn überhaupt noch der Gesichtspunkt des Fallschpielens, d. h. des Betruges, von der Anklage aufrecht erhalten oder fallen gelassen werde. — Oberstaatsanwalt Dr. Jeschke: Er habe durch eine ganze Reihe von ihm angeregter Feststellungen schon zu erkennen gegeben, daß er auf diesen Punkt kein Gewicht mehr legt, er könne aber offiziell nichts von der Anklage fallen lassen, müsse sich vielmehr das Weitere für das Plaidoyer vorbehalten. — v. Kasper läßt sich durch den Zeugen v. Zachevski bestätigen, daß niemand Herrn Wolff für einen gewerbsmäßigen Glückspieler gehalten hätten und daß folgender Gesichtspunkt besprochen worden sei: Wenn wirklich unregelmäßigkeiten vorgekommen wären, dann sei es im Interesse der 200 in die Sache verwickelten Offiziere und Beamten dringend geboten, dafür zu sorgen, daß die Artikel des „Tagebl.“ aufhören.

Ein Zusammenstoß.

Alsdann tritt Zeuge v. Mantuffel vor und erklärt mit erhobener Stimme: Es scheint, als ob ihm wieder unterstellt werden sollte, er habe wider besseres Wissen einen falschen Bericht an den Untersuchungsrichter geschickt. Dem müsse er auf das bestimmteste widersprechen; er habe aus der Unterhaltung mit dem Grafen Königsmark unbedingt den Eindruck gewonnen, daß v. Kröcher und v. Kasper den Montaldi über die Grenze geschafft haben. Er müsse dagegen protestieren, daß fortwährend die schwersten und ehrenkränklichsten Vorwürfe gegen ihn erhoben werden. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel beantragt, nochmals festzustellen, daß weder Graf Königsmark noch v. Zachevski Herrn v. Mantuffel etwas von „über die Grenze schaffen“ gesagt haben. Es kommt über diesen Antrag zu einer lebhaften Scene zwischen dem Vorsitzenden und Dr. Schachtel, worauf die Mittagspause eintritt.

Frida Vogt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung folgt die Vernehmung der Frau Frida Vogt. Sie giebt an, daß sie mit einem Hauptmann verheiratet gewesen sei. Die Ehe sei geschieden. Als sie in Frankfurt a. O. als Schaupielerin thätig gewesen sei, habe sie Herrn v. Kasper kennen gelernt und sei zu ihm in nähere Beziehungen getreten. Dann habe sie eine kurze Zeitlang beim Residenz-Theater in Berlin Stellung inne gehabt. Ein intimes Verhältnis sei sie erst im Sommer 1898 mit v. Kasper eingegangen. Sie habe damals ein Kapital von 15 000 M. besessen. Da die Zinsen nicht ausreichten, habe sie das Kapital angreifen müssen, jedoch sie gegenwärtig noch etwa 10 000 M. besitzt. Herr v. Kasper habe keine großen Anforderungen für sie gemacht, nur vorübergehend die Miete bezahlt. Sie habe auch in Gms Stellung gehabt, von dort habe v. Kasper sie abgeholt. Ebenso habe derselbe sie von Baden-Baden abgeholt, wo sie sich mit ihrer Schwester befand. Hier habe Herr v. Kasper ihre Rechnung beglichen. Dann sei sie etwa ein halbes Jahr in Elberfeld als Schaupielerin thätig gewesen. — Präsi.: Herr v. Kasper soll Sie dort häufig besucht haben? — Zeugin: Etwa alle drei Wochen. — Präsi.: Sie sollen damals sehr reiche Toiletten getragen haben? — Zeugin: Nein, wenigstens nicht auffallende. — Präsi.: Es wird behauptet, daß Herr v. Kasper Ihnen damals einen regelmäßigen Zufuß von monatlich 150 bis 200 Mark gegeben habe. — Zeugin: Der Zufuß war kein regelmäßiger. — Präsi.: Als Sie wieder nach Berlin kamen, haben Sie eine Wohnung in der Lüneburgerstraße bezogen? — Zeugin: Ja. — Präsi.: Wer hat die Wohnung eingerichtet? — Zeugin: Ich allein, von meinem Gelde. Ich hatte damals bei der Deutschen Bank ein Depot gehabt und habe dort noch heute ein Konto. Ich habe die Mobilien selbst bei Hoff für 4000 Mark gekauft. Die Zeugin bekennt weiter, daß sie in der Lüneburgerstraße zusammen mit Herrn v. Kasper gewirtschaftet habe. Er habe ihr einige Monate hindurch 400 Mark Wirtchaftsgeld gegeben. Die Wohnung habe 1500 oder 1600 Mark gekostet und von den 400 Mark mußte sie Miete und Wirtchaftskosten bestreiten. Herr v. Kasper habe ihr keineswegs große Geschenke gemacht, an ihrem Geburtsstage habe er ihr allerdings eine Brillantbroche und zu Weihnachten einen Brillantring geschenkt. Die Broche schätzte sie auf 400,—, den Ring auf 350 M. Am 1. Oktober habe sie die Gemeinschaft mit Herrn v. Kasper aufgegeben und sei zu ihrer Schwester gezogen. Wenn Herr v. Kasper durch Spielverlust in Verlegenheit geraten sei, habe sie ihm mit Geld ausgeholfen, freilich habe er gesagt, daß er sich auch an seine Mutter hätte wenden können. Zuletzt habe sie ihm 3000 Mark geliehen, die sie von der Deutschen Bank abgehoben habe. Herr v. Kasper habe keinerlei großen Aufwand getrieben, sondern sehr einfach und bescheiden gelebt. Er habe auch keinen intimen Verkehr mit den beiden Mitangeklagten gehabt; den Namen Wolff habe sie nicht einmal gehört, geschweige denn den Herrn Wolff gekannt. — Der Angeklagte v. Kasper richtet an die Zeugin die Frage, ob jemals in der Wohnung in der Lüneburgerstraße gespielt worden sei. — Zeugin: Nein, niemals! — v. Kasper: Ist der Zeugin bei ihrer Vernehmung gesagt worden,

ich hätte bereits gestanden, mit Herrn Wolff sehr intim gewesen zu sein? — Zeugin: Das hat mir Landgerichtsrat Herr gesagt. Es werden hierauf mehrere Offiziere vernommen, die mehr oder weniger oft mitgespielt haben. Der eine Zeuge v. Puttkamer befindet, daß Herr v. Kröcher einmal einen „sehr netten Herrn“ anwesend hatte, den er in das Savoy-Hotel mitbrachte und als Herrn Wolff vorstellte. Wolff habe den Eindruck eines anständigen Mannes gemacht, zudem sei er ja durch Herrn v. Kröcher sanktioniert worden, so daß Verdacht gar nicht erregt werden konnte. Der Zeuge beziffert seine Spielverluste im ganzen auf 10 000 M., die er aber nicht etwa an die Angeklagten allein verloren habe. Besondere Beziehungen zwischen v. Kröcher und Wolff sind von dem Zeugen nicht beobachtet worden, dagegen wird bestätigt, daß Wolff bei dem Größungsbdiner bei einem ganz erheblichen Gewinn die Hälfte in die Pinte gelegt hat. Auch der Zeuge v. P. erklärt, wie schon verschiedene der Vorzeugen, daß in seiner ersten protokolllarischen Vernehmung manche Ausdrücke irritierter zu Papier gekommen seien, als sie nach der Sachlage verdienten.

Der Angeklagte v. Kröcher betont, daß nicht er den Zeugen v. P. nach dem Savoy-Hotel gewissermaßen „verschleppt“, sondern dieser ihn gefragt habe, wo an jenem Abend gespielt werde. — Der Zeuge bestätigt dies. — v. Kröcher: Es wird gesagt, Dr. v. Schulz habe sehr viel und insbesondere an mich 15 bis 20 000 M. in einer Nacht verloren. — Zeuge: Ich erinnere mich, daß Herr v. Schulz sehr riskante Spiele machte und die Mitspieler einmal völlig „rafiert“ hatte? — Der Zeuge erinnert sich, daß v. Schulz einmal gewonnen und einmal verloren hat.

Der Prinz von Koburg-Gotha.

v. Kröcher: Ist der Zeuge nicht der Ansicht, daß das Märchen, ich hätte von einem verstorbenen Prinzen eine enorme Summe gewonnen, mich in den fälschlichen Verdacht gebracht hat, ein gewerbsmäßiger Spieler zu sein? — Zeuge: Das Gerücht über den Gewinn ist auch mir zu Ohren gekommen. Ich habe Herrn v. Kröcher gefragt, ob etwas Wahres daran sei und er hat mir die Sache ganz anders dargestellt. Nach seiner Auffassung habe er mit dem Erbprinzen von Koburg-Gotha zusammen gegen einen Dritten gespielt und dabei sei der Koburger bei ihm in die Kreide geraten. — Oberstaatsanwalt: Ich muß bei dieser Gelegenheit erklären: Wir sit auf authentischer Stelle mitgeteilt worden, daß jenes Gerücht auf vollständigen Muths beruht, daß Se. Königl. Hoheit zu enorme Summen nie verloren hat und sich der höchste Verlust auf 3000 M. beziffert. Ich halte diese Nichtigstellung im Interesse des Andenkens Sr. Königl. Hoheit für notwendig.

Noch zwei Gedisse und Besse.

Zeuge Freiherr Ernst v. Gersheim, der seit 2 1/2 Jahren diesen Dingen ganz fern steht, giebt als Grund des Auszuges aus dem Victoria-Hotel an, daß der Wirt das Spiel nicht mehr erlauben wolle. Große Gewinne und Verluste seien nicht vorgekommen, bald habe der eine, bald der andere „bluten“ müssen. Aufgefallen sei ihm nichts. Der ihm wohlbekannte v. Kasper habe stets ein einfaches Leben geführt. — Auch diesem Zeugen wird seine frühere Aussage vorgelegt, worin es heißt: „v. Kasper habe über seine Verhältnisse gelebt.“ Der Zeuge will dies nur auf die Spielverluste bezogen haben. Auch in einem Brief an Herrn v. Mantuffel vom März er. hat Zeuge gesagt, v. Kasper habe Ausgaben gemacht, die seine Zulage bedeutend überschritten. Auch dies will er nur auf das Spiel bezogen wissen und meint, daß seine Aussage doch vielleicht nicht gerade so aufgenommen sei, wie er sie gemeint habe.

Graf von Bülow ist durch einen Herrn von der österreichischen Hofkapit vor drei Jahren in die Spielereignisse eingekleidet worden. Er hat Verluste bis zu 6000 M. gehabt. Etwas Verdächtigtes ist ihm nicht vorgekommen. Wolff sei ein fremdländischer Herr gewesen, der viel von seinen Reisen in Japan und China erzählt habe. — Präsi.: Im Zuchthaus ist er auch gewesen, davon hat er wohl nichts erzählt? — Zeuge: Nein. (Seitervort.)

Darauf wird die Verhandlung bis Mittwochmorgen 9 Uhr vertagt.

Zum 25 jährigen Jubiläum des Welt-Postvereins.

Am 9. Oktober 1874 wurde in dem Ständehaus zu Bern der Allgemeine Postvereins-Vertrag unterzeichnet. 22 Staaten hatten sich damals zum Verein zusammengethan, der sich anfangs „Allgemeiner Postverein“ nannte, aber bereits 1878 sich „Welt-Postverein“ nennen durfte. Alle Länder, die überhaupt ein geordnetes Postwesen besitzen, sind nach und nach in den Kreis des Welt-Postvereins einbezogen worden. Von allen Antarktisstaaten steht heute nur noch China außerhalb des Vereins, doch ist auch deren Beitritt auf dem letzten Postkongreß angebahnt und vorbereitet worden. Mit China wird der Welt-Postverein ein Gebiet von 11 1/2 Millionen Quadratkilometer mit 136 Millionen Bewohnern umfassen.

Das Archiv für Post und Telegraphie bringt zum 25. Jahrestage der Begründung des Weltpostvereins eine Uebersicht über die Entwicklung desselben, über die fortschreitenden Verbesserungen, die er dem internationalen Verkehr gebracht. In den 22 Staaten, die den Allgemeinen Postverein begründeten, bestanden nicht weniger als 1264 Briefpostämter. Der Weltpostverein hat einheitliches Porto festgesetzt. Die wichtigste Vorbedingung hierzu war die Freiheit des Transits innerhalb des gemeinsamen Vereinsgebietes, die durch den Vertrag festgesetzt wurde. Früher ließen sich die einzelnen Regierungen das Durchgangsrecht nach dritten Ländern bezahlen, und zwar meist recht beträchtlich. Dieses händliche Verkehrsverhältnis hat der Weltpostverein beseitigt. Die Unentgeltlichkeit des Transits hat er freilich bis jetzt noch nicht erreichen können. Indessen sind die Entschädigungen demnach herabgesetzt worden, daß sie keine verschiedene Tarifierung mehr erforderten.

Der größte Schritt zur Ermöglichung einer ungehemmten Entwicklung des Weltverkehrs wurde aber durch die Lösung der Abrechnungsfrage gethan. Es wurde einfach der Grundgedanke aufgestellt: jede Abrechnung über Porto kommt in Regelfall: jede Verwallung behält unverzinst die Beträge, die sie an Porto vereinnahmt. Man ist dabei von der sehr richtigen Erkenntnis ausgegangen, daß die Anzahl der Postleistungen hin und zurück im wesentlichen dieselbe ist, daß der Verkehr also für den einzelnen Staat eine Selbstregulierung mit sich bringt, die jeden unständlichen Abrechnungsapparat überflüssig macht.

Es ist unmöglich, hier alle die einzelnen Vorteile aufzuzählen, die der Weltpostverein dem internationalen Verkehr gebracht hat. Sie sind so groß und so grundlegend, daß man heute, nachdem sie sich durch 25 Jahre eingelebt haben, den primitiven Zustand vor dem nur schwer sich mehr vorstellen kann. Nur ein Punkt ist noch besonders hervorzuheben: nämlich die Einwirkung des Weltpostvereins auf den inländischen Postverkehr. Nach dem Weltpostvereins-Vertrage bleibt die interne Gesetzgebung jedes Landes zwar vollständig unberührt. Es liegt aber auf der Hand, daß jede Verbesserung im Weltpostverkehr auch eine Verbesserung im Inlande nach sich ziehen mußte, da die öffentliche Meinung eine Benachteiligung im Innern nicht lange dulden konnte. So entstand allmählich eine Homogenität, wenn sie auch noch nicht vollkommen durchgeführt ist. So z. B. besteht jetzt noch die Bestimmung, daß Manuskript-Sendungen zu ermäßigtem Porto (Geschäftspapier) nur nach dem Ausland zulässig sind, so daß man also ein Manuskript von Berlin nach Paris um einen geringeren Preis hinsenden kann, als nach Charlottenburg. Doch hat bei Beratung der neuen Postgesetze Herr v. Pöblich bereits die Abstellung dieser Anomalie in Aussicht stellen müssen.

Ueberblickt man die Leistungen der 25 Jahre, so wird man bei aller Anerkennung sich doch nicht verhehlen können, daß zu einem wirklich idealen Weltpostverkehr erst der Grund gelegt ist. Vor allem notwendig erscheint uns eine internationale Regelung desjenigen Verkehrs, dem die Zukunft gehört: des Telegraphen- und Telephonverkehrs. Inzwischen konventionell freilich, denen man eine allzu große Verkehrserschwerung überhaupt ja nicht nachsehen kann, ist vielleicht jetzt schon zu viel geschehen. Vor allem will ihnen die ideale Bedeutung des Weltverkehrs, die geistige Annäherung der verschiedenen Nationen und die dadurch erleichterte Interferenzsolidarität der gleichen Klassen in den verschiedenen Staaten, gar nicht gefallen. Die „Kreuz-Ztg.“ macht in ihrem Jubiläumartikel über diesen Punkt einige sehr scharfe Bemerkungen und meint, daß eine wirtschaftliche Einigung der Nationen „vorläufig keineswegs als ein wünschenswertes Ziel“ erscheint. Nun, zum Glück ist die Entwicklung des Weltpostvereins nicht in die Hände der preussischen Agrarier gelegt. Und so wollen wir dem hoffen, daß er auch künftighin, und vielleicht noch in diesem Jahrigen Tempo, seine über den ganzen Erdball sich erstreckende Kulturmission zu erfüllen bestrebt sein wird.

Partei-Nachrichten.

Militärboykott. Der Wirt des Schützenhauses in Billau bei Waidau (Sachsen) hat zwar in seinem Lokal den „Vorwärts“ und das „Sächs. Volksbl.“ aufsteigen, weil bei ihm außer anderem Publikum auch Sozialdemokraten verkehren, hat aber seinen Saal den Genossen zu Versammlungen verweigert. Trotzdem ist ihm jetzt die Militärpflicht, die er bisher immer erhalten hat, verweigert worden. Der Wirt wird seiner Existenz wegen nun auch die sozialistischen Blätter entfernen müssen und der Staat ist wieder einmal gerettet.

Arbeiterunterdrückung in Finnland. Obwohl die finnischen Kapitalisten zur Zeit doch lernen lernen, wie Unterdrückung, Demütigung berechtigter Bestrebungen wehthut, sind sie doch darauf aus, ihren Arbeitern noch die wenigen Rechte zu schmälern, die sie dort haben. So haben neulich die größeren Arbeitgeber in Helsingfors eine geheime Versammlung abgehalten, von der in die Presse natürlich keine Berichte gedrungen sind, in der aber beraten wurde über „Maßnahmen gegen die wachsende Organisation der Arbeiter“. Die erste Folge dieser Versammlung ist, daß zwei Arbeiter entlassen sind, die beiden Vorstandsmitglieder des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes. Als sie fragten, warum sie gekündigt würden, sagte man ihnen rund heraus: „Das wißt Ihr wohl selbst!“ Wenige Tage später erhielten weitere Mitglieder des Lokalverbandes, „wegen mangelnder Arbeit“ den Abchied.

In Kofka hat der Magistrat die Herausgabe eines sozialistischen Blattes unmöglich gemacht, weil unsern Parteigenossen Pyllos, der ein solches begründen wollte, die notwendige Konzession verlangt wurde: „Es fehle ihm an der Bildung“, auch sei er ein „Volksaufwiegler“. Das zu einer Zeit, da alles jammernd über die Unterdrückung der Presse durch die Regierung.

Natürlich hat auch unsere Partei unter der russischen Unterdrückung zu leiden. So ist unser Hauptorgan „Työväen“ auf vier Monate „eingezogen“, weil es einen Artikel gegen die Arbeitgeber brachte, die russische Arbeiter als Streikbrecher importierten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Der frühere Redacteur des „Delmenhorster Volksblattes“** Aug. Meiner, wurde in der Berufungsinstantz von der Strafkammer des Oldenburger Landgerichts unter Aufhebung des auf 14 Tage Gefängnis lautenden Urteils des Delmenhorster Schöffengerichts zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Das „Delmenhorster Volksblatt“ hatte im Mai d. J. anlässlich des dortigen Formelstreiks die Eisenhütten von Woburn etwas unter die Lupe genommen, infolgedessen sich der Besitzer beleidigt fühlte.

— **Vom lieben groben Unfug.** In der „Thür. Tribüne“ war vor Zuzug von Schlossern nach Weimar gewarnt worden. Dafür erhielt der Redacteur, Genosse May, durch amtserichtliches Strafmandat 1 Woche Gefängnis. Er legte Verweisung hiergegen ein und beantragte richterliche Entscheidung. Das Gericht verurteilte ihn zu 50 M. Geldstrafe; es nahm „groben Unfug“ an, weil damit die Bevölkerung „beunruhigt“ worden sei. Selbstverständlich wird Verweisung eingeleitet, die ohne Zweifel auch Erfolg haben wird angesichts der Urteile, welche von höheren Instanzen in dieser Frage gefällt worden sind.

— **Ein arger Sünder** ist der Genosse Feldmann, Redacteur des „Proletarier“ aus dem Calenbergerge. Er hat demnach noch drei Monate Gefängnis abzumachen. Einziglich dieser Strafe ist Feldmann als Redacteur des „Proletarier“ mit insgesamt 30 Monaten Gefängnis bestraft worden. — Ein Beweis, daß sozialdemokratische Preshänder durch das Gefängnis nicht „gebessert“ werden können.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Vergolder hatten kürzlich beschlossen, die Anerkennung eines Minimallohnes von 24 M. und Erhöhung der bisherigen Löhne um 10 Proz. von den Arbeitgebern zu fordern. In einer am Sonnabend stattgehabten öffentlichen Versammlung wurde berichtet, daß Verhandlungen zwischen der Gehilfenkommission und dem Züningsvorstande stattgefunden haben, daß letzterer sich aber nur zu einer 6-prozentigen Lohnerhöhung und Anerkennung des Minimallohnes von 24 M. an leistungsfähige Gehilfen bereit erklärt hat. Die Versammlung beschloß, an der ursprünglichen Forderung von 10 Proz. festzuhalten. Die Kommission wird sich nochmals mit der Zünung in Verbindung setzen, und von dem Ausfall der erneuten Verhandlungen wird das weitere Vorgehen der Gehilfen abhängig gemacht werden.

Die **Lohnbewegung der Puger** kann, wie aus den Darlegungen der Kommission in einer Versammlung der Puger am Sonntag hervorgeht, als durchaus gelungen angesehen werden. Jetzt kommt es darauf an, sich die Ertragskapitalisten für die Dauer zu erhalten. Da dies aber nur möglich ist durch eine starke und leistungsfähige Organisation, da es aber immer noch Kollegen gebe, die sich den Forderungen gegenüber der Allgemeinheit zu entziehen suchen, so soll auf den Bauten eine regelmäßige Kontrolle darüber geübt werden, ob die Kollegen auch ihren Organisationspflichten nachkommen. Weiter soll streng darauf geachtet werden, daß nicht — wie es mehrfach vorgekommen sei — durch Unterzeichnung von Sonderverträgen seitens der Arbeit annehmenden Kollegen die Forderungen der Puger umgangen werden. Vor allem aber müsse darauf gehalten werden, daß die Bezahlung der Hilfsarbeiter auch wirklich durch die Unternehmer erfolgt.

Achtung, Holzbildhauer! In den wegen Nichtbewilligung der Forderungen bereits als gesperrt bekannt gegebenen Firmen ist noch die folgende getreten: Hühne u. Krämer, Kraussstr. 52. Die Lohnkommission.

Achtung, Koffermacher, Täschner, Sattler! In der Werkstatt von Einbrodt u. Halb, Alte Jakobstr. 86, legten 10 Mann die Arbeit nieder wegen Verweigerung eines Kollegen, der die Interessen seiner Kollegen wahrnahm, indem er um Abstellung einiger Uebelstände vorstellig wurde. Zuzug ist fernzuhalten. Die Lohnkommission.

An die Bäcker und Püfelmacher! Kollegen! In der letzten gut besuchten Versammlung habt Ihr Euch durch einstimmige Annahme einer Resolution verpflichtet, Mann für Mann dem Deutschen Holzarbeiter-Verband beizutreten. Wir erwarten nun von Euch, Kollegen, daß Ihr diesem Versprechen nachkommt. Ferner sei noch auf die am 1. Juli d. J. in Kraft getretene Bundesrats-Verordnung hingewiesen, welche zum Schutze aller in der Bäcker- und Püfelindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erlassen worden ist. Bis heute ist von den Wirkungen derselben noch nichts

zu merken, es ist daher Pflicht aller Kollegen, für volle Durchführung dieser Bestimmungen Sorge zu tragen. Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Für die **Rahmspanner** sind die nachfolgenden Firmen noch immer gesperrt: Wagenrecht, Stiede, Günther und Soldwedel und Schulze-Charlottenburg. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

An die Arbeiter Deutschlands! Bei der Firma Lejoh & Brüder, Boghagen 10, Rummelsburg bei Berlin, sind sämtliche Arbeiter gemahrgelagt worden. Dieselben erlaubten sich die Dreifügigkeit, am 9. d. M. vormittags dem Inhabergewer Herrn Lejoh folgende Forderungen zu unterbreiten. Die Päder genannt Meister haben einen Verdienst von 20,58 M. pro Woche und forderten 24 M. Die Bodenarbeiter erhielten 17,58 M. und forderten 21 M. pro Woche; anßerdem hauptsächlich menschenwürdige Behandlung, da die Herren Expedienten Vermann und Stagli Ausdrücke wie: „Haule Wunde, freche Gesellschaft, Gefindel usw. als stehende Nebenart ihren Arbeitern gegenüber sich geliateten. Außerdem wurde Abschaffung der Ueberstunden sowie der Accordarbeit gefordert. Die Arbeit bei obiger Firma ist eine äußerst anstrengende und ungesunde; aus aller Herren Länder werden die Rohprodukte, Lumpen u. s. w. nach Bohagen transportiert, um dort sortiert und verpackt zu werden. Die Arbeitskräfte sind also demnach bedeutend billiger in Deutschland als wie in Rußland und anderen Staaten, denn hier werden die Rohprodukte nur verarbeitet, verpackt und wieder zurückgeschickt. Die betreffenden Arbeiter können nur fünf bis sechs Jahre in diesen Betrieben beschäftigt werden, da sich dann besondere Berufsunktionen wie Schwindel und andere herausstellen, welche durch den Lappenstand erzeugt werden. Rot, Krampfhals und Gland ist bei diesen Arbeitern beständiger Gast. Die Herren Chefs leben im größten Wohlstand, bewohnen in den besten Vierteln Berlins Villen und führen einen äußerst ausgedehnten Hausstand, so daß also der Verdienst ein sehr großer sein muß. Am Montagvormittag war die Kommission, bestehend aus drei Arbeitern, sowie dem Vertreter des Verbandes aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend, dem sämtliche ausgesperrten Arbeiter angehören, vorstellig. Den Mitgliedern der Kommission erklärte Herr Lejoh, daß er nicht bereit wäre, auch nur ein Jota von den Forderungen zu bewilligen.

Am Abend desselben Tages wurden sämtliche Arbeiter gemahrgelagt. Die Organisation verweigerte wiederholt friedlich zu verhandeln, ihr wurde jedoch in brutaler Weise der Weisheit, daß die Firma sich reichlich Arbeitskräfte aus Königsberg i. Pr. beschaffen würde. Die Stimmung unter den Aussperrten ist eine vorzügliche und glauben dieselben nicht, daß es möglich sein wird, Ersatzkräfte von Königsberg herbeizuschaffen.

Alle interessierten Arbeiterkreise werden dringend gebeten, Zuzug fernzuhalten.

Der Vertrauensmann aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands.

Alle Arbeitererzeugnisse werden um Abdruck gebeten.

Die **Gewerkschaften Altonas** haben beschlossen, ein Arbeitersekretariat zu errichten. Zur Deckung der Unkosten hat jedes Mitglied der Gewerkschaften wöchentlich 2 Pf. beizutragen.

Zufang und Brust. Bochum, 8. Oktober. (Fig. Ver.) Das Tischnach zwischen Zufang & Brust, dem Leiter der „Westfälischen Volkszeitung“, und Brust, dem Führer des christlichen Gewerksvereins, ist nach den neuesten Kundgebungen des „Verghaupten“ und der oben genannten Zeitung vollständig zerfallen, was jeder aufrichtige Freund der deutschen Bergarbeiterbewegung nicht bedauern wird. Die neueste Nummer der „Westf. Volksztg.“ überschüttet Brust, der die Antwort auch niemals schuldig bleibt, mit den größten Liebenswürdigkeiten, beklagt ihn, daß er Material zur Zuchtshausvorlage liefert, weil er für Bekämpfung solcher Arbeiter eingetreten, die sich keiner Organisation anschließen wollen. behauptet weiter, daß er „socialdemokratische Purgeldbäume“ schlage, und stellt fest, daß zwischen dem socialdemokratisch-anarchistischen Gebahren des Herrn Brust und der katholisch-christlichen Auffassung der Koalitionsfreiheit eine abgrundtiefe unüberbrückbare Kluft vorhanden sei. Zum Schluß bricht sie in einen herzberührenden Stoßseufzer aus, der schon mehr einem Wamsstrahl ähnlich sieht. Sie schreibt: „Die Idee, einen Gewerksverein christlicher Bergarbeiter zu gründen, war ausgeklübelt; nur hätte man nicht den Bod zum Gärtner machen sollen. Wie die Dinge jetzt liegen, muß den katholischen Bergarbeitern dringend abgeraten werden, diesem Gewerksvereine beizutreten, so lange nicht in der Zeitung desselben und seines Organes gründlich Wandel geschaffen worden ist.“ Und das alles, weil Brust und der von ihm geleitete Gewerksverein in Knappschäfts- und Berg-Gewerkschaften-Angelegenheiten mit dem „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verband“ Hand in Hand geht. Aus obigen Ergüssen aber ersieht man deutlich die pläffische Unzulänglichkeit und die Gefährlichkeit der konfessionellen Verhegung für eine gesunde, erfolgreiche Arbeiterbewegung.

Der **Streik der Stempner und Installateure in Köln** ist infolgedessen beendet, als über die wenigen Geschäfte, die noch nicht bewilligt haben, die Sperre verhängt wurde.

In der **Beilegung des Kölner Zimmererstreiks** wird uns geschrieben, daß die Abmachungen vor dem Gewerbegericht nicht, wie ein großer Teil der deutschen Presse berichtet, bis 1903, sondern bis zum 1. April 1901 gelten.

Der **Krefelder Färberstreik** befindet sich noch immer auf dem alten Fied. Die Firma Wäschen u. Sohn verhält sich nach wie vor streifte abblehnend; die Aktiensfärberei hat wohl den Arbeitern das größte Entgegenkommen gezeigt, da aber bekannt, daß diese Firma mit Wäschen u. Sohn eng befreundet ist, so kann auch bei ihr die Arbeit nicht aufgenommen werden, weil dadurch die Firma G. Wäschen u. Sohn die Möglichkeit gewinnen würde, den an sie gestellten Anforderungen bezüglich der Färbung gefärbter Seide genügen zu können. Dieses müssen die Arbeiter aber unter allen Umständen verhindern, deshalb muß der Ausstand auch über die Firma Krefelder Seidenfärberei A.-G. fortbestehen. Mit allen möglichen Mitteln versucht man, einzelne Färber zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen und hierin werden sie von verschiedenen Seiten unterstützt. Sogar die Armenverwaltung fühlte sich veranlaßt, von auswärtig zugewandte und hier heimatsberechtigte Personen, welche um Unterstützung nachsuchten, mit der Begründung abzuweisen, daß in dem vom Streik betroffenen Betrieben Arbeit zu erhalten sei. Man vergißt von der Seite wohl, daß es unter den Arbeitern als edlos gilt, seinen kämpfenden Brüdern in den Rücken zu fallen und diesem Gefühle sollte man möglichst Rechnung tragen.

Die **Wahlen für das Gewerbegericht in Wetzlar**, welches mit dem 1. Januar 1900 in Tätigkeit tritt, hat mit einem vollständigen Siege der Gewerkschaften geendet. Von 131 abgegebenen Stimmen fielen 108 auf die Gewerkschaftskandidaten, während sich die vom Ortsverband der Gewerksvereine aufgestellten Kandidaten, die nur die halbe Liste ausfüllten, mit 23 Stimmen begnügen mußten. Auch die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Beisitzer aus den Kreisen der Arbeitgeber sind gewählt worden.

Der **Tredener Maurerstreik** hat wie vielleicht selten oder nie ein Streik vorher gezeigt, in welcher Weise man den Arbeitern das bisherige Koalitionsrecht zu verkleinern und dem Zuchtshausstrafe Rechnung zu tragen sucht. Dieser Streik, der etwa zehn Wochen dauerte und in seiner größten Ausdehnung ungefähr 3500 Personen umfaßte, hat nicht weniger als 18 Gerichtsverhandlungen gegen Streikende wegen angeblicher Streikvergehen zur Folge gehabt, in welchen 21 Personen abgeurteilt wurden. Und zwar erfolgte in allen Fällen eine Verurteilung und keine einzige Freisprechung. Man verurteilte diese 21 Streikführer zu insgesamt 2 Jahren 10 Monaten 8 Wochen Gefängnis,

6 Tagen Haft und 20 M. Geldstrafe. Die höchste Strafe betrug in zwei Fällen 5 Monate Gefängnis. Wegen Vergehens gegen den § 163 der Gewerbeordnung wurden 6 Personen zu 2 Monaten 10 Tagen Gefängnis verurteilt; das höchste Strafmaß betrug in diesen Fällen 1 Monat Gefängnis. Wegen „groben Unfugs“ — Streikpostenstreik — verhängte man über 3 Personen die angeführte Haft- und Geldstrafe. Im übrigen handelt es sich um Delikte, die auf Grund des Strafrechtsbuchs gesüht wurden, wie versuchte und vollendete Nötigung, Bedrohung, Hausfriedensbruch, einfache Verleumdung. In Bezug auf letzteres Delikt sei bemerkt, daß gerade deshalb die höchsten Strafen verhängt wurden. Man beurteilte 4 Personen — darunter 2 Streikleiter — mit je 6 Monaten — zu insgesamt 12 Monaten Gefängnis. Es handelt sich dabei um harmlose Schimpfereien, wegen welcher es sonst keinem Staatsanwalt einfallen würde, im öffentlichen Interesse Anklage zu erheben. Auf dem Wege der Privatklage werden solche Schimpfworte in der Regel mit einigen Mark Geldstrafe gesüht. Auch bei den übrigen Delikten handelt es sich um recht harmlose Dinge; irgendwie ernste Ausschreitungen sind nicht in einem einzigen Falle zu verzeichnen. Daran muß besonders hingewiesen werden, weil es sehr wahrscheinlich ist, daß man den Tredener Maurerstreik wegen der vielen Verhandlungen und scharfen Verurteilungen als abschreckendes Beispiel bei einer späteren Verurteilung der Zuchtshausvorlage hinstellen wird. Es sei nur daran kurz erinnert, daß die Angeklagten meistens ohne, in mehreren Fällen aber direkt gegen den Willen der angeklagten Verlegten verurteilt wurden.

Rußland.

Die **Metallarbeiter in Cuernon**, die seit vier Monaten im Ausstand sind, haben ein Telegramm an die Regierung geschickt, worin sie deren Schiedsgericht zur Beilegung des Ausstandes erbitten. Da Baldeck-Rousséan von Paris abwesend ist, so wurde dem Gesuch noch keine Folge gegeben.

In den **besiglichen Kohlenrevieren** machen sich wieder Ausstandsbestrebungen bemerkbar. In Lütich, Mons und Charleroi fanden in letzter Zeit viele Konferenzen statt, wobei sich die Arbeiter darüber beklagten, daß die Löhne nicht mit den Kohlenpreisen im Einklange ständen. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß noch im Laufe dieser Woche in einigen Gruben die Arbeit niedergelegt werden wird.

Sociales.

Mit der **Feuerbestattung** scheinen die kirchlichen Behörden Sachsen sich befreundet zu wollen. Die kirchliche Konferenz in Chemnitz beschloß folgendes:

„Indem die sächsische kirchliche Konferenz von der an ihren Vorstand gerichteten Mitteilung des evangelisch-lutherischen Landeskonfessionsrats zum Punkt 1 ihrer Tagesordnung gern Kenntnis nimmt, richtet sie an dasselbe das Gesuch: Das evangelisch-lutherische Landeskonfessionsrat wolle der nächsten Landesynode eine Vorlage zugehen lassen, durch welche die Beilegung der Feuertoten bei Trauerfeiern für solche, deren Leichen zur Verbrennung abgeführt werden, abweichend von den bisher bereits ergangenen Verordnungen und den im Widerspruch zu den evangelischen Grundsätzen stehenden Beschlüssen der Eisenacher Kirchenkonferenz geregelt wird bis zum Zusammentritt der nächsten Synode, aber schon jetzt anordnen, daß Schriftverlesung, Gebet und Hallen einer Rede als zur feierlicheren Thätigkeit des Geistlichen gehörend angesehen und darum diesem bei den oben angeführten Trauerfeierlichkeiten wieder gestattet werden.“

Vor Eröffnung der Diakonie teilte Herr Sup. Meyer mit, daß das evangelisch-lutherische Landeskonfessionsrat dem Vorstand der Konferenz mitgeteilt habe, daß die Frage der Feuerbestattung in der nächsten Landesynode wahrscheinlich zur Erörterung kommen werde.

Volksbildung und wirtschaftliche Entwicklung. Der Provinzialverein hannoverscher Volksschullehrer nahm auf seiner Versammlung, die vom 8. bis 6. Oktober in Wilhelmshaven tagte, nachstehende Resolution an: Die 19. Versammlung des Provinzialvereins hannoverscher Volksschullehrer hält eine Steigerung der Volksbildung für notwendig, weil letztere eine der vornehmsten Quellen aller weiteren Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet ist, indem sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Volkes erhöht, die materiellen Verhältnisse desselben befestigt und so unserm Volke eine gesicherte Stellung im Konkurrenzkampf der Nationen begründet.

Es ist darum durch zeitgemäße Ausgestaltung und Ausstattung der Bildungsanstalten dem Volke Gelegenheit zu geben, sich in jeder Weise bilden zu können.

Eine **Denkschrift über Altersversorgung städtischer Arbeiter** veröffentlicht der Breslauer Oberbürgermeister Bender. In derselben wird die moralische und materielle Pflicht der Kommune zur Pensionierung der städtischen Arbeiter durchaus anerkannt. Die Gründe, welche das Recht auf Pension den festangestellten Gemeindecamern gesetzlich zubilligen, treffen, wie die Denkschrift ausführt, am weitestgehenden auch bei den lange dienenden Arbeitern zu. Die Pensionswürdigkeit, die beim festangestellten Beamten in der Regel durch eine mindestens zehnjährige Dienstzeit bewiesen werde, sei bei dem freien Arbeiter, der über zehn Jahre an derselben Stelle gearbeitet habe, sogar in besonders hohem Maße anzunehmen. Innerer Gründe für eine veränderte Behandlung abgeleiteter Arbeiter und abgeleiteter Beamten in Beziehung auf Altersversorgung liegen sich nicht beibringen. Eine Klar, dem einfachen Verstande erkennbare Grenze zwischen der Klasse der „Arbeiter“ und derjenigen der „Beamten“ — insbesondere der zu äußeren Dienstleistungen bestimmten Beamten — lasse sich nicht ziehen. Eine besondere moralische Verpflichtung zur Altersversorgung erwachse der Kommune aus dem Umstande, daß ein erwerbsunfähiger der öffentlichen Armenpflege anheimfallender städtischer Arbeiter durch Verlust gewisser öffentlicher Rechte eine Entminderung erfahre. Es widerspreche dem natürlichen Gefühle, wenn eine Gemeinde dem Beamten in ihrem Dienste seine Kräfte verbraucht hat oder verunglückt ist, das, was er weiter zum nützlichen Leben gebrauche, als Almosen und unter Kränkung seiner Ehre gewähre. Die Gemeinde habe als Arbeitgeberin besonderen Anlaß, in der Altersversorgung der Arbeiter den Privatarbeitgebern mit gutem Beispiel voranzugehen. Erleichtert werde diese Aufgabe durch die gesicherte Dauer der Stadt im Gegensatz zu der der Privatarbeitgeber und ebenso durch die so herbeigeführte Entlastung der öffentlichen Armenpflege.

Mit der anerkenntswürdigen theoretischen Begründung halten dann leider die in der Denkschrift niedergelegten praktischen Vorschläge des Breslauer Stadtoberhauptes nicht gleichen Schritt. Eine Statistik stellt fest, daß die Stadt Breslau im Jahre 1898 1492 Arbeiter ständig beschäftigte, von welchen 281 mehr als zehn Jahre in städtischen Diensten stehen. Die Zahl der nach mehr wie zehnjähriger Arbeit wegen Arbeitsunfähigkeit von der Stadt entlassenen städtischen Arbeiter wird auf 2 bis 4 Proz. der ständig beschäftigten Arbeiter geschätzt. Von den gutachtlich gehörten Verwaltungsdeputationen der Stadt Breslau hat eine sich grundsätzlich gegen die Altersversorgung städtischer Arbeiter ausgesprochen und zwar hauptsächlich wegen der einschneidenden Wirkungen auf das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber im allgemeinen, während andere eine solche befürworteten, jedoch nicht als Anknüpfungsrecht, sondern als von Fall zu Fall von der Stadt zu gewährendes Unterstützung. In dem in der Denkschrift aufgestellten Entwurf einer Altersversorgung städtischer Arbeiter hat der Verfasser denn auch letzteren Vorschlag acceptiert, die Altersversorgung soll nicht als Recht der städtischen Arbeiter, sondern als freie, wenn auch nach bestimmten Grundsätzen zu gewährendes Unterstützung der Stadt geordnet werden, auch jederzeit geändert oder wieder entzogen werden können. Für diese Bestimmung führt der Verfasser eine Reihe von Gründen an, die sich hauptsächlich auf bürokratische Bedenken stützen. So sollen für die bei Festsetzung der Pension zu wägenden Tatsachen vielfach die altertümlichen Beweise fehlen, z. B. für die Zeit des ersten Arbeitsantritts, für die viel-

fachen Veränderungen in Beziehung auf die Arbeitsstelle, Arbeitsdauer, Lohn, Gründe der Arbeitsunterbrechungen etc. Die Festsetzung eines klaren Rechts der Arbeiter mache die Schaffung eines Ortsstatuts nötig und bringe dabei und bei den etwa nötigen Abänderungen desselben die Stadt in Abhängigkeit von den Beschlüssen des Bezirksausschusses. Auch könne dann jeder Einzelfall Anlaß zu Prozessen gegen die Stadt geben.

Aus wöhlen diese bürokratischen Bedenken nur von ganz untergeordneter Bedeutung erscheinen. Wenn man den städtischen Arbeitern nicht gleich den Beamten ein klares Recht auf Pension zugesichert will, erscheint diese ganze theoretische, so hübsch begründete Altersversicherung nur wie eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln.

Tokales.

Das städtische Obdach

Ist seit einiger Zeit wieder so stark besetzt, wie seit langem nicht. In der Abteilung für nächtlich Obdachlose haben in den sechs Sommermonaten von April bis September dieses Jahres 120 808 Männer, 4583 Frauen, zusammen 125 391 Personen gemüthigt, während sich die Frequenz in demselben Zeitraum der Jahre 1898 und 1897 auf nur 103 992 und 88 003 Personen stellte. Eine gleich hohe Frequenz wie 1899 ist überhaupt noch niemals im Sommer beobachtet worden. Selbst in dem warmen August ist sie diesmal nur wenig unter 15 000 heruntergegangen. Auch in der Abteilung für obdachlose Familien ist die Frequenz in diesem Sommer bedeutend gestiegen. Am 1. Juli beherbergte diese Abteilung 39 Familien mit 147 Köpfen und außerdem 90 Einzelpersonen. Am 1. August waren 44 Familien mit 188 Köpfen im Obdach, am 1. September 51 Familien mit 205 Köpfen, am 1. Oktober 76 Familien mit 301 Köpfen, und die Zahl der einzeln aufgenommenen Personen stieg bis zu demselben Zeitpunkt auf 80. Diese Frequenz bleibt nicht mehr weit hinter derjenigen zurück, die überhaupt an einem Quartals-ersten beobachtet worden ist. Anzeichen hat die wachsende Steigerung der Mieten diesmal ungewöhnlich viele Familien ins Obdach getrieben.

Was soll geschehen, wenn die Obdach-Frequenz in derselben Weise weiter steigt? Vielleicht werden wir dann bald wieder davon hören, daß die Obdach-Verwaltung auf ihre Art für „Mißfälle“ sorgen will, daß sie nämlich versuchen will, den Zusätzen des Obdachs durch möglichst strenge Anwendung der sehr dehnbaren Hausordnung den Aufenthalt recht bald zu verleben. Das Mittel ist billig — es kostet einfach gar nichts — und es hilft. Anfang der 90er Jahre ist es schon einmal angewendet worden, und man hat damals recht gute Erfolge damit erzielt. Dieses Verfahren gewährt auch noch den besondern Vorteil, daß die Insassen des Obdachs, wenn sie sich nicht wie Gefangene behandeln lassen wollen und darum dem Obdach möglichst bald wieder den Rücken kehren oder ihm überhaupt fern bleiben, samt und sonders als faules, arbeits-scheues Gesindel hingestellt werden können, das einer anderen Hilfe von Gemeinde wegen weder würdig noch bedürftig sei.

Das königliche Rathaus, welches in nächster Zeit der Spitzhake zum Opfer fallen soll, weil es das Verkehrsinteresse der Stadt erfordert, stand bereits im Jahre 1442, zur Zeit, als die Verwaltungen der Städte Berlin und Köln getrennt wurden, auf seinem jetzigen Platze. Nach einem alten Holzstücke befand sich früher an der Ecke der Gertraudenstraße, ähnlich wie beim alten Berliner Rathaus, auch eine „Gerichtshalle“, vor welcher die Bürger zu Gemeindeversammlungen und an großen Gerichtstagen zusammenkamen. Im Jahre 1710 wurde nach dem Abbruch des alten Rathauses der Grundstein zu dem jetzt dem Abbruch geweihten Neubau gelegt; aber erst 1721 wurde letzterer in seiner heutigen Gestalt vollendet; er hat mithin ein Alter von 178 Jahren erreicht.

Während sich die Stadtverwaltung auch nach dem Neubau des königlichen Rathauses im Berliner Rathaus, an der Ecke der Königs- und Spandauerstraße konzentrierte, behielt doch der Stadtteil Köln sein Verwaltungsgebäude noch lange Zeit in der Breitenstraße. Dieses Gebäude hat dann im Laufe der Zeit den verschiedensten Zwecken gedient. Noch 1848 befand sich in dem Erdgeschoß eine Militärwache, welche dann durch die Bürgerwache abgelöst wurde, während oben bereits seit 1808 die Servis-Kommission ihre Thätigkeit entfaltete. Von 1780 bis 1824 wurde ein Teil der oberen Räume auch zu Schulzwecken verwendet. Die von den Franzosen bei ihrem Einzuge in Berlin geplünderte Montierkammer des Regiments Waldeck befand sich ebenfalls, und zwar im dritten Stockwerke des königlichen Rathauses. Auch der Justiz hat das alte Gebäude gedient, indem im Jahre 1806 die Zivilabteilung des königlichen Stadtgerichts dorthin verlegt wurde. Am 1. Oktober 1822 hielt auch die Stadtverordneten-Versammlung ihren Einzug in das königliche Rathaus, wofür sie im großen Saale des ersten Stockwerkes ihre Sitzungen abhielt.

Nachdem 1871 die Servis-Deputation verlegt worden war, diente das alte Rathaus noch den verschiedenartigsten städtischen Verwaltungen als Heimstätte, so befanden sich derselbst: die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke, der Stadtausschuss, das statistische Amt, die Gewerbe-Deputation, das Wahlbureau, das erste Standesamt, das Gewerbegericht, die Kirchen- und Schulabteilung und bis zuletzt das Märkische Provinzial-Museum.

Bei der Berliner Märzrevolution am 18. März 1848 hat das königliche Rathaus gleichfalls eine Rolle gespielt. Vor dem Gebäude hatte das kämpfende Volk eine der stärksten Barrikaden errichtet, welche heldenmüthig verteidigt wurde. Nachdem diese Barrikade nach schwerem Kampfe gefallen war, hatte sich, als das Militär anrückte, ein Teil der Barrikadenkämpfer in das königliche Rathaus geflüchtet; in dessen Räumen, besonders auf dem Boden sowie in dem Zuchzimmer dann die wühlende Soldateska ein wahres Blutbad unter den Flüchtlingen anrichtete. Von diesem Wüten der Soldaten wühlte auch der verdorbene damalige Direktor des königlichen Gymnasiums, Professor Dr. August, ein Lied zu singen: Einer seiner Feinde, v. Holzendorff, war vor seinen Augen erschossen, er selbst aber mit Kolbenstößen traktiert und schwer verletzt worden. Er gab seinem Jutrium darüber Ausdruck, indem er sich die Deckung aus den Verrenkungen von der Brust riß, und sie dem Führer der Militärpatrouille vor die Füße warf.

Der Ton von Berlin. Sehr erbaulich liest sich ein Berliner Ektendbild aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts in der „Grenzboten“, einer Wochenchrift jener Zeit. Der Verfasser sagt: Ich rede hier bloß von der Galanterie in den ersten Ständen — beim Pöbel bezeichnet man die Abtrünnigen vom ersten Naturgesetz der Liebe als Fiederlichkeit und Anzucht. Weiter heißt es dann: Wenn ein Mann von vorzüglichem Range eine Maitresse von Stande wählt, kann das nie anders als durch Jubilation eines handesgemäßen Unterhalts geschehen. Von beiden Seiten wird dafür gesorgt, daß so ein galanter Kontakt kein Geheimnis vor der Welt bleibt. Die galante Frau ist die höchste Begleiterin ihres Gelobten und wird von ihm an alle öffentlichen Orte mitgenommen. Bei allen Soupers werden sie zumangegeben und die Spielpartien immer so arrangiert, daß Chiquito à sa chacoane placiert wird. Man würde es für eine Beleidigung halten, wenn der Gesigter graufamerweise, was sich einmal gepaart hat, von einander reihen wollte. Treulosigkeiten in galanten Verbindungen sind so gut wie in der Ehe, werden aber mit mehr Voricht begangen, um nicht die willkürlich verabredeten Beibranten zu verlieren, da der Liebhaber leichter brechen kann als der Gemahl. Die galante Verbindung nach der Mode setzt einen förmlichen Kontakt voraus, Verjagung einer schön möblierten Wohnung, der dazu gehörigen Bedienten, Tafel- und Radelgeiger. Diese Zahlungen werden den Ehrenzahlungen auf den gleichen Fuß gerechnet wie Spielschulden. Die

galante Frau braucht indessen mehr, als ihr gemeinlich ausgekehrt ist, sie hat allerhand Bedürfnisse, vielleicht eine Kammerjungfer, die von kleinen Intimen die Vertraute ist, oder einen Livreebedienten — der nicht plaudern soll, oder eine ältere Freundin, die sonst für eigene Rechnung galant war und jetzt ein wenig kuppelt, oder nach der Modesprache „anständige Rendezvous“ veranstaltet und dafür belohnt sein will; für solche extraordinären Ausgaben werden auch extraordinäre Einnahmen erfordert und in dieser Absicht Substituten angenommen, welche die Stelle des deklarierten Gelobten in den Stunden vertreten, die er freiläßt. Frau von St. (der Name wird leider nicht genannt) befindet sich in diesem Fall. Sie angelt nach Nebenpartnern und begünstigt einen Fremden, von dem sie glaubt, daß er nicht umsonst verlangen wird, von einer schönen Dame beglückt zu werden. Ihre ältere erfahrene Freundin Frau v. R. übernimmt es, den blöden Cavalier zu unterrichten, daß er eine galante Eroberung gemacht, daß es ihm aber etwas kosten würde, weil die Dame Geld brauche. Der Cavalier ist unhöflich genug zu deklarieren, daß er auf Jumeigung zubiel Wert lege, um sie zu erlangen. „Aber — sagte Frau v. R. — das ist doch der Ton von Berlin!“ — Sehr viel schlechter ist er ja auch heute nicht.

In scharfen Auseinandersetzungen über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen kam es am Montag in einer Versammlung des freisinnigen Bezirksvereins vor dem Halleschen Thor, an der die Stadtverordneten Ulstein, Kreitzing, Liebenow, Mühlberger, Perls, Schöps, Drense, Pasquel und Wisse teilnahmen, Rechtsanwält Ulstein plazierte in seinem einleitenden Referate die im Vordergrund stehenden Kommunalfragen — Straßenbahnen, Schulnot, Schloßplatzveränderung, Besteuerung der Warenhäuser, Verbilligung des Gases u. s. w. — und betonte dabei, daß die Auswahl unter den Kandidaten, die zur Nebnahme eines so verantwortlichen Amtes als Stadtverordneter bereit seien, immer schwieriger werde. Daher komme es auch, daß vielfach Männer im roten Hause säßen, die mehr als Ländebüher, denn als wirkliche Vertreter der Bürgerchaft anzusehen seien. Wenn in einer Versammlung vor dem Potsdamer Thor kürzlich von 32 Wählern aus zwei Bezirken sechs neue Stadtverordnetenandidaten aufgestellt seien, so komme das Verfahren seiner Wahl, sondern lediglich einer Ernennung gleich. (Zehnfacher Verfall.) Auf das vielerschwärzte Wahlkartell übergehend, erklärte Redner unter Zurückweisung der in der „Frei. St.“ gegen ihn gerichteten Polemik, daß sich eine Kritik dieses Kartells erübrige, nachdem die „Reue-Fraktion der Linken“ in einem Beschlusse energisch dazu Stellung genommen habe.

In der Debatte wandte sich Maschinenbauer Schumann in sehr scharfer Weise gegen die Fraktion Spinola-Weyer, der sich unbegreiflicherweise auch Kreitzing in die Arme geworfen habe. Gleichzeitig beantragte er Bewilligung von 300 M. zu Agitationszwecken. Bei der jetzigen Laubzeit in der Agitation werde man es noch dahin bringen, daß die Handvoll Arbeiter, die heute noch freisinnig wählten, der Sozialdemokratie zufließen. (Sehr richtig!) Kaufmann Cohn erklärte, daß sein Bezirk bereits 3 neue Kandidaten für die 2. Abteilung nominiert habe und sich auf weitere Kandidaten nicht einlassen werde. (Rufe: Wahlmache.) Stadtv. Liebenow verteidigte die Kartellidee, die wohl überlegt und im Interesse der freisinnigen Partei verwilligt sei. (Große Unruhe.) In der weiteren Debatte, die teilweise einen sehr heftigen Charakter annahm, beteiligten sich noch Stadtv. Perls, Heinz Strieger, Mühlberger und Schürmayer, worauf 100 M. zu Agitationszwecken aus der Vereinskasse bewilligt wurden.

Auf der Straßenbahnlinie Dinstaplatz-Mauselstraße ist gestern der elektrische Betrieb ausgenommen worden. Die Wagen folgten sich in Abständen von sechs Minuten, die Fahrzeit ist um vier Minuten verlängert worden.

Die Direktion der Neuen Berliner Nachtomnibus-Linien beabsichtigt, ihre bisher vom Stettiner Bahnhof bis Kottbuser Thor betriebene Linie bis nach Misdorf (Hermanns-Platz) zu verlängern. Die Wagen sollen in Zwischenräumen von 15 Minuten von 11 Uhr bis 4 Uhr 45 Min. verkehren.

Mit Geld lassen sich manche Schandthaten „gut machen“. Diese Plätter melden: Die Mißhandlung des Dienstmädchens Johanna Tiffat durch ihren Dienstherrn, den Kaufmann Kraus, dürfte kaum das Gericht beschäftigen. Es ist ihr nicht nur eine Lohn- und Kost-Entschädigung bewilligt worden, sondern der Vertreter des Dienstherrn, Justizrat Kleinholz, hat im Namen desselben dem Mädchen noch eine Entschädigung von 600—700 M. zugesichert, die nach Ablauf der Verjährungsfrist, also wenn das Mädchen endgültig darauf verzichtet haben wird, einen Strafanzug zu stellen, ausbezahlt werden soll.

Das Mädchen war von dem Kaufmann beunruhigt in einer aller Sittlichkeit Hohn sprechenden Weise mißtraktiert worden. Trotzdem scheint es, daß auch die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten keinen Anlaß gefunden hat.

Nach amtlichen Ermittlungen betrug der Preis für Roggenbrot für 1 Kilogramm in Pfennigen (im Durchschnitt von 34 Bäckereien) am 16. August 24,41 Pf., der niedrigste Preis 18,73 Pf., der höchste Preis 30,90 Pf., am 4. September 24,14 Pf., der niedrigste Preis 18,18 Pf., der höchste Preis 29,41 Pf.; für Weizenbrot (Schrippen) für 1 Kilogramm in Pfennigen (im Durchschnitt von 34 Bäckereien) am 16. August 42,05 Pf., der niedrigste Preis 32,26 Pf., der höchste Preis 48,08 Pf., am 4. September 40,72 Pf., der niedrigste Preis 31,15 Pf., der höchste Preis 47,85 Pf.; für Roggenmehl Nr. 0/1, zur Hälfte brutto mit Saal, guter Durchschnittsbeschaffenheit, ab Speicher oder Schiff für 100 Kilogramm 19,02 M.; für Roggen guter Durchschnittsbeschaffenheit, ab Speicher oder Schiff, für 100 Kilogramm 143,96 M.; für Weizen guter Durchschnittsbeschaffenheit, ab Speicher oder Schiff, für 100 Kilogramm 154,37 M.

Die unmittelbare Fernsprechverbindung zwischen Berlin und Stuttgart wird in der zweiten Hälfte dieses Monats dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Bis jetzt kann die Verbindung zwischen Berlin und dem in Stuttgart centralisierten Fernsprechnetz Württemberg nur über Frankfurt a. M. hergestellt werden.

Straßensperrung. Die Genthinerstraße von der Kurfürstenstraße bis zur Lipowitstraße wird behufs Einbaues von Straßenbahn-Gleisen bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Der Buchhalter Georg Bewerdorfer, der kürzlich ge worden war, nachdem er dem Holzhändler Stolz hier 12 000 M. unterschlagen hatte, ist gestern in Wien verhaftet worden. 7100 M. wurden noch bei ihm vorgefunden. Bewerdorfer lebte in Wien unter dem Namen Johann Sanders.

Die Friedrich-Werderische Ober-Realschule begehrt am 18. Oktober die Feier ihres 75-jährigen Bestehens. Hervorragende Gelehrte, wie Dr. Alben, Prof. Wilmann, der Verfasser der geflügelten Worte, der Chemiker Wöhler, der Mathematiker Steiner, der Botaniker v. Hanstein haben an dieser Schule gelehrt. Die ehemalige Schulleiter veranstalten am 18. Oktober im Hotel Krebs, Riederwallstr. 11, eine Festschicht.

Auf einem Irrtum beruht glücklicherweise die Mitteilung, daß der in Vertriebe von Max Krause, Benthstr. 7, verunglückte Arbeiter Matterns-Wil gestanden sei. Der Unternehmer Herr Krause berichtet diese uns aus dem Kollegenkreise des Verunglückten zugegangene Mitteilung „auf Grund des Befragtes“ dahin, daß alle Ansätze vorhanden sei, daß es den Ärzten gelänge, das verletzte Bein wieder herzustellen. Herr Krause leidet sich in seiner nicht von sehr großer Gesehenswürdigkeit zeugenden Rücksicht im Hinweis auf den Berichtigungsparagraphen dann noch die folgende unpassende Bemerkung: „Ich möchte noch den Wunsch hinzufügen, Ihren Reportern zu empfehlen, genaue Entschuldigungen einzugeben, ehe Sie derartige weittragende Sätze in Ihrem Blatte aufnehmen.“ Diese Ermahnung ist auch dann überflüssig, wenn sie, was wir hoffen, nicht ein Produkt des Vergessens darüber ist, daß wir

von dem Unglücksfall im Betriebe des Herrn Krause der Dessenlichkeit Kenntnis gegeben haben.

Der Fernsprech-Verkehr mit Meißnerode, Voigtburg (Elbe), Dörschütz (Sax.), Lohne (Oldenburg), Neustadt (Oberstf.), Salzingen, Schladerm (Sieg) und Wölple (Provinz Sachsen) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt je 1 M.

Als „Passage-Theater“ ist der große Saal im Passage-Panoptikum gestern nach vollendeter Renovation wieder eröffnet worden. Der früher schon prächtige Raum hat durch den Umbau um vieles gewonnen. Er ist mit Podium und Logen versehen und geschmackvoll in hellen Tönen ausgemalt. Besondere Erwähnung verdient die elektrische Beleuchtung, bei der es der Künstlerhand gelungen ist, auch die Vogenlampen mit passenden Ornamenten zu umgeben. Dadurch ist der Beweis erbracht, daß die fabrikmäßig nächsteren Rahlheit, die diesen Beleuchtungsapparaten meist noch anhaftet, keineswegs ein unvermeidliches Uebel ist. Die Bühne selber ist, den Anforderungen der Sicherheit und Zweckmäßigkeit entsprechend, neu hergestellt und mit Dekorationen und Vorhang von Adelst versehen. Auch das Treppenhaus ist praktisch erneuert worden. Die übrigen Räume sind vielfach um neue Sachfiguren und Gruppen bereichert, zu denen nächstens ein anatomisches Museum und eine Schumannier von 200 Sachfiguren, die Katalombe der Kapuzinerinönche zu Palermo“ hinzukommen wird.

Die Vorstellungen im Theater entsprechen dem Programm einer guten Varietébühne. Aus der Schaar der Artisten seien besonders der englische Verwandlungskomiker Fripp, die Ueberle-Trippe, die Luftkünstlerinnen Victoria und Maritana, sowie die komischen Turner Estrado hervorgehoben. Ein Humorist mit originellem Programm ist Herr Willy Prager.

Orgelkonzert. Herr Musikdirektor Otto Diemel, Hr. V. V. Schot, Hr. Anna Schell, der Cellist Hr. Felix Meyer und Hr. Ad. Bette führen den Orgelkonzert in der Marienstraße am Mittwoch, 11. Oktober, mittags 12 Uhr aus. Bach, Händel, Stradella, Mendelssohn, R. Schumann, Hiller, Rheinberger, Golltermann und Diemel sind auf dem Programm vertreten; von letzterem wird ein neues Andante grazioso gespielt. Der Eintritt ist frei.

Gerihts-Beitung.

Berliner Schulleute. Wegen verjuchter Gefangenen-Befreiung bezu. Körperverletzung hatten sich die Maurer Lehmann und Hoffmann gestern vor der 134. Abteilung des Amtsgerichts I zu verantworten. In der Nacht zum 4. September d. J. mißhandelte der Angeklagte Hoffmann an der Ecke der Birken- und Perlebergerstraße den Arbeiter Wende, den er irrtümlich für einen andern hielt. Wende wandte sich an den Schuttmann Baywald und dieser stiftete unter Beihilfe eines anderen Schuttmannes den Hoffmann zur Wache. Zwölf bis fünfzehn Personen folgten. Unterewegs soll Lehmann, der neben dem Transport ging, den Schuttmann Baywald — nach dessen Behauptung — mit den Worten am Arm gefaßt haben: „Lassen Sie den Mann los!“ Baywald zog darauf, wie er selbst zugibt, sofort seinen Säbel und brachte mit diesem dem Lehmann im Gesicht eine stark blutende, klaffende, bis auf den Wadenknochen gehende Wunde bei, die die Wache geradezu in zwei Hälften teilte und heute noch deutlich sichtbar ist. Um den Namen des Beamten zu erfahren, begab sich Lehmann selbst in Begleitung von Bekannten zur Wache. Das Ende vom Liede war, daß gegen die beiden Angeklagten Anklage erhoben wurde. Lehmann bestritt ganz entschieden, den Baywald angefaßt zu haben; er habe ihm nur, als er den auf dem Transport noch immer nach Wende schlagenden Hoffmann vor die Brust stieß, zugerufen: „Mann, vergessen Sie sich nicht, Sie sind Beamter.“ Dasselbe bestritt die Zivilzeugen im Gegensatz zu Baywald. Rechtsanwält Dr. Schöps führte aus, daß hier einer der Lehmann jetzt so oft vorkommenden Fälle vorliege, wo Beamte ihre Befugnisse überschreiten, und beantragte nicht nur die Freisprechung Lehmanns, sondern auch die Nebnahme der Verteidigerkosten auf die Staatskasse. Der Gerichtshof sprach Lehmann frei, wies aber den Kostenantrag zurück. Hoffmann wurde zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Neuerdings häufen sich wieder die Fälle, die eine Behandlung der ja nie von der Bildfläche verschwundenen Schuttmannfrage im Parlament geboten erscheinen lassen.

Staatsgefährliche Schützenbrüder. Die Schützenbrüder in Pinné, Provinz Posen, wollten am 7. und 8. August vorigen Jahres ihr 200-jähriges Bestehen feiern. Außer dem üblichen Schießen und einem Ball waren Märche nach und von der Kirche sowie nach dem Festplatz vorgesehen. Die Polizeiverwaltung zog die erst erteilte Genehmigung zurück. Sie witterte polnische Umtriebe. Der Landrat in Samter und der Regierungspräsident in Posen hielten die Beschwerden des Gildenvorsitzenden für unbegründet, worauf letzterer das Ober-Verwaltungsgericht anrief. Zur Verhandlung vor dem ersten Senat stante der Minister des Innern in der Person des Regierungsrates Kaug einen Kommissar, der die Ansicht des preussischen Ministeriums zu vertreten hatte. Der Herr führte aus: Es habe sich hier um eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel und um öffentliche Umzüge gehandelt, wozu eine polizeiliche Genehmigung erforderlich sei. Der Polizeibehörde stehe aber ein weiteres Ermessen in der Frage zu, ob sie die Genehmigung erteilen wolle oder nicht. Andererseits habe das Ober-Verwaltungsgericht entschieden, daß, wo ein Hervortreten einer Rationalität (auch der deutschen) gegenüber einer anderen zu erwarten ist, grundsätzlich eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu befürchten sei. Hier habe die polnische Rationalität hervorgekehrt werden sollen. Zum Beweise für diese Behauptung berief sich der Kommissar auf die Zusammenkunft der Gilden in Pinné. Die Mitglieder seien alle Polen, auch habe der Vorstand alle benachbarten polnischen Gilden und nur eine deutsche Gilde eingeladen, letztere wahrscheinlich aus Versehen. Dazu bestche in Pinné noch eine besondere Spannung zwischen Evangelischen und Katholiken, die in Posen gleichbedeutend sei mit einer solchen zwischen Polen und Deutschen. Das Ober-Verwaltungsgericht schloß sich den Ausführungen des Kommissars an und wies die Klage des Vorstandes der Gilde als unbegründet ab. Der Staat ist wieder einmal gerettet.

Verfammlungen.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 8. d. M. im Englischen Garten. Kollege W. I. legte die Spaltung in der Gewerkschaftskommission dar und empfiehlt der Versammlung eine Resolution, in welcher der Delegierte von der Gewerkschaftskommission zurückgezogen werden soll. Diefelbe wird angenommen. Abdom wird Kollege Brüggenmann einstimmig als Delegierter zum Gewerkschaftskartell gewählt.

Die in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Montag in der Böhmischen Brauerei am Prenzlauer Thor eine öffentliche Versammlung ab. Zum Punkt 1 hielt Genosse K. H. einen Vortrag über die Justizhausvorlage. Nach dem Vortrage entspannt sich eine Diskussion über einen Artikel im „Korrespondent“, in dem Augustin dem Vorstand vorwirft, er habe der Reichstags-Fraktion nicht genügend Material gegen die Justizhausvorlage geliefert. Augustin erklärt, daß seinem Artikel keinerlei persönliche Stellungnahme gegen den derzeitigen Vorstand zu Grunde liegt. Lund erklärt, daß dem Genossen Heine das gesamte Material vorgelegen habe. Abdom wird eine Resolution angenommen, welche sich gegen die Justizhausvorlage ausspricht und zum Eintritt in die Organisationsaufforderung. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit wird abdom sofort Punkt 3 der Tagesordnung vorgenommen: Darum haben die bei den Innungsmeistern beschäftigten Quinmacher sich mit der Wahl

Socialistische Fragen in der Journal-Litteratur. II.

Einen in mancher Hinsicht interessanten Artikel über die „Vernstein-Frage“ hat der durch seine social-philosophischen Abhandlungen...

Die Bedeutung der Vernsteinschen Kritik findet Pisch weniger in den einzelnen Beweismomenten, die sich ja zum größeren Teil auch bei den nicht-socialistischen Kritikern des Marxismus finden...

Eine der Zeitschriften, die nach Veröffentlichung der bekannten Vernsteinschen Aufsätze in der „Neuen Zeit“ zuerst das Wort ergriffen, um die Wendung Vernsteins zu verurteilen, ist die von Herrn Julius Wolff herausgegebene „Zeitschrift für Socialwissenschaft“...

Die die meisten Beurteiler der Vernsteinschen Prosa hundert auf Oппenheimer, daß Vernstein das, was man gemeinhin als Marxismus bezeichnet, so gut wie völlig preis gibt...

Neben dem vorstehenden hat Oппenheimer noch sonst eine Reihe Beiträge zur Vernstein-Litteratur beigegeben, so in 45 und 46 der „Zukunft“ zwei gegen Kautsky gerichtete Artikel...

Mit derartigen „doppeldeutigen Begriffen“ operierte auch fortwährend Kautsky. Während Vernstein seine These, daß die Zahl der Besitzenden zunehme und die Konzentration der Produktion...

Oппenheimer giebt zu, daß die von Marx analysierte Tendenz der kapitalistischen Warenproduktion zwar auf dem Gebiet der Produktion ihre, wenn auch nicht absolute, Geltung habe...

Auf Oппenheimers Forderung „präziser Begriffsbestimmung“ antwortet in Heft 7 der „Socialistischen Monatshefte“ Franz Stahl, der sich selbst als „marxistischer Kantianer“ bezeichnet...

Darauf repliziert im nächsten (August-) Heft Franz Oппenheimer mit einem zweiten Artikel „Wohin einmal präzisere Begriffe“. Es sei, sagt er, keineswegs egal, ob die ökonomische Expropriation die gewalttätige oder gewaltlose Form habe...

Stahl sagt sofort im September-Heft dieses Angehörigen aus. Er stellt unter dem Titel „Oппenheimer und seine präzise Polemik“ die Welterwägungen Oппenheimers im Mai- und im August-Heft einander gegenüber...

Einen ähnlichen Weg wie Stahl, schlägt in seinem Aufsatz „Vernstein und die Wissenschaft“ der Kantianer S. Guntter in Nr. 47 der „Neuen Zeit“ ein. Er wendet sich gegen Vernsteins Ausführungen über die historische Notwendigkeit in Heft 35 der „Neuen Zeit“...

Zu einem anderen Aufsatz („Der Klassenkampf in der Demokratie“) der „Neuen Zeit“ (Heft 45) unterzeichnet Otto Lang an den politischen Verhältnissen der Schweiz, ob thatsächlich, wie Vernstein annimmt, mit dem Vordringen demokratischer Einrichtungen...

Klassenherrschaft“ führt Lang aus, „beruht auf der herrschenden Eigentumsordnung. Allein die politische Demokratie sich ihrer Rechte nach zu dieser in keiner notwendigen Beziehung. Sie betrachtet den Bürger nicht im Verhältnis zur Eigentumsordnung, sondern als Träger politischer Rechte.“

Vernstein repliziert in einem längeren, „Nach zwei Fronten“ betitelten Aufsatz, Heft 51 und 53 der „Neuen Zeit“. Der erste Teil dieses Artikels richtet sich gegen Lang, der zweite gegen S. Guntter, Vernsteins Replik mit, soweit sie sich auf Guntters Ausführungen bezieht, hier ebenfalls unberücksichtigt bleiben; dagegen sollen seine Einwände gegen Lang kurz skizziert werden...

Anßerdem hat Otto Lang für das September-Heft der „Socialistischen Monatshefte“ einen Aufsatz über „Endziel und Bewegung in der schweizerischen Socialdemokratie“ geschrieben, in dem er darzutun sucht, daß erstens in der Schweiz sich die Arbeiterkraft immer entschiedener auf den Boden des Klassenkampfes stellt, aber nicht infolge theoretischer Überlegungen, sondern durch praktische Erfahrungen getrieben...

Auch sonst enthält die letzte Nummer der „Socialistischen Monatshefte“ noch mehrere interessante Beiträge zur Vernstein-Litteratur, darunter von Paul Kampffmeyer, Wolfgang Heine und Dr. Conrad Schmidt.

Im Schluß sei noch auf zwei Aufsätze von Friedrich Herx hingewiesen. Der erste ist unter dem Titel „Vernstein und die Socialdemokratie“ im Juni-Heft der von Engelbert Berneroffener herausgegebenen Wiener Zeitschrift „Deutsche Worte“ erschienen, der zweite unter dem Titel „Socialreform oder Revolution“ im August-Heft der „Socialistischen Monatshefte“...

Sociale Rechtspflege.

Wenn zwei Berufsgenossenschaften sich darüber streiten, welche von ihnen einen reuendberechtigten Unfallverletzten zu entschädigen hat, dann thut der Verletzte am besten, gegen jede der beteiligten Berufsgenossenschaften bis zur letzten Instanz vorzugehen. Der folgende Fall beweist, wie leicht jemand, der nicht danach handelt, um die ihm zweifellos zustehende Unfallrente kommen kann...

So eine solche Verhandlung verunglückter Arbeiter möglich ist, da verlangen die Kapitalisten in ihrer Dummheitigkeit, daß die Arbeiter in eitel Wonne über die Segnungen der Socialreform Purzelbäume schlagen und sich in Nationalpatriotismus übernehmen sollen!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 11. Oktober.
Cyperhaus, Adelsb. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauvorfahrt. Die Journales.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opera-Theater (Kroff).
Deutschs. Kollege Crampton.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Zeitung. Als ich wiederkam.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Raja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Großstadtluft.
Anfang 8 Uhr.
Neues. Collette. Anfang 7 1/2 Uhr.
Werken. Indine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Plagymajor.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Jagdfreuden.
Sonder: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr.
Lilien. Molly Carré.
Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Chend. Weltuntergang.
Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die weiße Henne.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Die Reise nach der Teufelsinsel.
Anfang 8 Uhr.
Metropol. Rund um Berlin.
Im Reiche der Seceffion!
Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna.
Spezialitäten: Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Anfang 8 Uhr.
Palast. Sprechstunde.
Spezialitäten-Vorstellung.
Anf. 8 1/2 Uhr.
Passage. Panoptikum.
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Invalidenstr. 57/62.
Täglich abends von 8-10 Uhr.
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr.
Der Sieg des Menschen über die Natur.
Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
Chausseest. 25/26.
Letzte Woche!
Abends 8 Uhr: Zum 36. Male:
Die Reise nach der Teufelsinsel
Barleste Abenteuer-Woche mit Gesang
und Tanz in 5 Akten von
Rudolf von Albet Bisher.
In Scene gesetzt vom Dir. Max Samst.
1. Bild: Auf zu Dreyfus.
2. Bild: Verbündete Mächte.
3. Bild: Attentat und Verrat.
4. Bild: Das belagerte Haus.
5. Bild: Die Gerichtsverhandlung.
6. Bild: Apotheose.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonabend, den 14. Oktober, nachm.
4 Uhr: Sr. Kinder-Vorstellung.
Der Rattenfänger von
Hamel.
Gauderndem in 7 Bildern von
Dr. Gustav Braun.
Es ist dies die letzte Aufführung
des Stückes.
Sonntag, den 15. Oktober, nachm.
4 Uhr: Auf allgemeines Verlangen:
Der Trompeter von Säckingen.

Metropol-Theater.
Bahranstr. 55/57.
Direktion: Richard Schulz.
Sensationaler Erfolg!
Täglich von 9 Uhr ab:
Rund um Berlin.
Berliner Volkstheater v. Julius Freund.
Rudolf von Julius Eindebofer.
1. Bild an der Chonlonette.
2. Bild im Aufstehungsparl.
Stürmisches Leben! Jubel! Weifall!
erregen!
9 1/2 Uhr: Die Verführung der
Berliner Theaterdirektoren.
9 1/2 Uhr:
Das ist Berlin, die Stadt der Lieder.
Ein schöner grüner Strand der Spree.
10 Uhr: Berliner Landpartien.
10 1/2 Uhr: Der Ehe-Automat.
10 1/2 Uhr:
Die lex Holza.
10 1/2 Uhr: Miquel u.
die Kanalvorlage!
10 1/2 Uhr: Das
letzte Pferd.
10 1/2 Uhr: Das
lauter Suppen für's Panoptikum.
10 1/2 Uhr: Die Friedenskonzert im Haag.
10 1/2 Uhr: Sensationell! Urfomisch!
Die Dornrosen in Mosbit.
10 1/2 Uhr: Zum Schluss:
Mit feenhafter Ausstattung:
Im Reiche der Seceffion.
Großes Ballet.
Sonder: Das brillante Oktober-Specialit.
Programm.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 15. Oktober, nachm.
3 Uhr, bei halben Kassenpreisen:
Berlin lacht! und das gesamte
Spezialitäten-Programm.

Alcazar-Theater
Variété I. Ranges
Dresdenanstr. 52-53. Aussenstr. 42-43.
Auftreten von absolut
erklaßigen Spezialitäten
Anfang:
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf.
(23682*)
Die Direktion:
Richard Winkler.

Verkäufe.
Gute Restauration zu verkaufen.
Zu erfragen Gubenstr. 5 bei Restaurat.
Restaurat mit großem Mittags-
lich verkauft. Teilzahlung.
Ostern unter P. 4 Expedition des „Sonntags“.
Zuche ländigen Kassa-Konchner
für Cigaretten aus rein überreife
Tabak zu den billigsten Preisen.
Eiche, Doppelreife 24.
74
Ein Schaffsafa billig zu verkaufen
Königsplatz 191 beim Tapezierer.
Schiffbauverleger verlangt Post-
fachstraße 13.
751*
Fahrräder, erstklassige Marken, 2
Jahre Garantie.
Gefahrenes Räder,
noch gut erhalten.
Billig. Teilzahlungen
gestattet.
Tandem und Ein-
räder werden vertrieben.
Karl Fischer,
Beufelstraße 9.
1263*
Strickmaschinen von Walter,
Rühlmannen, unverwundliches
Fabrikat,
guter Grover für Frauen,
Eiserne leicht,
gratid,
Kleid wird nach-
gewaschen.
Teilzahlung
gestattet,
billige Preise.
Vertreter
Homburg,
Königsstraße 63.
1508*
Großer Möbelverkauf.
Möbel-
betten,
Muschelbetten 77.
Hoch-
elante Säulenstühle,
Truhen mit
geschliffenem Glas 50.
Wunderliche
Pomel.
Taschen,
Stoffsofa,
Damen-
schreibtisch,
vollständige
Wohnungs-
einrichtungen,
Küchenschränke
in großer
Anzahl zu den
billigsten Preisen.
Hirschowitz,
Mariannenstraße 7a.
1068*
Gediegene Schreivaren
kauft bei
Totenbagen,
Lützowstraße 20.
774*
Bestellen 9 Mark,
Pancettafchen-
Sofa 80 Mark,
Säulenstühle 70 Mark,
Schaffsafa 23 Mark,
Küchenschränke
8 Mark,
Muschelbetten 28 Mark.
Kalkmeyerstraße 20,
Laden.
1078*

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Der Sieg des Menschen über
die Natur“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater.
Beginn des
Konzerts
6 Uhr,
der
Vorstellung
7 Uhr.
Passage-
Panoptikum
geöffnet von
früh bis abends.

CASTANS
PANOPTICUM
105. Friedrichstrasse 105.
Neu! Die heulenden Neu!
und tanzenden
Derwische
: aus Ober-Aegypten!
Ohm Krüger * Dreyfus
Mercier * Zola.

Palast-Theater
früher
Feen-Palast, Burgstraße 22.
Ganz Berlin spricht von
dem großen Oktober-Programm.
Ganz Berlin haucht
über die trefflichen Reichtümer am
letzten Abend.
Vasilescu-Trio.
In dieser
Volkung noch nie dagewesen!
Ganz Berlin lacht über Winkler
und Fröbel in der unermesslichen
Ausstattung-Gelänge-Burleske
Susanne im Bade.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Kasseneröffnung 1 Stunde vor
Anfang.
Villet-Vorverkauf vorm. u. 11-1 Uhr.
Sonabend, den 14. Oktober:
Gesellschafts-Abend
Vorstellung u. Tanzkränzen.

Victoria-Theater
C. Alexanderstr. 40. Fernsp. VII 1711.
Direkt.: V. Bausenwala u. G. Emmerich.
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 31. Mal mit
vollständig neuer Ausstattung:
Kavität! Die weiße Henne. Kavität!
(La poule blanche).
Bauderville in 3 Akten von Pennequin
und Mars. Deutsch v. Holten-Haders.
Rudolf v. B. Höger. In Paris mit feinst.
Erfolge über 500 mal gegeben.

W. Noacks Theater,
Brennenstraße 16.
Heute, Mittwoch, den 11. Oktober:
Begen Privatfestlichkeit
keine Vorstellung.
Donnerstag: Die schöne Ungarin.

Cirkus Busch.
Mittwoch, den 11. Oktober, abends
7 1/2 Uhr: Grands Soirs Equestre.
Olympische Spiele.
Rauhes
Biergespanne eine 30 Fuß hohe
Gaskabe
hinansteigend und durch das
Wasser-
bassin fahrend.
Sturz eines
Krieges-
Germanen in
Feuersflammen aus der
Höhe der
Turmstange ins
Wasser.
Unsere
Marine,
großes
Ballett,
Sportakt:
a) Polo zu
Ferde,
b)
Richtungs-
Rennen,
c)
Wicely-
Wettfahren.
-
Hunderdreifaren
an
Seesäuen.
Charles
Clarke
als
Jodeu.
Direktor
Busch
mit
seinen
neuesten
Original-
Meister-
Dressuren.

Apollo-Theater.
Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit dem sensationellen Luftballett:
„Grigolatis“.
Ollo Reuller
The Barras
Chavita
Yumata Tiero
Blossoms
Francis Gerard
etc. etc. etc.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater und
beim „Künstlerdank“, Unter den
Linden 69.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Säger
(Mischel,
Vietro, Britton,
Ziehl, Kronc,
Kirschmayer,
Schneider
und Schrader).
Zum Schluss:
Ständes Pfingstfahrt.
Ensemble von Meyfel.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11-1 Uhr.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4 a.
Täglich außer Sonnabends
Hoffmanns Nord-
deutsche Säger.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Entrée (Vorverkauf) 30 u.
50 Pf. Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 u. 75 Pf.
Donnerstag und Sonntag
nach der Solire:
Tanz-Kränzchen.
Mittung! Kösliner Hof.
Besonderer Umstand halber ist der
Toten-Sonntag frei und die
An einen großen Verein abzugeben.

Neue Freie Volksbühne
Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr,
im Thalia-Theater, Dresdenerstr. 72:
Erste ordentliche Vereins-Vorstellung.
Zur Aufführung gelangt:
Stella.
Trauerspiel in 5 Akten von Goethe. - Regie: Herr Friedr. Moepf.
Die Verlosung des Stückes beginnt 1 1/2 Uhr nachmittags.
Die Mitglieder werden gebeten ihre alten Karten gegen neue
auszutauschen und rege zu partizipieren. Neue Mitglieder werden in unten-
stehenden Passagen aufgenommen. Einschreibegeld 50 Pf. Vorstellungs-
beitrag 50 Pf. Monatsbeitrag 25 Pf.
Zahlstellen: N.: Fritz Schrader, Straßburgerstr. 63; Ad. Pöhr,
Königsstr. 88, II.; G. Dielle, Restaurant, Köpenickerstr. 123; J. Krenk, Rest.,
Lützowstr. 64; G. Ruapp, Rest. Grünhaldenstr. 5; G. Schmidt, Rest.,
Dresdenanstr. 22; Rohmann, Köpenickerstr. 93. NO.: W. Scholle,
Freier, Lützowstr. 3; Karl Spät, Rest., Georgenkirchstraße 66. NW.:
H. Beder, Georgenkirchstr. 9; H. Gebauer, Restaurant, Birkenstr. 25;
Partung, Oranienburgerstr. 54. SW.: G. Berling, Sigmundstr.,
Königsstr. 32; H. Vandrag, Neuburgerstr. 15; J. Pech, Schuh-
geschäft, Köpenickerstr. 120. S.: Th. Pahl, Rest., Dresdenstr. 71; Herm.
Soblen, Kommandantenstraße 62; Arbeiter-Konsumgenossenschaft „Be-
freiung“, Stollbergstr. 6 im Laden; Bruno Tabke, Wallstr. 19,
4. Tr. SO.: Th. Stämpel, Mariannenstr. 29; H. Schön, Rest.,
Neumarkt 83; W. Geerbe, Mariannen-Ufer 2. O.; G. Quader,
Wallmückerstr. 17, IV.; B. Tader, Marktstr. 14; E. Gungl,
Weg; Aug. Sille, Köpenickerstr. 18, Ecke der Köpenickerstr. Johannis-
thal; Aug. Krause, Parkstr. 3. Steglitz: A. Durek, Schillergasse 91.
150/16
Der Vorstand.
Heinrich Neff, Kassierer i. S., Georgenkirchstr. 24a, 2. Hof, Seitenfl. 1 Tr.

Maehrs Theater
Oranienstr. 24.
Hofen aus dem Süden.
Ausstattungs-Burleske.
Das
großartige Oktober-Programm.
Elsa Messer, Koffin - Soubrrette.
Mstr. Pauly, Contorsionist. Mstr.
Dobbrich, Champion-Handhandspiel.
Franziska Hald, Soubrrette. Gustav
Eulenburg, Dumorist.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Vorzugsarten an Wochentagen gültig.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Rübendörfer Straße 71,
am Köpenicker Platz.
Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entrée 30 Pf.
Kinder 10 Pf. Sperrig Nachzahl. 20 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Säger.
Hermann Imbs, Direktor.

Wollen Sie * * * * *
* * * * * Geld sparen
und trotzdem guten Kaffee trinken, dann kaufen Sie nur Carola-
Kaffee. 1 Theelöffel genügt vollständig, um sich 2 Tassen vor-
züglichen gesundlich rutzulichen Kaffees herzustellen. Halb
Bohnen- und halb Carola-Kaffee liefert in Stärke und Geschmack
ein ausgezeichnetes Getränk, trotz dieser Vorzüge kostet
1/2 Pfund Carola-Kaffee nur 30 Pfg. Ueberall zu haben. [2634L*]

Das allerbeste, wohlschmeckendste und
gesündeste Frühstück.
Aorstlich empfohlen.
Abels Patent-Getreide-Cacao
(Hafer-Malz)
1 Pfund Mk. 1.20 = 63 Tassen
Abels Patent-Hafer-Cacao, Sch. mit 80 Tabl. M. 1.-
Abels Patent-Malz-Cacao, 1/2 Pfund-Cartón „ 0.90
„Ueberall zu haben.“
Getreide-Cacao-Industrie-Gesellschaft, Altona B. Hamburg.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig.
Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.
Verkäufe.
Gute Restauration zu verkaufen.
Zu erfragen Gubenstr. 5 bei Restaurat.
Restaurat mit großem Mittags-
lich verkauft. Teilzahlung.
Ostern unter P. 4 Expedition des „Sonntags“.
Zuche ländigen Kassa-Konchner
für Cigaretten aus rein überreife
Tabak zu den billigsten Preisen.
Eiche, Doppelreife 24.
74
Ein Schaffsafa billig zu verkaufen
Königsplatz 191 beim Tapezierer.
Schiffbauverleger verlangt Post-
fachstraße 13.
751*
Fahrräder, erstklassige Marken, 2
Jahre Garantie.
Gefahrenes Räder,
noch gut erhalten.
Billig. Teilzahlungen
gestattet.
Tandem und Ein-
räder werden vertrieben.
Karl Fischer,
Beufelstraße 9.
1263*
Strickmaschinen von Walter,
Rühlmannen, unverwundliches
Fabrikat,
guter Grover für Frauen,
Eiserne leicht,
gratid,
Kleid wird nach-
gewaschen.
Teilzahlung
gestattet,
billige Preise.
Vertreter
Homburg,
Königsstraße 63.
1508*
Großer Möbelverkauf.
Möbel-
betten,
Muschelbetten 77.
Hoch-
elante Säulenstühle,
Truhen mit
geschliffenem Glas 50.
Wunderliche
Pomel.
Taschen,
Stoffsofa,
Damen-
schreibtisch,
vollständige
Wohnungs-
einrichtungen,
Küchenschränke
in großer
Anzahl zu den
billigsten Preisen.
Hirschowitz,
Mariannenstraße 7a.
1068*
Gediegene Schreivaren
kauft bei
Totenbagen,
Lützowstraße 20.
774*
Bestellen 9 Mark,
Pancettafchen-
Sofa 80 Mark,
Säulenstühle 70 Mark,
Schaffsafa 23 Mark,
Küchenschränke
8 Mark,
Muschelbetten 28 Mark.
Kalkmeyerstraße 20,
Laden.
1078*

Möbel, bar und Teilzahlung,
billig. Frankfurt Allee 110, I. Ecke
Königsbergerstraße. 1379*
Tannenmantel. Jadedits, wirklich
billig, verkauft Stranz, Alexander-
straße 15. 2014*
Waldbügel, große Auswahl, von
50 Pf. an, Bräunsstraße 1, Special-
geschäft. 116/15*
Fahrräder, erhaltene, fahrbare,
Zweiräder, große Auswahl, von
50 Pf. an, Bräunsstraße 1, Special-
geschäft. 116/15*
Strickmaschinen, beides Fabrikat,
auch auf Teilzahlungen. Gustav
Vredere, Engelstraße 20. 713*
Möbelfabrik, Oranienstraße 17a,
nahe Oranienplatz. Billigster Einkauf
von Wohnungen, Einrichtungen, auch
einzelne: Schaffsafa 30,00, Kleider-
schrank, Bettstuhl 37,00, Tischgarnitur
98,00, Pannschloß 85,00, Bettstellen,
Kartagen 30,00, Truhen, Büffels,
Herrn, Damen, Schreibtische, Muschel-
betten, Ausziehtisch 18,00, Spiegel,
Spiegelständer 20,00, Küchenmöbel,
auch Teilzahlung. 2*
Bettstättchen, Stuhlrohr, Bambus,
G. O. Kramer, jetzt Wallstraße 16.
Betten, Steppdecken, Tischdecken,
Gardinen, Portieren, Teppiche, Regula-
toren, Remontoirs, Winter-
paletts, Anzüge, Hüte, Opernkleider
sportlich Pfundweise Reanderstraße 6
Vermischte Anzeigen.
Meyerlexikon, Brochüre, Bremen
und andere wissenschaftliche Bücher
kauft und beleiht Antiquariat Köp-
ferstraße 55 I. 1998*
Jahnärztliches Institut Inva-
lidenstr. 107, partiere. Klinikpreise.
10-12. 3-8. 798*

Stellas, Prinzstraße 55. Neuer
Kleiderkasten, beidseitig, Donnerstag,
15. Oktober. Gediegene praktische
und theoretische Ausbildung für
Elektromechaniker, Installateure, alle
Metallgewerke. Keine Vorlesungen.
Diplomaerwerb. Stellungsmittel.
Lehrplan gratis. Anmeldung täglich,
auch Sonntagsvormittag.
Unfallfassen, Klagen, Eingaben,
Puffer, Steglitzerstraße 65. 1906*
Lehrbücher, Karten und Raufschu-
Stempel liefert seit 20 Jahren für
tausende Klagen und Vereine Jean
Polze, Hamburg, Große Dreßbahn 45.
Illustrierte Preislisten gratis. [134/1
Bereinszimmer zu vergeben Holz-
marktstraße 20, Wands. 2703b
Bereinszimmer zu 50 Personen
zu vergeben. Pfefferberger Kaufhaus,
Bräunsstraße 2. 55b
Meyer, Kinderl, Steinmühlstr. 45,
nahe Hermannstraße. Großer Früh-
händler, Mittag- und Abend-
Bereinszimmer. Sonabend und
Sonntag sonstige Portage. [57b
Bereinszimmer zu haben Restau-
rant Ritterstraße 33. [72b
Vermietungen.
Wandstraße 49 Geschäfts-
raum als Fabrik, Rohlenleier, Pferde-
ställe, Restaurant 1. April. [75b
Arbeitsmarkt.
Wurst-Verfertiger stellt ein Oskar
Wald, Aufsichtsdirektor in Zücherhof. [204b
Stellungsangebote.

Ein Konditorgefelle, tüchtig in allen
Bäckern, special Biscuits und Pastry
arbeiten, kann Vork erhalten. Vork
25 Kronen wöchentlich ohne Kost und
Vork; gute Empfehlungen erford-
lich. Briefe an Kandidat J. Groner-
berg, Bogenstraße 13, Kopenhagen.
Diebver oder Steppertinnen ver-
langt J. Bannas, Landwehrstraße 11.
Tüchtiger Schlosser auf Handarbeiten,
kann Vork, dauernde Beschäftigung,
billige Preise F. 4 Expedition des
„Sonntags“. 76b
Tüchtige Rahmenmacher verlangt
Krihan, Kottbuserstr. 32. 77b*
Schneider-Vertrag verlangt St-
forst, Berlin, Neue Köpenickerstr. 9.
Korbmacher (Handar- Arbeiter)
verlangt sofort Fechner, Ramon-
straße 50. 80b*
Einem Radler für Flechtarbeiten
sucht J. Hirschhorn, Köpenickerstr. 149.
Farbigmacher verlangt Waldemar-
straße 15. 805*
Barockergolber verlangt Schmidt,
Försterstraße 37. 2068
Waler, der im Stande ist, Phan-
tasie-Glasbilder von Grund auf kom-
plett herzustellen, findet dauernde Be-
schäftigung. Auch nach der Betreffende
mit dem Druckverfahren für Anstalts-
artikel vertraut sein. Anfragen bitte
unter S. 4 mit Angabe der 1/3-
berigen Tätigkeit und eventuellen
Vahnsprüchen an die Expedition
dieses Blattes. [71b
Mechaniker-Vertrag verlangt
Alexanderstraße 29. [58b
Lithographen, tüchtig in Kreide,
für keine Chromos, verlangt Emil
Noack, Schanzstraße 16. [77b
Rationarbeiterinnen verlangt
Bade, Köpenicker-Allee 25. [159
Lumpenfortiererin verlangt Sie-
feldisch, Blumenstraße 35. [490]

Waisen. Tüchtige Arbeiterinnen auf
Blusen, die sehr sauber arbeiten, finden
dauernde Beschäftigung zu hohen Ar-
beitspreisen. Meldungen unter Vor-
lage von Probe-Arbeit bei Dycker &
Widemann, Kurze 47/48, III.
Jüngere anständige Mädchen zum
Verheiraten verlangt Blumenfabrik Wasser-
thorstraße 61. 73b
Wagnerinnen verlangt die
Waldschmidt-Werkstatt, Holzmarktstr. 57.
Kartier- Arbeiterinnen in und
außerhalb der Stadt verlangt sofort Kartier-
fabrik Marktstraße 60. 60b
Farbigmacherinnen, Belegelinnen
und Verheiraten verlangt Goldschmidt-
fabrik, Neue Köpenickerstr. 31. 807b*
Plätterinnen auf Hemden und
Servietten verlangt Joh. Beckmann,
Waldschmidt, Waldschmidtstraße 13.
Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Cigaretten- Arbeiter und Ar-
beiterinnen verl.
„Bon Schira“, Bräunsstr. 13a.
Jünger Fortierer
Schriftsetzer
in ungelad. Stellung, sucht Kondition.
Berichtshatter, angeh. Stenograph,
Kauf. Off. sub T. 4 a. d. Exp. d. „Sonn-“
Achtung, Kistenmacher!
Der Streit in der Kistenfabrik von
Hedrich, Köpenickerstr. 71, dauert
unverändert fort.
Die Kommission
der Berliner Kistenmacher.

Annahme-Stellen
für „Kleine Anzeigen“
Osten:
Robert Wengels, Bräunsstr. 30, O.
E. Vogel Wwe., Köpenickerstr. 83.
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.
Nordosten:
J. Reul, Wandsb. 42.
Norden:
W. Gohmann, Grünhaldenstr. 65.
Karl Ward, Köpenicker-Allee 95/96.
Emil Stolzenburg, Wandsb. 14.
E. Dehnd, Rübendörferstr. 24.
H. Vogel, Wandsb. 32.
H. Tieg, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Sigmundstr. 8.
Südwesten:
H. Chuefarge, Bergmannstr. 23, O. II.
H. Schröder, Rübendörferstr. 15.
Süden:
G. Baake, Dresdenstr. 52/53.
G. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
Südosten:
Fritz Thiel, Stollbergstr. 35.
W. Geiche, Wandsb. 58.
Martin Welsch, Wandsb. 24.
Centrum:
H. Gorch, Wandsb. 27.
H. Tieg, Wandsb. 23.
Charlottenburg:
Gust. Schornberg, Schillerstr. 94 I.
Friedenau:
H. Bernice, Köpenickerstr. 15.
Friedrichsberg:
Anton Kopp, Friedrichsbergstr. 4.
Pankow:
Kummert, Köpenickerstr. 15.
Rixdorf:
G. Chermann, Grätzstr. 6.
G. Meyeran, Hermannstr. 60.
Schöneberg:
Wilib. Bämler, Wollschloßstr. 13.
Weißensee:
Geinrich Wadmann, Köpenickerstr. 1.
Julius Schiller, Köpenickerstr. 39a.
Rob. Liebsch, Köpenickerstr. 16.